Wolf-Dieter Narr

WIDER DIE RESTLOSE ZERSTÖRUNG DER UNIVERSITÄT

Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung

AStA der Freien Universität Berlin
Hochschulpolitische Reihe Band 4

www.astafu.de

ISBN 3-926522-16-X

In der Hochschulpolitischen Reihe des AStA der Freien Universität Berlin erscheinen Beiträge zur Geschichte, Theorie, Politik, Kultur und Zukunft der Universität, der Wissenschaft, der Studierendenschaft und des Studierens.

Wolf-Dieter Narr (Jahrgang 1937) lehrte von 1971-2001 Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin. Sein wissenschaftliches und politisches Engagement gilt dem Einsatz für Bürgerrechte und Demokratie.

Wolf-Dieter Narr

Wider die restlose Zerstörung der Universität

Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung

Herausgeber:
Allgemeiner Studierendenausschuß
der Freien Universität Berlin - Hochschulreferat

1A 666481

AStA der Freien Universität Berlin
Hochschulpolitische Reihe Band 4

Wolf-Dieter Narr
Wider die restlose Zerstörung der Universität -
Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung
Vierte Auflage, Berlin, Januar 2004

Herausgeber: AStA der FU Berlin - Hochschulreferat
Redaktion: Manfred Suchan, Benedict Ugarte-Chacon
Satz & Gestaltung: Manfred Suchan
Druck: AStA-Druck, Iltisstr. 2-4, 14195 Berlin
1. Auflage Juni 1987
2. Auflage Oktober 2000: 1500
3. Auflage September 2001: 3000
4. Auflage Januar 2004: 2000

ISBN 3-926522-16-X

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei:
Allgemeiner Studierendenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin
Otto-von-Simson-Str. 23 (ehemals Kiebitzweg 23), 14195 Berlin
Tel.: (030) 839091-0, Fax: 831 45 36, E-Mail: info@astafu.de

www.astafu.de

EVP: 5 Euro

INHALT

Vorwort zur vierten Auflage 2004 7

Vorwort zur zweiten Auflage 2000 9

Vorwort zur ersten Auflage 1987 14

Vorbemerkung des Verfassers zur vierten Auflage 2004 16

Vorbemerkung des Verfassers zur zweiten Auflage 2000 26

Vorbemerkung des Verfassers zur ersten Auflage 1987 42

I. Wozu sich noch melden, wenn der Befund negativ ist? 43

II. Die Universität als Anstalt wissenschaftlicher Prostitution 48

III. Ursachen: Staatsprämisse und Staatsillusion (1810ff.); konzeptionslose Restauration (1945ff.) und (Selbst-)Zerstörung der Reform (1967ff.) 55

IV. Konsequenzen 66

V. Eine Universität, die ihren Namen verdiente: drängende Aufgaben ohne Antworten 71

VI. Konturen einer Hochschule in der Demokratie, und das heißt zugleich Horizonte einer demokratischen Hochschule 77

VII. Abschließende Notiz: Worin besteht nun die Idee einer Idee der Universität (und warum soll es nur bei einer so flüchtigen Idee der Idee bleiben)? 88

Anmerkungen 91

„Der umfassende Begriff der Wissenschaft ist erst dort gewonnen, wo er sich durch die technologische Rationalität hindurch zur kritischen Rationalität erweitert hat und wissenschaftliche Erkenntnis nicht als Produktivkraft im Industriesystem aufgeht, sondern als die Kraft realer Emanzipation in die Gesellschaft eingeht. Die Ausrichtung der Theorie auf die gesellschaftliche Praxis ist daher nicht hinreichend verstanden, wenn man sie mit der Rolle der Wissenschaft zusammenfallen läßt, Instrument des Technisierungsprozesses zu sein. (...) Rationales Denken kann nicht bei der Ausbeutung der Natur und der Verwaltung der sozialen Organisation enden; es ist vielmehr gerichtet auf die Verwirklichung der Freiheit des Einzelnen, auf die Vermehrung von Gerechtigkeit und Glück, auf die Vermeidung von Leid und den Abbau von Herrschaft von Menschen über Menschen, auf die demokratische Gestaltung aller Bereiche der Gesellschaft und den Ausgleich der Konflikte in einer internationalen Friedensordnung. (...)
In diesem Sinne gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben wissenschaftlicher und politischer Arbeit, die Mittel und Erkenntnisse (...) der Kritik und Kontrolle einer Gesellschaft mündiger Menschen zu unterwerfen, um so der tödlichen Dialektik eines vernunftlosen technisch-ökonomischen Fortschritts zu entgehen."

Aus dem Kreuznacher Hochschulkonzept der Bundesassistentenkonferenz, Oktober 1968.

Vorwort zur vierten Auflage 2004

Wolf Dieter Narrs leidenschaftlich verfaßter Appell „Wider die restlose Zerstörung der Universität" richtet sich gegen die endgültige Zerschlagung der universitären Idee und ihre Unterwerfung unter eine technologische Rationalität. Er ruft dazu auf, die überfällige Diskussion um eine menschenwürdigere und demokratische Universität allerorten neu zu entfachen, entgegen dem Bestreben ihrer marktradikalen Einebnung und autoritativen Gleichschaltung.

Gegen diese Unterwerfung der Wissenschaft wendet sich die Forderung einer demokratischen Hochschulreform. Sie verweist auf die schlimmen Folgen, welche eine an das Lebensrecht des Menschen und die ihm dienende gesellschaftliche Ordnung nicht gebundene wissenschaftliche Forschung gerade aufgrund stetig vermehrter Herrschaft haben kann.

Diese Forderung manifestiert sich exemplarisch im Kreuznacher Hochschulkonzept der Bundesassistentenkonferenz von 1968, deren Mitinitiator Wolf-Dieter Narr war.

Der Akademische Mittelbau wurde zur treibenden und richtungsweisenden Reformkraft mit dem Ziel, die Wissenschaft „der Kritik und der Kontrolle einer Gesellschaft mündiger Menschen zu unterwerfen, um so der tödlichen Dialektik eines vernunftlosen technisch-ökonomischen Fortschritts zu entgehen." Doch das die Hochschulreform der 70er Jahre tragende Bündnis von Demokratisierern und Modernisierern zerbrach. Letztere verbündeten sich gegen erstere mit den Konservativen. Erneut findet eine Unterwerfung der Wissenschaft unter eine technologische Rationalität statt.

Wolf-Dieter Narr (Jahrgang 1937) lehrte seit 1971 Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin. Sein wissenschaftliches und politisches Engagement gilt dem Einsatz für Bürgerrechte und Demokratie.

Seine Schrift erschien erstmalig 1987 und wandte sich gegen die Phantasielosigkeit der allerorts angelaufenen hochschulpolitischen Wende, die die Universität mittlerweile zur „Anstalt wissenschaftlicher Prostitution" werden ließ.

Er analysiert im folgenden den geschichtlichen Wurzelgrund der Ursachen dieses desolaten Zustandes, problematisiert als deren Konsequenzen das Verständnis von Autonomie der Universität und der Freiheit von Forschung und Lehre, der Verantwortlichkeit des Wissenschaftlers und der Wissenschaftlerin,

den Gebrauch von Vernunft und Wahrheit, den Begriff der gesellschaftlichen Relevanz.

Ohne Antworten zielgenau ausflaggen zu wollen, fragt Wolf-Dieter Narr nach einer neuen Idee der Universität jenseits einer Verkettung von Ökonomie, Herrschaft und Wissenschaft im Dienste einer instrumentellen Vernunft und stellt dabei die Frage nach einer vom Prinzip Verantwortung getragenen wissenschaftlichen Selbstreflektion. Der Autor ist überzeugt, daß eine Hochschule in der Demokratie nur eine demokratische Hochschule sein kann. In diesem Sinne hinterläßt Wolf-Dieter Narr seinen LeserInnen eine flüchtig angedeutete Idee der Idee der Universität mit der Forderung nach einer neuen Wissenschaft, die auf einem emphatisch humanen Bildungsbegriff beruht, in dessen Zentrum die Würde des Menschen steht.

Die Neuauflage der Schrift wurde erforderlich in Anbetracht eines erneut unter den gleichen Vorzeichen betriebenen Hochschulumbaus, bei dem die wenigen verbliebenen kritischen Studiengänge und mißliebigen Fachbereiche beseitigt werden.

Bei allem ihn auszeichnenden Scharfsinn scheint uns doch vorliegender Text wie ein längst verhallter Ruf in der universitären Wüste, in der sowohl Lehrende als auch Studierende sich in großer Anzahl dem scheinmodernen Gerede von „Wettbewerb", „Sachzwang" und „Zukunftsfitness" längst willig hingegeben haben. Wie obsolet und doch geradezu utopisch-naiv müssen in solch einem Zusammenhang, in der „Realität", Forderungen nach einer demokratischen und gar menschenwürdigen Umgestaltung der zur Lernfabrik verkommenen Institution, die landläufig Universität genannt wird, erscheinen.

Dennoch: Die Herausgeber der mittlerweile vierten Auflage von Narrs Schrift verwahren sich gerade mit dieser Neuauflage gegen die bequeme Haltung, den Begriff der Utopie als Instrument der Denunziation von gesellschaftlichen Möglichkeiten, die der einen oder anderen ideologischen „Realität" zuwiderlaufen würden, zu missbrauchen. Gestatten wir uns, zu träumen.

Manfred Suchan, Benedict Ugarte-Chacon, Januar 2004

Vorwort zur zweiten Auflage 2000

Überfällig, ja fast verspätet mutet der Titel der vorliegenden Schrift von Wolf-Dieter Narr an. Seit Jahren befindet sich die Universität – gegenüber sich immer unverhohlener artikulierenden politischen Bestrebungen ihre gesellschaftlichen Bedeutungen und Möglichkeiten zu neutralisieren – in einem immerwährenden Rückzugsgefecht. Die erste Auflage der Streitschrift wider die restlose Zerstörung der Universität, die zu der Neu- und Wiederbelebung ihrer Idee aufruft, liegt nun dreizehn Jahre zurück. Seitdem hat sie an Dringlichkeit nur gewonnen. Die derzeitige Restrukturierung des Otto-Suhr-Instituts (OSI) war uns schließlich Anlaß genug, zu einer Neuauflage zu schreiten.

Wolf-Dieter Narrs leidenschaftlich verfaßter Appell könnte ein wenig Licht ins dunkle Dickicht des aktuellen Hochschulumbaus allerorten bringen. Hiermit sei sie jedem und jeder potenziellen Leser/in in die Hand gegeben, in der Hoffnung, daß sie ihre Wirkung nicht verfehle. Als Herausgeber wollen wir, quasi als Reiseproviant, noch vorweg dem/der geneigten Leser/in einige ergänzende Gedanken mit auf den Weg geben.

Nachdem in den 70er Jahren das die Hochschulreform tragende Bündnis von Demokratisierern und Modernisierern zerbrach und letztere sich gegen erstere mit den Konservativen verbündeten, wurde ein in seinen Ausmaßen bislang unbekannter Wandlungsprozeß von Universität, Wissenschaft und Studium eingeleitet. Dieser läuft nicht nur auf einen Bruch mit der Berliner Hochschultradition hinaus, sondern stellt das humboldt'sche Universitätskonzept und darüber hinaus die europäische Universitätsidee grundlegend in Frage. Das Gesamtkonzept dieser derzeitigen „Reform" des Bildungswesens setzt sich aus mehreren Bausteinen zusammen, die das negative Ziel einer technokratischen Universität und eines normierten Studiums in einer Lernfabrik endgültig verwirklichen. Im Gegensatz zu den 80er Jahren ist heute die Zeit der Salamitaktik vorbei. Es geht um den letzten Rest.

An dieser Stelle müssen wir, die Verfechter einer humanen Bildungsidee, innehalten und unsere Niederlage eingestehen. Die Universität und ihre einstige neuhumanistische Idee sind restlos zerstört, übriggeblieben sind bürokratische Trümmerhaufen, Ungeheuer technologischer Rationalität. Dies ist unsere radikal-nüchterne Erkenntnis, die dem aufmerksamen Leser schon den Titel des Essays hoffnungslos überholt erscheinen lassen muß. Und dennoch:

Was bleibt uns, was kann noch gerettet werden?

Es ist die "Idee der Idee" der Universität, emphatisch proklamiert durch den Autor des vorliegenden Werks. In der Tat existiert diese Idee noch und wird solange existieren, wie sie im Bewußtsein auch noch so weniger überleben kann. Es ist die letzte Flamme, die die alles zertrampelnde Technokratie niemals wird löschen können, solange sie es nicht vermag, den aufrechten Gang ihrer Hüter zu brechen... Und mit dieser Idee der Idee ist keinesfalls ein Zurück zur alten (humboldt'schen) Idee gemeint, die in sich schon früh zur blosen Floskel, zur Ideologie werden mußte! Heute muß es vielmehr um eine Aufhebung der Idee der Universität im dialektischen Sinne gehen und im nächsten Schritt um ihre komplette Neudefinition, bevor zur Umsetzung geschritten werden kann.

In diesem Sinn richten wir, die Herausgeber, mit dieser Neuauflage einen verzweifelten Aufruf an Euch, die Diskussion um eine menschenwürdigere Universität allerorten neu zu entfachen. Hierbei schließen wir uns dem Vorwort der Herausgeber der ersten Auflage an und richten unsere Kritik ebenfalls an die verbliebene "Restlinke" mit ihrer Phantasielosigkeit, resultierend aus internen Tabus und Denkverboten, die dazu führten, daß man sich häufig schon freiwillig aus der aktiven Hochschulpolitik zurückgezogen hat. Stillschweigend wurde das Feld geräumt, ohne Eingeständnis der Niederlage. Die Herausgeber hoffen, daß Narrs Essay beiträgt, diese (Selbst-)Lähmung wieder aufzulösen.

Es ist kein Zufall, daß der Impuls zur endgültigen Zerschlagung der universitären Idee wieder an der Freien Universität Berlin seinen Anfang hat: Gerade die Berliner Universitäten mit ihrem Modell- und Reformanspruch sind ein beliebtes Testfeld. So droht eine neue Gefahr durch die vom Berliner Wissenschaftssenator Christoph Stölzl beabsichtigte Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG), wobei die Personalvertretungen der studentischen Beschäftigten auf kaltem Wege abgeschafft werden sollen. Hierbei wird erfahrungsgemäß wie schon 1986 auch die Verfaßte Studierendenschaft (VS) zur Disposition gestellt werden. Entdemokratisierung der Universitätsstrukturen und die zunehmende Implementierung autokratischer Führungsstrukturen sind weitere besorgniserregende Trends.

Der Berliner CDU gehen diese Eingriffsmöglichkeiten noch nicht weit genug. Die Berliner Universitäten sollen privatisiert werden, und an der Freien Universität Berlin soll damit initial begonnen werden. So will die wissenschaftspolitische Sprecherin der Berliner CDU-Fraktion die FU zu einer Stiftung machen. Diese zukünftige „CDU-Modellhochschule" soll zwar weiterhin staatlich finanziert werden, da kein Stiftungsvermögen in Aussicht ist, doch sollen das öffentliche

Dienst- und Haushaltsrecht künftig nicht mehr gelten. Neben der Einführung „sozialverträglicher" Studiengebühren wird das vor allem heißen: Professorendominanz, starke Dekane und wenig Mitspracherechte für die Studierenden. Und bei Neueinstellungen würde es keine Tarifverträge mehr geben. Zunehmend destabilisieren „Gemeinnützige-Arbeit-Programme" und „Integration durch Arbeit" (IdA) tarif- und personalrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Auch die Tutorien sind nicht nur durch zunehmende Kürzungen bedroht, das Berliner Tutorienmodell selbst ist durch die jährlichen Drohungen der Landesrektorenkonferenz und des Wissenschaftssenats, den Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten zu kündigen, in seinem Fortbestand gefährdet.

Was die geplanten Abschlüsse betrifft, sollen neu einzuführende Bachelor- und Master-Studiengänge am OSI langfristig das Diplom verdrängen. Die Folge wird ein Schmalspurstudiengang für viele, ein Elitestudium für wenige sein. In dem Kampf hiergegen ruft Wolf-Dieter Narr zur Fundamentalopposition auf und schließt sich bewußt nicht dem Kreis derer an, die, am alten Diplom festhalten wollend, sich auf den verführerischen Weg des Kompromisses gemacht haben. Der vorliegende Essay läßt jedoch in der Deutlichkeit seiner Analyse keinen Zweifel daran, daß ein solcher Weg zum Scheitern verurteilt sein muß und zur (Selbst-)Marginalisierung des Protests beiträgt.

Mit auf Hochtouren laufenden Fachbereichsumstrukturierungen insbesondere an der Freien Universität Berlin werden gemäß dem Strukturplan 2003 und den Empfehlungen des Wissenschaftsrates momentan die wenigen verbliebenen kritischen Studiengänge und mißliebigen Fachbereiche beseitigt. Studiengebühren und die flächendeckende Einführung von Chipkarten im Universitätsbereich werden den exklusiven und kontrollierten Zugang zu den Universitäten als zukünftigen neokonservativen „Denkfabriken" garantieren. Gelehrt und geforscht werden kann künftig nur noch, was den Vertretern des Establishments genehm ist. Alles andere hat in den Finanz- und Haushaltsplänen keinen Platz mehr. Zugang und Einlaß erhalten nur noch diejenigen, die den Beweis erbracht haben, zur zukünftigen Elite gehören zu wollen und zur erforderlichen Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst und andere bereit sind, also die Bereitschaft mitbringen, sich dem Konkurrenz-, Opportunitäts- und Leistungsprinzip zu unterwerfen. Eine an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete und gesellschaftlich orientierte Hochschul- und Forschungspolitik wird dann endgültig der Vergangenheit angehören.

Dieser strukturelle Totschlag der Universität gliedert sich fast nahtlos ein in eine gefährliche gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin zu dem, was man eine

autoritäre Technokratie nennen kann. Ein Vergleich dieser Herrschaftsform mit dem Faschismus hinkt in vielerlei Hinsicht und dennoch bestehen strukturelle Ähnlichkeiten, die hier nicht in Gänze dargelegt werden können. Jedoch meinen wir, allen Grund zu haben, vor einer Entwicklung zu warnen, die uns abermals auf bestem Wege in die Barbarei führen könnte.

Durch diese Einsicht in eine Entwicklung, die bisher mangels breiter Diskussion nur vage wahrgenommen wird, erscheint besonders die derzeitige Restrukturierung des Otto-Suhr-Instituts gleichermaßen delikat wie tragisch. Was hier entgültig auf dem Spiel steht, ist das so einzigartige wie fortschrittliche Konzept der Politikwissenschaft als Integrationswissenschaft – in dieser Weise bisher nur am OSI institutionell verankert. Das Modell der Integrationswissenschaft ließ in seiner Umsetzung bislang zu wünschen übrig, es herrscht eine "Tugend der Orientierungslosigkeit" und eine Reform ist längst überfällig.

Worum es den jetzigen Modernisieren an der Spitze des Instituts allerdings geht ist eine Restrukturierung des OSI, die einer Zerschlagung gleichkommt. Ihr Auftreten und Duktus hinterlassen ein merkwürdiges Bild: Es scheint darum zu gehen, möglichst viel Neues – als Zweck seiner selbst – einzuführen, und die immer drohende Orientierungslosigkeit durch Verschulung und Fachidiotie an den Rand zu drängen, statt durch eine bessere Vermittlung von grundlegenden methodischen Kenntnissen der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie zu überwinden. Dieses Vorgehen weist sich unter Mißachtung der wissenschaftlichen Reflektion als "ideologiefreie Politik" aus und wirft alle bisherigen Skrupel über Bord.

Dabei erscheinen vergangene Forderungen nach einer (herrschafts-)kritischen Ausrichtung der Forschung und Lehre genauso hinfällig wie der traditionelle Anspruch der Politikwissenschaft seit 1945. Wissenschaftler aller politischer Orientierungen forderten damals mit Nachdruck die permanente ungeschminkte Analyse und Kritik von politischen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, um einen Prozeß stetiger Demokratisierung zu gewährleisten und einen Rückfall in autoritäre Regime zu verhindern. Ein autoritär-totalitäres Regime zeichnet sich jedoch nicht zwangsläufig durch braune Uniformen allein aus und dennoch scheinen diese allerorten wiederzukehren. Ein weiter Anlaß, der zur zweiten Auflage von Narrs Streitschrift führte.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Restrukturierungsmaßnahmen am Otto-Suhr-Institut nur exemplarisch für das Elend stehen, das sich auch an anderen Fachbereichen und Universitäten breitzumachen droht. Dieser Essay richtet sich deshalb an *alle* kritischen Gruppen und Einzelpersonen der Universität(en), wo auch immer sie sich in ihrer Hierarchie befinden mögen.

Alles in allem gleichen das Vorgehen und die Konzepte der herrschenden konservativen Berliner Hochschulpolitik in überraschendem Maße denjenigen ihrer konservativen Amtsvorgänger vor 13 Jahren. Damals gelang es, tragfähige Gegenkonzepte zu entwickeln und erfolgreiche Widerstandskämpfe zu führen. Wolf-Dieter Narrs Aufruf leistete damals einen wichtigen Beitrag.

Auch heute geht es nicht darum, daß die hier versammelten Argumente die herrschenden Kräfte zur Vernunft aufrufen, sie können und sollen es nicht. Vielmehr sollen sie den Boden bereiten für eine Bewußtwerdung gesellschaftlicher Kräfte, die eine technokratische Verwaltung von Menschen nicht akzeptieren und verbessern, sondern ablehnen. Eine Dialektik in diesem Vorgang liegt darin, daß wir weiter auf der Universität als einem zentralen Ort der gesellschaftlichen Bewußtwerdung bestehen, aber sie sich nur durch diesen Prozeß selbst vor der von gesellschaftlichem Unbewußtsein vorangetriebenen restlosen Zerstörung retten kann. In der Aufhebung dieses Widerspruchs liegen die Möglichkeiten, die weit über die Universität hinaus in die Gesellschaft weisen.

Mikiya Heise, Nicolai Röschert, Manfred Suchan

im September 2000

Vorwort zur ersten Auflage 1987

Der Patient, die Universität, ist tot, bzw. stirbt weiter ab. Tot, mausetot, rattenkaputt - so hat W.-D. Narr einmal ihre Entwicklungsstadien in den achtziger Jahren beschrieben und im vorliegenden Essay zur aktuellen Lage der Hochschulen wird dieser Befund erneuert. Unsere Gründe, diesen Aufsatz (eigentlich schon eine Denkschrift) zu veröffentlichen, seien hier kurz genannt.

1. Die Klarheit des Befundes und seiner Gründe. Endlich hat es einer ausgesprochen, was des Kaisers neue Kleider sind. „Die Universität ist tot" - besagt: sie hat ihre „organisierende Idee", d.h. ihre Utopie (im Kern eine soziale Wissenschaftsutopie) verloren, sie führt ein Dasein in allgemeiner, sozialer und geistiger Gestaltlosigkeit. Eine Institution, die sich selbst überlebt, in der „der Geist nicht mehr ist" und die nur noch den Namen einer Universität führt. Freilich, was da ist, lebt weiter, emsig betrieben und sich nährend von den Trümmern, aber es verdient, so Narr, den neuen, sachlich und zeitgeschichtlich triftigeren Namen einer „MULTIVERSITY", will sagen: einer „Diskount-Universität". Und tot sein, als geschichtliche Zäsur, bedeutet weiter: daß institutionell eingebundene Erhaltungs- oder Wiederbelebungsversuche (gleich welcher Art) nichts mehr retten können: nur noch künstlich sind, im Sinne von äußerlich, unerheblich gegenüber den objektiven (schon längst in den siebziger Jahren eingeleiteten) Prozessen der „Verlandung" (Landnahme, Usurpation) der Universität. Von dieser Universität, in ihrer bürokratisch zusammengehaltenen Strukturlosigkeit, ihrem Forschungsfetischismus (der ihrem geistigen Funktionsverlust entspricht) und ihrem diffusen, phrasenhaften Selbstverständnis ist nichts mehr zu erwarten. Sie ist strukturell am Ende.

2. Was Narr hier vorlegt - ein Versuch systematischer Aufarbeitung der Reform im Blick auf die Gründe und Folgen ihres Scheiterns - reflektiert zugleich die Sinn- und Existenzkrise linker Hochschulpolitik. Darin ist ausgesprochen: die Notwendigkeit ihrer inhaltlichen Neubegründung gegen das technokratische Denken der alten Reformfraktion(en), und zwar sowohl im Blick auf Wissenschaft und Bildungsinteresse als auch auf die Formen der Organisation und der Politik. Zu beidem werden hier Ansätze entwickelt. Alles weitere möge man dem Text entnehmen.

3. Wir sind mit dem Verfasser einer Meinung, daß eine Neubelebung linker Hochschulpolitik allein über eine offen geführte inhaltliche Debatte in Gang

kommen kann, in deren Zentrum der Zusammenhang von wissenschaftlicher (Selbst-) Aufklärung und Demokratie (also ein inhaltlicher Begriff beider) zu stehen hat. Dazu ist es in der Tat höchste Zeit. Denn offensichtlich hängt die Lähmung, von der die sogenannte „linke Fraktion" seit geraumer Zeit befallen ist, auch mit ihren internen Tabus und Denkverboten zusammen. Das Resultat: der absoluten Phantasielosigkeit der neuen Macher (was betreiben sie anderes als eine Politik der Standesinteressen?) entspricht eine nicht minder konzeptionslose, abstrakte Politik der Besitzstandswahrung auf Seiten der alten. Dagegen ist der Aufsatz Narrs ein rühmlicher Versuch, die Selbstblockaden der Reformer aufzulösen und „das Problem einer freien Universität" (so die Formel von Klaus Heinrich, 1967) wieder von den Inhalten und Grundsatzfragen aus auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Universität ist tot oder stirbt ab, löst sich auf im Bau potemkin-scher Dörfer und Babelscher Türme. Diejenigen, die drinbleiben oder neu hinzukommen und nicht sprachlos untergehen wollen, werden sich orientieren müssen. Dazu ist Narrs Essay ein Hilfsangebot. Wie wir hoffen nicht zuletzt für Studenten.

Henning Born, Svend Hansen, Juni 1987

Nachwort 2004 vorweg - Vorbemerkung des Verfassers zur vierten Auflage

Die Gefahr der Sprachlosigkeit

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen."

Dieses Adorno-Wort trugen, großbuchstabig, Studierende, Trillerpfeife im Mund der eine, rausgestreckte Zunge die andere, als sie mit vielen anderen am 18. Dezember letzten Jahres in Wiesbaden gegen das bildungs- und hochschulpolitische Sparpaket der hessischen Landesregierung demonstrierten (s. FR vom 19.12.2003). Vor Jahrzehnten formuliert, artikuliert Theodor W. Adornos Wort ein immergrünes Postulat politisch oppositionellen Verhaltens. Ausdruck der schieren Hilflosigkeit selbst hilft es doch, sympathetisch, nicht sprachlos zu versacken. Sprachlosigkeit fiel und fällt mich an wie ein klettenzähes Tier, das innen und außen zugleich beißt und auf Fluchtwege aller Art sinnen macht. Und das im fast 100sten Semester. Ein unsäglicher Langzeitstudent habe ich einen Großteil meiner Zeit in den Hallen von Universitäten zugebracht und mir mein Leben in ihnen vertrieben. Und nie hat mich die Leidenschaft in Sachen Universität verlassen, wenngleich die Leiden an ihr, von der und für die ich nicht zuletzt lebte, zugenommen haben.

Vor nunmehr über 20 Jahren, allzu spät seinerzeit schon, habe ich ein Büchlein verfasst, das der seinerzeitige AStA der FU Berlin dankenswerterweise herausbrachte. Sein Titel, der unverändert auf dem neuen Umschlag prangt: „Wider die restlose Zerstörung der Universität. Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung." Ich stocke allein schon beim Abschreiben. Kann heute noch von einem Zerstörungs p r o z e ß die Rede sein? Ist derselbe, wie immer begründet und bewirkt, nicht längst abgeschlossen? Ist es nicht geradezu absurd und abstrus zugleich, dazu aufzurufen, einen längst modernden Leichnam n e u – und w i e d e r zu beleben? Irgendwann einmal muss alles beerdigungstümelnde Untergangsreden sein Ende finden. Hätte es wenigstens prophetisch aufrüttelnde Gewalt. Wo wären indes `Abtrünnige´, Apostaten, Ketzer, deren ´Glaubensreste´ zurückgeholt und aufbäumend revolutioniert werden könnten?

Nein, das Geschick dessen, was man in lange vergangenen, teilweise sogar glücklicherweise überwundenen Zeiten die „universitas literarum" genannt hat, lockt keinen Hund mehr hinter dem Ofen vor. Gewalt bis in die letzten Gedanken- und Gefühlsfetzen, darum als solche gar nicht wahrgenommen, übt mehr denn je der globale, in tägliche Anteilskämpfe verwickelte und verwickelnde Kapitalismus. Innovationsgierig und ungleichheitsproduktiv hat dieser längst das, was pervertiert, einmal Universität hieß, in sich aufgehoben.

* * *

Das WS 2003/2004 hatte kaum begonnen, da war es schon streikend halb zerronnen. Glücklicherweise. Spät. Endlich. An vielen universitären Orten setzten sich Studierende mit bunten Demonstrationsformen zur Wehr (zur Situation in Göttingen vgl. Rüdiger Soldt: Proseminar des Protests – für Anfänger und Fortgeschrittene, in: FAZ vom 6.12.2003). Wieweit diese Proteste reichten? Bis jetzt nicht sehr weit, auch unter den Studierenden nicht sehr tief. Wie sie weiter gehen werden, ob sie irgendwelche Effekte zeitigen werden? Mutmaßlich werden sie im Neuen Jahr allenfalls spärlich aufflackern. Ihre Wirkungen werden sich bestenfalls im besuchten Proseminar erschöpfen, von dem Rüdiger Soldt spricht.

All diese skeptisch angespitzten Äußerungen sprechen nicht gegen die Proteste. Sie belegen nur, wie eng umzirkt sie sind. Wie viele Hindernisse auch unter den Studierenden allem kollektiven Protestieren entgegenstehen. Schon als Schüler sind sie vom NC und den angebotsarmen und zugleich hochgradig auswählerischen Arbeitsmärkten entsprechend brav und strebsam und ökonomietrunken habitualisiert worden.

PREUSSISCHE STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ

Die Kürzungen der Bildungs- und Universitätshaushalte werden protestierend skandalisiert. Das geschieht zurecht. Es geschieht indes eher naiv und ohne eigene Vorstellungskraft. „Bildung für alle, aber ohne Geld!" lautete der auf dem Weg vom Brandenburger Tor zum Roten Rathaus flachsinnig penetrant skandierte Spruch der ersten größeren Demonstration des Wintersemesters. Mir verging meine vorbereitete Rede und ich stahl mich weg. Nicht nur wurde das immer noch bestehende Privileg des akademischen Studiums nicht zum Thema. Obwohl in fast allen Forderungsfetzen nur über unzureichende finanzielle öffentliche Mittel gehandelt wurde, fehlten alle Überlegungen, wie die heute schon, vor allem wie die morgen infolge ihres Studiums positionell und das heißt heute immer auch finanziell Privilegierten nicht vor und im Studium diskriminierende Beiträge leisten könnten. Damit tatsächlich alle Kinder und Jugendlichen – und später auch in Zyklen alle schon beruflich Tätigen

- ausreichend lange und ausreichend qualifiziert gebildet werden könnten. Schwerwiegender als solche Fehlfarben unter den Forderungen wider die Kürzungen ist es indes, dass die qualitativen Änderungen, denen die Hochschulen unterworfen werden, fast keine Sprecher finden. Nüchtern betrachtet werden in diesen Jahren, Monaten und Tagen die überständigen und nicht mehr funktionstüchtigen Reste dessen beseitigt, was Universitäten nicht nur in ihrem freilich bei weitem ihre Wirklichkeit überhängenden Anspruch ausmachte. Vier Universitätsverhalte ragen heraus.

Zum ersten: Die Gleichschaltung für die kapitalistisch grundierten Habens- und Herrschaftsinteressen wird vollendet. Diese auf den ersten Blick eher abstrakt ideologisch erscheinende Absicht – „to make universities more responsive und more like commercial companies in governance" (so Stefen Collini in seiner Besprechung des White Paper der britischen Regierung „The Future of Higher Education" in: London Review of Books Vol. 25, No. 21, Nov. 2003) – schlägt im gesamten Universitätsgeschehen institutionell, habituell und kognitiv in Lehre, Lernen und Forschung durch. Ich gebe noch einmal Stefen Collini das Wort. Er schildert die Situation in Großbritannien. Trotz aller herkömmlichen Unterschiede ist der weltweite Gleichschaltungssinn analog.

„In other ways, ..., the world as imagined by this White Paper is a world of educational Darwinism (das gilt für zahlreiche Äußerungen kapitalistisch darwinistisch gerichteter, bundesdeutscher Unternehmerakademiker cf. u.v.a. Hubert Markl: Wo unser Herz schlägt. Was die Kinder in der Schule und die Studenten in den Universitäten heute alles lernen müssten: Wissenschaft und die kulturelle Einheit Europas, in: FAZ vom 27.11.2003). Higher education in this country is locked in mortal combat with its ´competitors´ elsewhere; only the ´strongest´ departments deserve proper research funding; universities ´compete´ for the ´best researchers´; institutions which fail to ´price´ their courses appropriately for their ´market´ will be eliminated, and so on. The document urges us to wise up to these realities: ´Our competitors are looking to sell higher education overseas, into the markets we have traditionally seen as ours´. (...)"

Diese Kerbe vertieft und verbreitet einer der Spitzenbildungs- und forschungspolitiker der BRD, Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, jüngst zusammen mit Gerhard Schröder, dem Bundeskanzler, Mitgüterundinvestitioneneroberungsreisender nach und in China. Über die „Agenda 2010" hinaus stünden „andere Aufräumarbeiten" an. „Was wir brauchen, ist ein klares und vor allem konkretes Programm, das Forschung und Bildung zur absoluten Priorität macht und anstelle von punktuellen Kraftakten systematisch und mit definierten Meilensteinen vorgeht." Kann man sich mehr, wenn auch nur postulierte, Bildungs- und Forschungsdynamik wün-

schen, wenngleich einem angesichts der „absoluten Priorität", von der Piererisch die Rede ist, schier alle Sprach- und Politiklogik stockt? Das ist die Antwortrichtung: „Wir brauchen mehr Wettbewerb an den Universitäten und zwischen den Universitäten. Das erfordert Autonomie – das universitäre Herz hüpft, W.D.N. -, weniger Bürokratie und mehr Freiheit für die Auftragsforschung, Industriekooperationen und Drittmittelfinanzierung. – Das universitäre Herz rutscht, wie fast immer, wenn neuerdings von „Autonomie" im Goodspeak des Sparens und der Effizienz die Rede ist, in die universitäre Hosentasche, W.D.N. - International kompatible Studiengänge – gegliedert nach Bachelor- und Master-Abschlüssen – würden die Anziehungskraft auf global umworbene Eliten erhöhen. Zeitverträge mit leistungsbezogener Vergütung für Professoren und Studiengebühren mit leistungsgerechten Finanzierungs- und Stipendienmodellen würden das System effizienter machen und die Ausbildung beschleunigen."

Gewiss doch. Das universitäre Herz ist schon durch die Riesenlöcher der Hosentasche zu Boden gefallen und achtlos zertreten worden. Heinrich von Pierer lässt wenigstens an Klarheit, ja an Eindeutigkeit in materialem, wenngleich nicht gerade methodischen oder sprachlichen Sinn nichts zu wünschen übrig. „Der Focus muss strikt auf die Anforderungen der Märkte gerichtet werden", formuliert er kapitalnotwendigkeitspathetisch. Wer aber wüsste um „d i e" ´Anforderungen´ „d e r" ´Märkte´ genau im Sinn mächtiger Weltmarkthermeneutik Bescheid? Nur die Chefinterpreten, rein zufällig auch die Chefinteressenten. Als da sind: die Vorstandsvorsitzenden kapito-technologisch führender Branchen à la von Pierer; die Spitzenmanager der Beratungs- und der Ratings-Firmen; die Bosse der Zentral- Großbanken à la Federal Reserve und Europäische Zentralbank u.ä.m.

Also ist bildungs- und forschungspolitisch alles interessenmonoman klar (wohlgemerkt in der Identifikationssequenz mit dem ´Wohlstand´ der Nationen und der Weltentwicklung insbesondere der ´failed states´ und ihrer ´Unterentwicklung´). „Entscheidend ist aber, dass der elementare Beitrag von Technologie und Innovationen für Wohlstand und die Lösung ökonomischer und gesellschaftlicher Herausforderungen national wie global erkannt und vermittelt wird – in der Erziehung, in Schulen, in Medien und im gesellschaftlichen Diskurs. Innovation ist Chefsache. Das ist so in Unternehmen, die Innovationsführerschaft beanspruchen – warum nicht auch in der Politik?" (Heinrich von Pierer: Deutschland muss den Kampf um die technologische Führungsrolle in der Welt aufnehmen. Ein Zehn-Punkte-Programm für Innovation und Wachstum in Deutschland, in: FAZ vom 24.12.2003). Gleichschaltung. Fast klingt dieser ursprünglich nazistisch gebrauchte Terminus zu harmlos.

Zum zweiten: weit drunten siedeln die Folgen, die sich wahrhaft in den Bewusstseins- und Verhaltenschancen der Studierenden konkretisieren. Zu allererst werden neue Klassen gebildet. Einer der wenigen großen Vorzüge der neueren deutschen Universität seit Humboldts Reformen (1810 ff.) bestand selbst zu der Zeit, da sie fast reine Klassen- und einseitige männliche Geschlechtsuniversität war, darin, dass sie in ihren Hallen am Studienprinzip der Gleichheit ausgerichtet gewesen ist. Alle, die Chemie studierten oder Medizin oder Geschichte oder Soziologie taten dies im Rahmen gleicher Curricula, Studienbedingungen und Prüfungsordnungen.

Die Abweichungen von diesem inneruniversitären Prinzip der Gleichheit waren immer erheblich. Sie haben vor allem im Rahmen der sog. Massenuniversität zugenommen. Allein die seit langem erhebliche „Drop-out-Rate", die Zahl der Studierenden also, die ihr Studium abbrechen und entsprechend ihr Studienziel verfehlen, kündet davon (vgl. zu den jüngsten Zahlen Hermann Horstkotte: Internationale der verlorenen Studenten. Gut ein Drittel der Deutschen und bis zu zwei Drittel der Ausländer verlassen die Uni ohne Abschluss – oder überziehen um mehr als zwei Jahre, in: Tagesspiegel vom 30.12.2003.

Verräterisch ist dort im übrigen die Gedankenlosigkeit in Sachen Ursachen. Keiner der zitierten Interpreten kommt auf Mängel in den Fächerangeboten, auf unzureichende Studienbedingungen, auf falsch zielende Prüfungsordnungen u.ä.m. zu sprechen). Manche der drastisch ungleichen Bildungschancen wollte man in den bildungsemphatischen Reformsechzigern des 20. Jahrhunderts im Rahmen der Universitäten, vor allem vor ihren Toren wenn nicht gründlich beheben, so doch erheblich mildern. Ungleichheit war wenigstens als orientierende Zugformel verpönt. „Bildung ist Bürgerrecht!" Nach langen Vorläufen hat sich heute die Orientierung verkehrt. „Die" "Elite" ist schon in der sogenannten geistig-moralischen Wende Anfang der 80er Jahre wiederentdeckt worden. Heute trieft es von L e i s t u n g s eliten aller Orten. Zu dem, was unter „Leistung", wie einem unbefragten Gut eingeschmuggelt worden ist, gehört der purpurn gleißende Begriff der Gerechtigkeit.

Vor diesem Hintergrund, der die verschärfte Konkurrenz ausdrückt und sich im oben genannten „educational Darwinism" widerspiegelt, verstehen sich all die neuerlich unverschämten Aufplusterungen des Leistungsadels der Ungleichheit. Nicht die ungleichen Ausgangsbedingungen der Kinder sucht man zu besänftigen, um aller Bildungs- und Lebenschancen zu verbessern. Hierbei können pädagogisch angemessen alle in ihren unterschiedlichen Talenten gefördert werden. Die sogenannten Hochbegabten und deren besondere Förderung werden als das Problem und die Aufgabe erkannt. „Wer da hat, dem wird gegeben, damit der die Fülle habe."

Die Universitäten werden elitär, Ungleichheit schaffend, aufgerissen. Kurzstudiengänge werden eingerichtet, um möglichst rasch die sonst nicht mehr ´brauchbare´ Mehrheit der Studierenden durch prüfungsstark armierte Studiengänge zu schleusen. Centers of Excellence werden im Gegenzug geschaffen. Sie wirken ungleichheitsmächtig, auch wenn ihre intellektuell leeren Prätentionen aus allen Begründungs- und Verfahrensschlitzen franzen. Hier gibt´s für die ansonsten kaum exzellent begabten Professoren und ihre Departments Geld und Reputation im Haufen. Was kümmert es angesichts solch aufgeherrschter Mobilität und Flexibilität im sprachverhunzenden Stromlinieneffizienzglanz, dass das Versprechen leer bleibt, es könne „ein wissenschaftliches Studium an Universitäten geben ..., das in drei Jahren zur Berufsqualifizierung führt" (s. trefflich Wolfgang Kemp: Euch machen wir mürbe. Hochschulkontrolle: Aufzeichnungen eines Nichtakkreditierten, in: FAZ vom 7.11.2003).

Was kümmert es, dass auch bei den elitär Getrimmten, die später bessere Positionen und mehr Geld zu erwarten haben, um alles andere geht nur nicht darum, „ihr eigenes Bewusstsein autonom" sich entwickeln zu lassen (s. zu diesem, ihm selbstverständlichen Ziel Theodor W. Adorno: Ontologie und Dialektik (Vorlesung 1960/61), Frankfurt/M. 2002, S. 225). Die neue Klassenbildung unter dem Stichwort „Bologna-Prozess" greift um sich und durch. Der sog. Bologna-Prozess bezeichnet die euro-bürokratische Nivellierung der Bildungseinrichtungen der EU-Länder in neoliberaler ´Marktbefreiung´.

Zum dritten: was in diesen negativen Studienreformen, fast bin ich geneigt zu sagen, „endgültig" zugrunde gerichtet wird – gäbe es nicht die spes contra spem, die Hoffnung wider das Hoffen – ist die immer prekäre, immer voraussetzungsreiche Freiheit des eigensinnigen Studierens. In der Wahl, zu studieren oder nicht – dies gilt trotz der anhaltend gewachsenen Zahlen -, in der Wahl des Faches, das eine zu studieren ausging, im Rahmen vieler, von den Prüfungsordnungen stramm zugezerrten Curricula, in den vorweggenommenen, angstbestimmten Disziplinierungen des kaum berechenbaren, allerdings durchgehend von groben und feinen Unterschieden bestimmten Arbeitsmarkts ist das Pathos der Studienfreiheit längst zum festrednerischen Lallen verkommen.

Das, was gegenwärtig geschieht, in „meinem" Institut für Politikwissenschaft gültig seit diesem Wintersemester, kommt einer Art definitivem Massaker gleich. Nicht nur wird das Studium klassengeteilt und für wenige „exzellent" zusätzlich motorisiert. Vielmehr wird bei skandalös bleibender inhaltlicher, methodischer und didaktischer Beliebigkeit des Lehrangebots das gesamte kurz-lange Studium prüfungszeit gegängelt, ausstaffiert durch ein pseudoexaktes Punktesystem – bis hin zum lateinisch-deutschen Kentauernwort der Maluspunkte(!).

Was für die große Mehrheit der Studierenden bleibt, ist rücksichtslos für alles, was das Studium intellektuell und habituell spannend und spaßvoll machen könnte, um zur eigenartigen Person zu werden, eng, punktegerichtet kanalisiert, gehetzt von einer Zahl der Kurse, die alle Eigenzeit rauben.

„Aus dem Wortschatz des Neu-Akademischen Effizienzlertums (NAE): Exzellenz, umsetzen, Kultur, auch Qualitätskultur oder Quality Culture, Implementierung, Kernkompetenzen, workload, Profilbildung, Profilschärfe, Zielvereinbarungen, Modul(arisierung), Matrix mission statement. Man könnte das ganze System sehr schnell zu Fall bringen, wenn man diese Worte kassieren würde. Eine andere Hoffnung bestünde darin, dass es durchdreht oder sich nur noch mit sich selbst beschäftigt – was kein so großer Unterschied wäre. Themen wie ´Meta-Evaluation´ der Modelle externer/interner Evaluation´ deuten stark in diese Richtung" – so der schon zitierte Wolfgang Kemp zutreffend.

Nur in einem hat er leider Unrecht. Nahezu alle kopflosen Konzepte, nahezu alle im neoliberal säuselnden Bürowind Europas durchgesetzten Maßnahmen in eins mit den teils substantiellen, teils institutionellen Privatisierungen haben die Dynamik einer versachlichten, einer vereinzelnden Herrschaft hinter sich. Schon darum ist anhaltender und kräftiger Widerstand nicht mit der Lupe und nicht mit dem Fernrohr zu entdecken. Die einzige Hoffnung besteht darin, dass diese Bildungspolitik der funktionalistischen Instrumentalisierung und diese Forschungspolitik des Innovationsmanagements für Anlage- und Profitchancen führender Kapitale, selbst immanent betrachtet, nicht funktioniert.

Nicht nur den Grund- und Menschenrechten zusammen mit demokratischen Erfordernissen wird zuwidergehandelt. Wen kümmerte das schon angesichts des welt-, vor allem westweiten Missbrauchs der Menschenrechte im imperialen und militärisch gewitzten Reden über sie. Vielmehr wird, im bildungsökonomischen Unwort gesprochen, das „Humankapital" in einer Weise vergeudet, sprich werden nötige (Selbst-)Bildungsprozesse und nicht sogleich verwertbare Kreativitäten in einer Weise missachtet und unterdrückt, dass die gesellschaftlichen Kosten selbst in Sachen Stabilität und Selbstorganisation nicht mehr zu ermessen sind. In diesen Sinne drängeln schon die nächsten Krisen.

Zum vierten: die Universität als Forschungs- u n d Lehr-/Lerneinheit ist, so wohl sie humboldtisch gedacht war, seit langem weithin eine Schimäre. Darum müssten Forschung und Lehre/Lernen längst, gemäss den verschiedenen Fächern in unterschiedlicher Weise, neu organisiert und eher hintereinander-, als parallel-, gar zusammengeschaltet werden. Hinzu müsste längst eine fachspezifische und gesamtuniversitäre Forschungsbewertung kommen, die dem durchgehenden Politikum der Forschung entspricht. Das, was stattdessen seit lan-

gem geschieht, ist die Ausverlagerung der Forschung. Letztere erfolgt im Rahmen der Universität in einer Reihe öffentlich-privat gekoppelter Varianten und außerhalb der Universitäten in staatliche und/oder privat primär finanzierten Forschungseinrichtungen.

Dieser staatlich geförderte Forschungseskapismus – in dem Sinne, dass fast alle öffentlichen, nicht zu reden von demokratischen Kontroll- und Verantwortungsmechanismen mangeln - erhält unter dem geradezu totalitär gewordenen Innovations- (= kapitalistisch-kommerzieller Verwertungs-)anspruch einen zusätzlichen antiuniversitären Schelmen aufgesetzt. Fächer werden umgemodelt, gekürzt, auf Hunger- und Sterbeetat gesetzt, Forschungen werden an den Rand gedrängt und entwertet, so sie dem nahezu exklusiv technologischen (und in diesem kapitallogischen) Innovationsanspruch nicht genügen.

Erneut gilt, als schwacher Trost freilich, dass diese Verarmung der Universitäten, der Forschungen allgemein im widersprüchlichen Namen der Innovation, die eben nur einer Verwertungslogik entspricht, rächende Folgen im Blähbauch enthält. Nur, wer kann schon wünschen, dass universitätspolitisch in Forschung, Lehre und Lernen „normale Katastrophen" (Charles Perrow) angelegt werden und die fortschrittsstrammen Hochschul-politiker, zu denen sich jüngst so ein kenntnisreicher Forscher und Lehrer wie Herr Müntefering gesellt hat, stechschrittartig innovativ in ihre eigenen Tretminen laufen. Deren Splitter treffen die Studierenden, diejenigen, die nicht angemessen studieren konnten und die Gesellschaft insgesamt, soweit ihr die Art der Innovationen davon laufen. Die Antiquiertheit der Universität.

* * *

Wir sollen uns, so das eingangs zitierte Adornowort, auch von der eigenen Ohnmacht nicht dumm machen lassen. Schwierig ist es, dieser einfachen, billigen und stimmigen Forderung zu entsprechen. Falsch wäre es in jedem Falle, der verharmlosenden Spruchweisheit eines mir befreundeten Fachkollegen zu folgen - so äußerte er sich angesichts der neuen Studien- und Prüfungsordnung am OSI -, es werde alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht worden ist. Falsch wäre es noch mehr, sich, wie es das die Sache der Universität in dem von mir angedeuteten verratende Präsidialamt in der Folge seiner ´jüngeren´ Präsidenten tut, das Logo der Universität auf allen Briefköpfen und sonstigen Gelegenheiten schön-wort-reich zu präsentieren, dahinter und darunter aber den gegenwärtigen Aushöhl- und Transformationsgang der Universität substantiell klaglos nach-, ja mit zu vollziehen. Veritas justitia libertas – welch eine Täuschungsanzeige im Namen wahrheitserpichter Wissenschaft.

Will man angesichts des herrschenden Drucks und der eigenen Ohnmacht nicht dumm werden und dann selbstverschuldet dumm werden, ist an erster Stelle das neu zu formulieren, zu verbreiten - und sei es in noch so kleinen Schritten umzusetzen, und sei es nur als konkrete Utopie - was die Idee der Universität und eine ihr entsprechende Praxis der Universität genannt worden ist und genannt werden kann. Um eine solche „Idee" und ihre materiellen Formkonsequenzen angemessen zu fassen, sind vier Schritte zu kombinieren.

(1) Das oder die Bildungsziele sind, indem ihre Kriterien ausgepackt werden, vorzustellen und zu begründen. Diese kann man, meiner Perspektive gemäß, der neuhumanistischen Versprechen der deutschen Klassik eingedenk, in folgender Formel fassen: zu jeder Person gehört, damit sie zur Person zu werden vermöge, eine kriterienbewusste, analytisch begründete Urteils- und Vorstellungskraft (für Andere und Anderes). Diese ist fachspezifisch und fachübersteigend (aus-)bildend zu entwickeln. Eine solche Urteils- und Vorstellungskraft als zentrale personale Qualität allein entspricht demokratisch menschenrechtlichem Anspruch. Letztere sollte man sonst, wohin sie gegenwärtig weithin gehört, in die rationalisierende Propagandatüte stecken.

(2) Eine, in sich aufgabenentsprechend notwendig plurale „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters" ist wenigstens soweit zu formulieren – indem man den analytischen Spaten kräftig in die Hand nimmt, auch den Pickel auf der Seite liegen hat -, dass annäherungsweise und plausibel erkenntlich wird, welche Wirklichkeit(en) Lernende verstehen müssen, sollen sie mehr werden als fachbornierte und privilegierte Vorurteilsträger. Zugleich ist in disziplinierter Spekulation herauszufinden, auf welche „Wirklichkeiten" die Studierenden in ihren Kompetenzen hin erzogen werden. Adornos anderes Monitum ist dabei präsent zu halten: „die Aufgabe der Erziehung, in einem emphatischen, großen Sinn, besteht eben darin, dass sie die Menschen mündig macht und die Institutionen wirklich auf die Rolle reduziert, die ihnen von Kant zugeschrieben war, nämlich nur darüber zu wachen, dass die Freiheit keines Menschen die Freiheit des anderen Menschen beeinträchtigt" (Adorno: Ontologie und Dialektik, S. 403).

(3) Aus der Geschichte der höheren Bildungsanstalten in Deutschland, wie Nietzsche formulierte, und anderwärts ist negativ und positiv zu lernen. Allein die Bildungsgeschichte der letzten 40 Jahre, die ich überblicke, ist so reich an Fallen, Fehlern und Versäumnissen, jedoch auch an Lichtflecken und ekstatischen Augenblicken aufrechten Gangs, die durch Bildung ermöglicht wurden, dass es eines der schlimmsten Versäumnisse der Gegenwart darstellt, einfach und je nach aktuellem politischen Gusto maßnahmeirrational darauf los zu

stochern. Darum sind alle diese ad-hoc-Reförmchen, selbst dort, wo sie angemessen zielen, jämmerliche Gestalten. Sie zeitigen schon negative Effekte, bevor sie auch nur angewandt werden.

(4) Alle Normen und Ziele sind immer nur so gut, wie die (materiellen) Formen, die institutionalisierten Prozeduren, mit deren Hilfe sie verwirklicht werden sollen. Das ist das härteste Stück Arbeit. Es muss etablierte, tief habitualisierte Interessen in Frage stellen. An dieser Arbeit sind die meisten der insgesamt nur halbgaren Reformen gescheitert, die der Studentenbewegung nach 1967 folgten. Auch junge, „68er" Professoren beispielsweise benahmen sich rasch ihren institutionalisierten Interessen gemäß. Sie versäumten es mit, die bundesdeutsche Universität für das Jahr 2000 und danach zu gestalten. Das ist, gestehe ich es offen, meine größte Enttäuschung über uns, seinerzeit rasch arrivierte Studentenbewegungsgewinnler. In ihrer Indolenz gipfelt die heutige Misere.

Dennoch und trotzdem. Die Idee der Universität ist zeitgemäß unzeitgemäß in der angedeuteten Richtung zu gewinnen und praktisch festzuhalten. Als willige Vollstrecker des Phantasie tötenden innovatorischen Effizienzgetues in Forschung und Lehre/Lernen sollte sich niemand hergeben, der schon für sich und andere verantwortlich handeln kann. Wenn es nicht anders geht, ist auch für die Studierenden verhaltenskonforme Subversion die erste Bürgerpflicht.

Wolf-Dieter Narr, Januar 2004

Vorbemerkung des Verfassers zur zweiten Auflage 2000

Denk ich an die (deutsche) Universität in der Nacht
Dann bin ich um den Schlaf gebracht

Den ewig Studierenden, mir selbst auch im 80igsten Semester, meinem neunjährigen Sohn Max im vierten Schuljahr

4 Thesen mit etwas erläuterndem Fleisch behangen - Statt einer Einleitung

Kleine Vorrede

Jüngst ist der AStA der freien Universität an mich herangetreten.

Der Student, der mich ansprach, einer der wenigen im AStA der wenigen, die sich hochschulpolitisch ein wenig kümmern, die dafür Gedankenzeit finden, die immer noch und erneut eine Ahnung davon haben, daß es geboten sein könne, über das, was "Universität" ist, sein sollte, sein könnte, nicht in reformdürftigen, in geradezu systematisch antireformerischen Zeiten zu reden. Der immer schon allzu frohgemute und voll der Selbsttäuschungen quer durch die Jahrhunderte geäußerte Spruch: universitas semper reformanda bleibt einem geradezu im Hals stecken. Wo sollte man reformieren, wenn das zu reformierende "Subjekt" nicht zu fassen ist. Universität - ein Suchbild.

Der Vertreter des AStA also fragte mich, ob ich zustimmte, daß eine kleine Universitätsschrift von mir - "Wider die restlose Zerstörung der Universität", die der Vor-Vor-Vor...Gänger-AStA vor bald 1 ½ Jahrzehnten publiziert hat, wieder aufgelegt werde. Und wenn ich zustimmte, ob ich meine seinerzeitigen Argumente verändernd ergänzen oder wenigstens eine aktuelle Einleitung hinzufügen wolle. Geschmeichelt stimmte ich zu. Ich habe deshalb von mir Geschriebenes selbst wieder gelesen, was ich nur wie in diesem Falle zwangsweise tue. Ich habe selbiges nur sprachlich sacht überhobelt, in der Sache unverändert gelassen. Nun im August 2000 füge ich in einer neuen Einleitung ein wenig dessen hinzu, was mir zum Zwecke der Aktualisierung erforderlich erscheint.

Abgesehen davon, daß es einem, so auch mir in berechtigt-unberechtigtem Autorenstolz allemal wohltut, wenn selbst Fabriziertes mehrere Auflagen erlebt oder nachgedruckt wird, bedrückt der Nachdruck in Sachen Universität mehr, als daß er erfreute:

- er zeigt, wenn das Nachgedruckte nicht ärgerlich all das verfehlen sollte, was universitär heute nottäte, wie wenig Körper und Geist dessen, was man aus konventionellen Gründen weiterhin Universität nennt, in der ansonsten innovations- und an neuen Ereignissen volltollen Welt sich verändert haben oder verändert worden sind;

- er zeigt, daß nicht nur die seinerzeit von mir aufgespießten Probleme - wenn man die Perspektive, unter der sie aufgespießt worden sind, wenigstens "tendenziell" teilt - im Kern dieselben geblieben sind. Vielmehr zeigt die Neuauflage auch, daß an Ideen, was wie geändert werden müßte, daß an grundsätzlicherem Eingedenken der Sache Universität mehr denn je Mangel herrscht. Geradezu ein konzeptioneller, nicht nur ein reformpraktischer horror vacui. Und dies, obwohl wir uns gegenwärtig in einer beschleunigten Phase dessen befinden, was man den Total-Ausverkauf der Universität nennen muß. Deren Nomen ist - schon ausverkauft - schlechterdings kein Omen mehr. Selbstredend gibt es genügend bedrucktes Papier und genügend Papers, auch genügend Bücher über alles mögliche an Bildungsvorstellungen im allgemeinen und über die Universitäten im besonderen. Indes, es sei denn ich hätte vor lauter Bäumen den Wald übersehen, einigermaßen triftige Äußerungen zu dem, was den Universitäten - den Bildungsanstalten insgesamt - heute im innersten fehlt, eine zusammenhaltende, sie durchwirkende, von ihnen im Sinne des Learning by Doing dauernd umgesetzte Bildungs- und Wissenschaftsidee pluraler, zugleich jedoch auch zusammengehaltener Art, ein anderes e pluribus unum, - solche Einlassungen - über negativ oder positiv getönte Schlagwörter hinaus - sucht man vergebens. Was bringt es schon ein, wenn, wie schon vor bald 10 Jahren, der seinerzeitige Noch-Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Dieter Simon, nun berlin-brandenburgischer Akadmiepräsident, schnippisch, indes auch für sein eigenes, öffentlich erkenntliches Verhalten folgenlos, das berühmte C.H.-Becker-Wort aus der Weimarer Republik - "Die Universität ist im Kern gesund" - abwandelt und pressegängig formuliert:

"Die Universität ist im Kern verrottet"?

Gerade der von ihm seinerzeit noch vorgesessene Wissenschaftsrat, eine kropfunnötige, insgesamt schädliche Einrichtung ohnehin, hat in der Art, wie er - nota bene: ohne seine eigenen Evaluationskriterien aufzudecken -, die Universitäten der gerade verblichenen DDR evaluierte, mit dazu beigetragen, daß die

letzte große Reformchance, die die deutsche Vereinigung hätte eröffnen können, gänzlich versäumt worden ist. Das in den Worten Simons "verrottete" westdeutsche Universitätswesen wurde vielmehr herrschaftsfrisch auf die 5 neu gekürten Bundesländer "erstreckt".

Die Indolenz meiner Kolleginnen und Kollegen, die Phantasielosigkeit und der ökonomisch interessierte Opportunismus all derjenigen, die die Geschicke der Universitäten vollends tödlich verstricken, sind es denn auch, die mir die Gelegenheit willkommen erscheinen lassen, mich erneut in Sachen Universität zu äußern. Darum vor allem begrüße ich das sachlich wie persönlich ambivalente Angebot des AStA der FU-Berlin.

Wie froh wäre ich, ich könnte dem Großteil meiner (vor allem sozialwissenschaftlich berufenen) Kollegen und raren Kolleginnen folgen und endlich "positiv" werden. Ähnlich den fast immer "positiven" Politikern, die darob fast alle ihrer schwierigen Gestaltungsaufgaben versäumen. Ein globalisierender "Positivismus" "blühender Landschaften" westweltweit grassiert. Inmitten der "unternehmerischen Wissensgesellschaft", in der wir uns angeblich befinden, scheinen die Perspektiven der Bildungs- und Wissensfabrik, der wissensgesellschaftlichen Rekrutierungs-, Sieb- und Auswahlanstalt Universität geradezu glänzend.

Indes: mir scheint dieser wohlgefällige "Positivismus" am erneuten "Ende des Zeitalters der Ideologien" geradezu das, was man den "Verrat der Intellektuellen", der privilegierten universitären Kopfarbeiter heute nennen könnte. Die allererste Pflicht und Schuldigkeit wird versäumt: die Aufgabe nüchterner, scheuklappenloser, herrschende Interessen nicht positionsbehutsam aussparender, explizit wertbezüglicher Analyse.

Wer sich wie ich zur Lage der Universität heute äußert, kann dies unter drei Bedingungen tun:

Zum einen mit dem Wissen, daß alles Lob der Vergangenheit nicht nur nutzlos, sondern falsch wäre. Die rhetorisch konservative Figur eine laudatio temoris acti könnte man allenfalls benutzen, wenn "Glanz und Niedergang der deutschen Universität" sich einigermaßen säuberlich auseinanderhalten ließen. Der "Niedergang" der (deutschen) Universität, ihre Fäulnis, ist nicht erst und nicht nur in ihrer nationalsozialistischen Prostitution zum Ausdruck gekommen. Sie steckte schon in ihren neueren, mit dem Namen Humboldts verbundenen Anfängen. Ihre unbefragte Staatsprämisse; damit entgegen von Humboldts "Idee" ihr einseitiger Praxisbezug; spätestens seit 1871 ihre nationalstaatliche Fixierung, die nicht erst im kriegerischen Professorenchauvinismus seit August 1914 verblendete; ihre fachliche, schließlich antifachliche, nämlich ´undiszipli-

nierte´ Ausdifferenzierung von Max Weber in seinem unverändert lesenswerten Vortrag von 1917 "Wissenschaft als Beruf" nüchtern konstatiert; ihre innere Unveranwortlichkeit bis ins Haushaltsgebaren. Universitätshaushalte glichen bis zum Ende der "Ordinarienuniversität" einer Addition staatlich bewilligter Berufungs- und Bleibeverhandlungshaushalte. Die Professoren waren hierbei immer zugleich Institutsbosse; die Lehr-Lernformen waren auf die männlichen Bürgersöhne abgestimmt, deren Urteilsfähigkeit eher untertanhaft eingetrimmten Konventionen gleichen sollte, dem Oxymoron allen Urteilens u.ä.m. (der oben gebrauchte Ausdruck "Glanz und Niedergang der deutschen Universität" entspricht dem Haupttitel des von Kurt Ahland 1979 herausgegebenen Briefwechsels eines ´großen´ Theologen, der zuletzt an der Humboldt-Univesität zu Berlin gelehrt hat. "50 Jahre deutscher Wissenschaftsgeschichte in Briefen an und von Hans Lietzmann (1892-1942)"; vgl. Wolf-Dieter Narr: Nachruf auf die Universität, in: Leviathan 1982, S. 202 ff.; wenige Universitäten haben sich spät, aber immerhin geradezu systematisch mit ihrer Nazi-Geschichte befaßt wie die Hamburgische vgl. Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im "Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945, hier: Teil I: Einleitung und allgemeine Aspekte, Berlin, Hamburg, 1991).

Zum zweiten unter der schwierigen Bedingung, daß alle universitäre, d.h. universitätsbezogene und von den Universitäten ausgehende "Realpolitik" dem entgegensteht, was den Unversitäten heute und morgen nottäte. Ja, schlimmer noch, daß all diese "Realpolitik" (als "Realökonomie" primär), dem, was Universität heute und morgen leisten müßte, systematisch entgegenarbeitet, sodaß sich die bange Frage stellt: wie viel "Wirklichkeitsverlust" kann eine Konzeption ertragen, bis sie dann tödlich irrelevant wird; bis sie also nicht einmal mehr eine Utopie darstellt, sondern nur noch Wunschdenken ist.

Zum dritten konsequenterweise mit der Perspektive, die Friedrich Nietzsche (der gegenwärtig fast entgegen all dem, was von ihm kritisch gelernt werden könnte, a la mode geworden ist) eine meditatio in generis futuri genannt hat, mit einem doppelten, von mir mutatis mutandis übernommenen Zusatz:

"Du bist mein Leser, denn du wirst ruhig genug sein, um mit dem Autor einen langen Weg anzutreten, dessen Ziele er nicht sehen kann, an dessen Ziele er ehrlich glauben muß, damit eine spätere, vielleicht ferne Generation mit Augen sehe, wonach wir, ..., tasten. Wenn der Leser dagegen meinen sollte, es bedürfe nur eines geschwinden Sprungs, einer frohmüthigen That, wenn er etwa mit einer neuen von Staats wegen eingeführten "Organisation" alles Wesentliche für erreicht hielte, so müssen wir fürchten, daß er weder den Autor, noch das eigentliche Problem verstanden hat."

"Nichts Anderes will er (Nietzsche, W.D.N.) vor den Übrigen für sich in Anspruch nehmen, als ein stark erregtes Gefühl für das Spezifische unserer gegenwärtigen Barbarei, für das, was uns als die Barbaren des neunzehnten Jahrhunderts (als die des 21. Jahrhunderts, W.D.N.) vor anderen Barbaren auszeichnet" (Nietzsche: Gedanken über die Zukunft unserer Bildungsanstalten, in: Friedrich Nietzsche, Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe (hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari) Bd. 1, München 1980, S. 761-763).

Bei mir kommen noch die unverträumten Erfahrungen von 35 Jahren Lehre, der Umgang mit immer jünger werdenden Studierenden hinzu. Und letztere zeigen wieder und wieder, daß sie trotz allem am "Geist" einer Universität orientiert sind, der irgend seinem Namen entspricht; und letztere demonstrieren immer erneut, daß es sich lohnt, für diesen "Geist" zu kämpfen. Und dies auch inmitten einer Situation, da die "Geistlosigkeit" vollends zu triumphieren ausgeht. Neuere Hochschulgesetzentwürfe, jüngst hatte ich mich mit einem des Landes Sachsen-Anhalt zu befassen, voll aller universitärer Phrasen der Zeit - "Zielabgleich", neue "Autonomie" u.ä.m. - symptomatisch im Befehlston normiert, bar aller Problem- und Zielwahrnehmung oder mit einer kopflosen "Stellungnahme" des Wissenschaftsrats "zur Strukturplanung der Hochschulen in Berlin" -, alle Gesetzentwürfe und sonstigen offiziellen Einlassungen könnten einen sonst zum schier absoluten Verzweifeln treiben. Lernergebnisse? So überhaupt nur mit "tödlichem Ausgang". Tödlich für die Sache der Universität als einer Sache demokratisch verfahrender, menschenrechtlich ausgerichteter Gesellschaft und aller ihrer darob gerade in ihrer Zukunftsfähigkeit sträflich mißachteten Bürgerinnen und Bürger.

4 Thesen, von 100, die wenigstens erforderlich wären, das komplexe Gebilde Universität pointiert zu beschreiben und zielannähernd auszuflaggen

I. Aufgaben und Ziele weit über die Universitäten hinweg, aber auch für die Universitäten

Die Aufgaben, die Universitäten heute gestellt sind, sind geradezu ungeheuer: quantitativ und qualitativ.

- In einem mehr denn je von der Macht der Informationen und der darin Mächtigen reguliert-dirigierten Globus möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft informationell urteilsfähig zu machen.

- In einer allein schon infolge ihrer numerischen Größe, ihrer geographisch-geosozialen Erstreckung und ihrer soziale Zeit nahezu zum (täuscherischen) Stillstand bringenden unübersichtlichen Komplexität, die formierend in alle Lebensbereiche reicht, Bürgerinnen und Bürger "wirklichkeitsfähig" zu halten und zu machen (und nota bene all das, was sich "Politik" nennt. Politik heute ist emphatisch "wirklichkeits-", und das heißt gestaltungsunfähig. Darum die Reduktion auf Medien und privilegierte Duftmarken).

- In von wissenschaftlich und technologisch-innovativ getriebenen, weltweit ungleichen, lokal durchschlagenden Entwicklungen ein Minimum an Kontroll- und Verantwortungsfähigkeit zu gewährleisten. Dieses Minimum bedürfte wiederum einer sozial breiten kognitiv-habituellen bürgerlichen Fundierung.

- Inmitten globaler, regional und lokal unterschiedlicher Zunahme an Dissoziationen aller Art - "positiv" der überall von oben nach unten durchschlagenden ökonomisch-politischen Konkurrenzen - der Versuch, statische Elemente neben den sich schier von selbst verstehenden dynamischen zu erhaltschaffen. Wie anders wären sonst Orientierung und relative Erwartungs- und Verhaltenssicherheit möglich. Da all diese Erfordernisse, geradezu menschlichen Grundbedürfnissen entsprechend, abnehmen, dehnt sich ohne Grund anscheinshaft grundlose vereinzelte und kollektive Gewalt.

All die spiegelstrichartig angerissenen Aufgaben zeichnen sich durch mehrere querschnittsartige Merkmale aus: dadurch zuerst, daß sie im Rahmen der kapitalistisch etatistischen Moderne nicht erst heute gestellt sind. Sie werden jedoch alle in Zeiten der umfassenden und alle anderen sozialen Phänomene infizierenden Globalisierung ungemein dringlicher. Sie heischen gerade - wenn man, wie der Schreiber einem "wertkonservativen" Menschen- und Politikverständnis folgt -, neue institutionelle Antworten. Diese ´wachsen´ jedoch nicht gefahrengemäß von selbst. Hölderlins Verszeile wird oft mißbraucht: "Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch."

Zum zweiten sind die Aufgaben in Genesis und Geltung dadurch gekennzeichnet, daß sie alle durch die wissenschaftlich technologische Entwicklung wenigstens erheblich mitbewirkt worden sind und mitbewirkt werden. Wenn beispielsweise die Entschlüsselung des menschlichen Genoms auch nur annähernd das bewirken sollte, was Claus Koch etwas vorschnell - auch weil er die bloße Potenzhaftigkeit der Leseergebnisse des Genoms nicht genügend herausstreicht - in der These zugespitzt hat: "Jeder Mensch wird sein eigener Biounternehmer", dann schlägt diese unerhörte Erkenntnisfähigkeit in Herrschaftswillkürlichkeiten aller Art um. Vor allem moralisch demokratische Ohnmacht muß sich ausbreiten und vertiefen, so nicht neue Voraussetzungen

geschaffen werden, daß ´Mensch und Gesellschaft´ mit ihrem ´unmäßigen´ Wissen umzugehen vermögen (s. Claus Koch: Besitze dich selbst! Besitze dich selbst!", in: FAZ vom 14.7.2000; s. grundlegend schon Claus Koch: Ende der Natürlichkeit, München 1994). Die neuen technologischen Möglichkeiten und Praktiken könnten nur human akzeptabel aufgefangen, ja gestaltet werden, wenn der sozial-institutionelle Aufwand den ihnen gewidmeten Aufwand übersteigt. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Man tut ersatzpolitisch allgemein so, als könnten gesellschaftliche Reformen technologisch substituiert werden. Dann kann nämlich alles beim gesellschaftlich Alten bleiben; sprich: die herrschenden Interessen können uneingeschränkt weiter ausgreifen, die in sich verschlungenen Skandale der Ungleichheit können sogar noch verstärkt werden.

Zum dritten: der Kern aller Aufgaben, die Aufgabe der Aufgaben - immer unter der Voraussetzung besagten Wertekonservatismus s. auch II. - besteht durchgehend und überall darin, all das Wissen um die (negativen und positiven) funktionalen Mechanismen von Institutionen zusammenzunehmen, zusammenzubegreifen, also dem, was sie wie und in welchen Formen mit und an Menschen in kleinerer oder größerer Zahl bewirken. Und dann heutigen Aufgaben und Größenordnungen entsprechend gelernt, erfahren neue Institutionen und Prozeduren einzurichten. Nur dann besteht eine Chance, den weiter und weiter geöffneten Schlund des 21. Jahrhunderts zwischen wissenschaftlich technologischen, kapitalistisch informierten Innovationen und sozialen Innovationen nicht zur katastrophalen Sperre werden zu lassen.

II. Aufgaben und Ziele stärker konzentriert auf die Universitäten, jedoch mit unvermeidlichem ´gesamtgesellschaftlichem´ Überschuß

Mehr denn je wird die Universität gegenwärtig in die kapitalistisch läufige Innovationsdynamik ein- und damit vollends gleichgeschaltet. Sie west ohne Eigensinn. Genau dieser Eigensinn müßte gestärkt, er müßte angesichts der in ihrem Profil und ihrer gefahrvollen Dringlichkeit verstärkten Probleme (s.I.) in seinen institutionellen Voraussetzungen erst geschaffen werden.

- Eigensinn in den Lernzielen bedeutete, daß es vor allem anderen, genauer inmitten und zusammen mit allen anderen Zielen darauf ankommt, alle Studierenden im Laufe ihres Studiums zur kritischen Urteilsbildung zu befähigen. Das aber heißt u.a., daß alle spätestens am Ende des Studiums über eine eigene - von ihnen selbst selbstbewußt und selbstbestimmt angeeignete - normative Urteilsbasis und erkenntnistheoretisch methodologische Fertigkeiten verfügen

müssen. Die methodologischen Fähigkeiten müssen erlauben, die Erkenntnis der jeweiligen Probleme mit kriterienklar durchsichtiger Analyse und gleicherweise nachvollziehbarer Beurteilung zu verbinden. Urteilen aber ist nur möglich, wenn die Vorstellungskraft für die hauptsächlichen Aspekte eines Problems erkenntnistheoretisch methodologisch entsprechend vorbereitet worden ist (und immer erneut vorbereitet wird). Um den gängigen Ausdruck aufzunehmen: es ist das, was man dann die inter-disziplinäre Fähigkeit nennen kann; also die Fähigkeit, ein Problem aus der Kombination der jeweils einschlägigen, an sich selber unzureichend-einseitigen Fachperspektiven zu erkennen.

- Eigensinn in der Forschung setzt die kognitiv habitualisierte Fähigkeit zum Urteilen voraus (zu einer dauernden Anwendung der jeweils fachspezifischen und überfachlichen "Kritik der Urteilskraft"). Er besteht vor allem darin, daß die modernen Methodologien samt den Technologien, die nicht selten den methodischen Logos vorgeben, in ihrem erfolgreichen und zugleich abgründig ambivalenten Fortschreiten im Forschungsprozeß immer zugleich als Urteilsprozeß aufgehoben werden. Sprich: die fachspezifischen Vereinzelungs- und Abstraktionsschritte, die den Untersuchungsgegenstand zurichten und aus allen seinen Kontexten 'befreien', sind wie eh und je scheuklappengleich vorwärtsgerichtet, um jedoch dann, im Gegensatz zu den seitherigen Verfahren, erkennend urteilend bis hin zu den 'natürlichen', den körperlichen, den sozialen Kontexten zurückzugehen. Hinzu kommt, daß die schon cartesianische 'Befreiung' der Wissenschaft(en) von erkenntnistheoretischem Raissonement jene 'instrumentelle Vernunft' auszeichnet, wobei diese ihrerseits spätestens heute, so die Geschichte des XX. Jahrhunderts dazu nicht ausreichte, erneut problemgerichtet 'befreit' werden muß.

- Gerade weil die wissenschaftlich-technologisch erheblich mitverursachte Komplexität 'der' Wirklichkeit, der von niemandem frei wählbaren, nicht einmal verweigerbaren, alle einzelnen und Einzelheiten umfassende Konstellation die oben angedeuteten Merkmale zeigt (s.I.), gerade darum gilt mehr als je zuvor die Parole: Bildung, mehr noch diese Art universitärer Bildung, ist Bürgerrecht. Dieses Ziel, das zur zentralen Aufgabe wird, gilt nicht primär um oberflächlich normativ menschenrechtlicher Gründe willen. Die mögen so dahin gesagt werden, wie dies mit 'den' Menschenrechten und ihrem symbolischen, ab und an je nach Interesse kriegerischen Universalismus üblich geworden ist. Die 'Wirklichkeitsfähigkeit' der Menschen ist davon abhängig, daß sie solcherart Schlüssel zum Wirklichkeitsverstehen erhalten. Anders drohen in neuen Formen Faschismen aller Art, deren Wachstumsgrund eng mit dem verbunden ist, was Hannah Arendt am Ende von "Ursprünge und Elemente totaler

Herrschaft" (1962) als "zunehmende" und dann als "organisierte Verlassenheit" der Menschen in ihrer Masse bezeichnet hat.

Ich muß nicht betonen, daß die so formulierten Hauptaufgaben der Universität, sozusagen ihre spezifische allgemeine Charta als Ergänzung der menschenrechtlichen, all dem widersprechen, was gegenwärtig innerhalb und außerhalb der Universität über ihre Ziele geäußert und entsprechend praktisch gefolgert wird.

Um mit dem letzten der drei Kerne aus dem Kerngehäuse universitärer Aufgaben anzufangen: Nicht "Bildung ist Bürgerrecht" lautet die schon vor dreißig Jahren nicht allzu ernst genommene Devise heute. Elitebildung ist an ihre Stelle getreten. Die substanzlose "geistig-politische Wende", mit der die CDU/FDP-Regierung 1982 angetreten ist, war über die Maßen erfolgreich. Sie war freilich erfolgreich, weil sie den Opportunitäten des ungleichheitserpichten Weltmarkts entsprach und entspricht. Elite, Elite, so tönt´s von allen Seiten. Konsequenterweise nimmt der Nachhilfeunterricht in den Elementarschulen zu. Leistung, Leistung, Leitung. Und wenn darob die Kinder zu Krüppeln werden. Die Zahlen der Studierenden sollen mit allen möglichen Mitteln bis hin zum Numerus Clausus zwangsgeschrumpft werden. Sonst käme wohl die Positionselite in Gefahr (und 'hohe' Positionen sind allemal rar. Fred Hirsch hat dies vor Jahrzehnten schon glänzend dargestellt). Wen kümmert´s, daß der Numerus Clausus, folgt man dem nie widersprochenen NC-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1972 (!), verfassungswidrig ist. Nur als Notmaßnahme sei der NC vorübergehend zulässig. Und nun ´regiert´ diese Notmaßnahme in solch einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland seit 30 Jahren. Und preßt und erpreßt Studierende, schließt sie ein und schließt sie aus. Da sind es wohl andere Nöte, die eine ausschlaggebende Rolle spielen. Kopfnöte, ob des grassierenden Mangels, und vor allem harte Interessennöte. Die Zahlen der Studierenden, in der Milliarden baulich vergeudenden prätentiösen Hauptstadt Berlin zumal, sollen, im Bürokratendeutsch gesprochen, "heruntergefahren" werden. In vereinigten Berlin am Beginn des ach so fortschrittlichen 21. Jahrhunderts auf 85.000 Studierende. Der Kalte Krieg hatte in West-Berlin allein weit über 100.000 frontstädtlich zugelassen.

Indes: die quantativ-qualitativen Verschlimmböserungen machen nicht bei solchen Zahlen halt. Die dann als "normal" geltenden Studiengänge sollen verkürzt werden. Viele Universitäten und Fachbereiche haben´s schon willfährig mit abhängigem Sinn und der alten Intellektuellen-Tugend vorauseilenden Gehorsams getan. Neue Titel werden von den schlecht kopierten USA entlehnt, Bachelor und wie immer sie heißen. Solche schmissigen Titel können nur

Kurzsichtige darüber hinwegtäuschen, was im Gange ist. Die weitere Idiotisierung der Universitäten und ihrer kurzfristig "effizient" Studierenden. Damit ja niemand etwas lerne, was "unnütz" ist. Was immer der unzuverlässige König "Arbeitsmarkt" hergibt. Es kommt allein darauf an, daß alle Zöglinge aller möglichen Schulen - nur nicht zu hoch sollen sie in der Regel steigen -, flexibel und mobil sich allemal dem Großkönig gegenüber proskynetisch verhalten. Anhündelnd zu deutsch. Und wenn sie scheitern, sollen sie in der einzigen in sie hineinsozialisierten Tiefe wissen: ich bin selbst daran schuld; ich bin mangelhaft ausgebildet.

Der Zunahme aller möglichen Regulierungen im Zeichen der kapitalherrschaftsinteressenspezifischen - welch ein Adjektiv! - Deregulierung entsprechend werden die Sortierungskriterien und Sortierungsmechanismen ausgeweitet und leistungssublimiert. Der alles andere als Kreativität fördernde Konkurrenzkampf vom Zweitklässler bis zum C4-Professor tobt. Er verengt die Gesichter. Er fördert a-soziales Verhalten. Das Unwort aus dem längst vergessenen Wörterbuch des Unmenschen 'Selektion' erhält, dem Scheine nach aseptisch, aus anderen möglichen Wörtern ´selegiert´ gebrauchswertigen Spitzenrang. Niklas Luhmann hat diesen Sachverhalt nüchtern affirmativ, wie es so seine systemtheoretische Art war (die darum bis heute so gerne meist schülerhaft kopiert wird), schon vor langem festgehalten.

"Dennoch ist es ein neuer Gedanke", formulierte er in 'Perspektiven für Hochschulpolitik' 1983, die Grundstruktur der Hochschule nicht mehr in einer übergreifenden Wissenschaftsidee, sondern in der Behandlung des Problems der Selektion zu suchen, ..."

Seine knappen Erwägungen abschließend konstatiert er kryptonormativ wie alle 'realsystemischen' also 'realpolitischen' Sozialwissenschaftler, nicht zuletzt die Theoretiker unter ihnen:

"Der Vorschlag geht davon aus, daß das Problem der karrieremäßigen Selektion ein Problem ist, das sich in der modernen Gesellschaft zwangsläufig stellt. Es nützt nichts, die Augen davor zu verschließen, das Problem wegzuwünschen oder die Jugend um Vorschußvertrauen in unbestimmte gute Absichten der Politiker zu bitten. Man darf von der Politik eine realitätsbezogene Antwort, zumindest einen realitätsbezogenen Umgang mit diesem Problem erwarten." (Niklas Luhmann in: Universität als Milieu, Kleine Schriften, hrsg. von André Kieserling, Bielefeld 1992, S. 80-93 und a.a.O. z.B. S. 114).

Gut, wenn einer so genau weiß, was 'die' moderne Gesellschaft ist und bedarf. Diejenigen, die Luhmann, ob sie ihn nun gelesen haben oder nicht, folgen, sollten dann wenigstens konsequent auf den demokratisch menschenrechtlichen

Jargon verzichten oder wissen, daß er nur der objektiv täuscherischen Legitimation von Ungleichheit dient. Das hat freilich der homo academicus insgesamt, universitäre Bildungschancen nach innen und Lebenschancen verteilend nach außen, schon seither getan. Demgemäß wurde sein Habitus von (fast) allen universitären Mechanismen geprägt, allerdings früher immer mit der Chance kritischen Überschußes. Und diese Zusatz-Chance wurde ab und an im historischen kairos einige Momente lang realisiert. Das ist die wahre Erbschaft der heute mit allen nachträglich erfundenen Schuldgewichten belasteten '68er' (zu letzteren siehe Oskar Negt: Achtundsechzig - Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995; außerdem Johannes Agnoli: 1968 und die Folgen, Freiburg 1998; zum homo academicus insgesamt, seiner französischen Gestalt, indes überaus nützlich, um mutatis mutandis seine deutschen Formierungskräfte herauszuarbeiten: Pierre Bourdieu: Homo Academicus, Frankfurt/Main 1988).

III. Von den Aufgaben und Zielen, vor allem universitätsbezogen ein wenig zu ihrer - alles entscheidenden - sozialen Gestalt

Die Universität ist, sollen Lehre, Lern- und Forschungprozesse in der angedeuteten Richtung (als regulative Prinzipien) gelten, als sozialer Ort neu zu entdekken, neu zu gewinnen. Die Universität als sozialen Raum gewinnen heißt, sie als Assoziation wieder-, sie als prinzipiell a n d e r e Assoziation neu zu entdecken, neu zu schaffen, täglich neu im strittig konsensualen Diskurs zu beleben. Und die Universität als Assoziation zu begreifen bedeutet folgerichtig wiederum, sie als eigene politische Anstalt, institutionell und funktional spezifisch wie andere Anstalten, inmitten der auch darob pluralen demokratischen Gesellschaft, zu installieren. Eine entsprechende, detailliert und offen ausgewiesene, innen- und pauschal außenkontrollierte Autarkie ist eine von deren Voraussetzungen. Damit die Universitäten soziale Orte werden können müßten sie drastisch verkleinert und ebenso drastisch vermehrt werden. Die Devise lautet: schafft in jedem (Bundes-)Land 5, 10, 20 neue Universitäten!

Heute ist die Universität ein a-sozialer Ort, ein Ort nirgendwo und irgend, eine negative Utopie. Eine Fülle von Mechanismen über allgemeingesellschaftliche, kapitalistisch-staatlich betriebene hinaus sorgen für die geradezu emphatische und allen universitären Aufgaben systematisch schädliche soziale Qualitätslosigkeit:

- An erster Stelle die unmäßigen Größenordnungen. Universitäten, deren numerischer Umfang, Studierende samt sog. Lehrpersonal und übrige Bedienstete, in die Zehntausende gehen, sind nur als bürokratische monstra möglich. Bürokratisierung, diese Beobachtung gilt auch für andere Lebensbereiche (mit und trotz PC auch inmitten der Informationstechnologie), ist vor allem Ausdruck gewachsener Größenordnungen. Auf der Annahme solchen Wachstums fußte Max Webers Schreckensbotschaft: die unvermeidliche Bürokratisierung. Alle sozialen, darum bald a-sozialen und dann vielfach bürokratisch vermittelten Verkehrsformen werden von den diversen Umfängen einer Gruppe, eines Landes, der Menschen- und Aufgabenzahl massiv beeinflußt. Je nach Ziel und Organisationsweise können verschiedene Größenordnungen 'ver'-, d.h. kleingearbeitet, also operabel gehalten werden. Begreift man Lehren, Lernen und Forschen in Richtung der oben markierten Ziele (II.) als soziale Tatsachen, die von der Qualität ihres Austauschs, ihrer schwellenniedrigen Kooperation, ihrer unaufwendigen Organisation stark abhängen, dann wird rasch einsichtig, warum die Universitäten sich primär durch Disparatheiten und Dissoziationen auszeichen. Ganz unbeschadet der anders bestimmten Ausdifferenzierung der Fächer. Die immer noch, ja angeblich "effizienter" gemachte akademische Selbstverwaltung, der es meist am nötigen Bezugskriterium ihrer "Effizienz" mangelt, ist unter den gegenwärtigen, allein schon größebestimmten Umständen in aller Regel ein mehr oder minder aufwendiges Desaster. Die Doppel- und Dreifachbürokratisierung (kultusministerielle Detailverwaltung nicht selten neben allgemeiner Universitätsverwaltung) sind Ausdruck aus dem Ruder gelaufener Quantitäten. Gerade die undurchsichtigen Größenkomplexe erzeugen allseits neue bürokratische Mißtrauens- und Kontrollbürokratien.

Es ist geradezu grotesk, wie bewußtlos und anscheinshaft materie-, also menschenfrei die Bildungspolitiker allgemein, die Hochschulbastler ohne Bastelkonzept außer modisch unterschiedlich zuhandenen Versatzschnipseln der geistlich möglicherweise zutreffenden, irdisch geistig radikal in die Irre führenden biblischen Devise folgen: "Der Geist weht, wo er will." Er weht deshalb zumeist nicht.

- An zweiter Stelle der dissoziierenden Faktoren rangieren die vereinzelnden Lehr-, Lern- und Forschungsfomen, wenngleich fachspezifisch sehr verschieden, samt den vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften vereinzelnden Prüfungsmechanismen bis hin, so jemand an der Universität bleiben will, zu den Karrieremustern und ihren aussortierenden, ihren vereinzelnden Etappenzielen. Diese negativ überraschend überaus konstanten Formen bis ins Detail der Seminarform hinein - wenngleich die curricularen und prüfungsbezogenen Regelungen unmäßig und oft unsinnig zugenommen haben -,

sorgten schon immer dafür, daß Humboldts "Einsamkeit und Freiheit" nur für Minderheiten einen frei-setzenden Sinn besaß. Indes: die Universitäten waren bis tief in die zwanziger Jahre vergleichsweise klein - an der Universität Tübingen wurde 1925 der 3000sendste Student gefeiert (!) -, so daß allein schon die überschaubaren, meist eher klein- oder mittelstädtischen Zentren, die die Universitäten geradezu besetzten, eine Fülle von Austauschmöglichkeiten aller Art mühelos gewährleisteten. Wie andere starre Institutionen auch haben die Universitäten auf die schon in den zwanziger Jahren beobachtbaren, dann die 50er und 60er Jahe bestimmenden quantitativen und qualitativen Veränderungen nur dann reagiert, wenn Notmaßnahmen unvermeidlich waren (etwa der vom jungen Wissenschaftsrat geradezu tollkühn erfundene "Parallelordinarius" 1959). Trotz dem '68er' Bruch, ja gerade wie dieser schließlich bearbeitet und hinterher geglättet worden ist, ist diese reformerische Selbst- und Außenblockade geblieben.

- Aus vielen, später von mir im Text zuweilen berührten Gründen, ist es auch im kurzen Sommer der Demokratisierung der Hochschule (von den meisten abgehobenen Professoren seinerzeit und in der Erinnerung heute noch wie ein Wirklichkeit gewordener Alptraum erfahren) nicht einmal ansatzweise gelungen, die Universität als eigene Körperschaft in der Demokratie angemessen als demokratische Einheit zu institutionalisieren. Die gesetzlich-gerichtlich seit Anfang der 70er Jahre zementierte 'Gruppenuniversität', samt massiver organisatorischer und Management-bezogener Mängel bis hin zum Fehlen zureichender Duchsichtigkeit und ausweislicher Selbst-Evaluation tat ein übriges, um nach innen und außen allgemein legitimierbare Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu verhindern. Heute versteht schon die übergroße Mehrheit der Studierenden nicht, was 'Universität' ist und was warum wie an ihr geschieht, geschweige denn tun dies Außenstehende. Der alte, eher negative, lange exklusive (männliche) esprit de corps unter den Professoren, der zur Zeit der Ordinarienuniversität vom Krähenprinzip und vom Untertanengeist bestimmt war, ist heute noch in prätentiösen Resten und der dissoziativen Gemeinsamkeit des Schrebergärtners vorhanden. Die 'Scientific Community' an den Universitäten auch hier kennzeichnet sich ansonsten durch nichts weiter als rationalisierendem Euphemismus: der Atomismus der Lehrend-Forschenden. Nicht einmal die Kooperation in den Fächern klappt auch nur halbwegs.

- Weil die Universität (fast) kein eigener Ort ist, weil sie über geringe Eigenzeit verfügt, weil sie Ausbildung nur in unterschiedlichen Happen und Verbindlichkeiten verabfolgt bietet sie keinerlei Widerlager gegen die ohnehin konsumentenhaft-konkurrierend verpaßten Verhaltensweisen vieler Studierender. Nicht letztere sind also zu kritisieren. Wären die Universitäten attraktive

Orte, an denen der Geist wehte, vielleicht ... So aber geht´s in den Einkaufszonen der Universität während der Semester zuweilen hektisch zu. Zu Abendzeiten und an Wochenenden wirken die Universitäten verlassen wie verkommene Friedhöfe. Nur ab und an blinkt vereinzelt in den meist scheußlichen Gebäuden eine Art ewiges Licht. Jobberei und veränderte, vom veränderten Arbeitsmarkt zum guten Teil erzwungene Lebensstile mit ihren viel kürzeren 'Lebensplanungen', mit ihrer Trennung von 'Studieren' und 'Leben' tun ein übriges, um die Universitäten zu gastunfreundlichen, nur äußerlich zusammengehaltenen, oft selbst hier noch disparaten Räumen zu machen.

IV. Universitäten im Kontext

Die Banalität galt schon immer. Die Universitäten sind so wie die Gesellschaften, in denen sie eine sich entsprechend wandelnde elitäre Funktion besitzen.

Ausdifferenzierung der Wissenschaften, Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionen und Institutionen ließen sich nur um ungeheure Preise zurückstutzen. Solches kann also nicht angestrebt werden. Indes: gerade um zum einen die negativen Effekte fachspezifischer Ausdifferenzierung und der Segmentalisierung innerhalb der Fächer zu vermeiden und um zu vermeiden, daß die Universität die Skandale verschärfter Ungleichheit verstärkt, käme es ausschlaggebend darauf an, der nahezu restlosen Gleichschaltung der Universitäten, wie des Bildungssystems allgemein, zu widerstehen. Letzteres müßte ohnehin als öffentliches, also allgemein begriffenes Gut aus seiner staatlich kurzbündigen Verfassung befreit werden.

Kurzum: die Universitäten als öffentliche Anstalt, die allen Bürgerinnen und Bürgern gilt, müßte um einer lernoffenen, nicht nur technologisch innovativen Gesellschaft willen mit der Chance institutionellen Eigensinns ausgestattet werden. Dann könnte von Universitäten eine produktive Unruhe ausgehen. Dann könnte Wissenschaft in Forschung und Lehre ohne geschmacklose elitäre Plateauschuhe in einer Weise eigenverantwortlich organisiert werden - im Sinne eines von außen einsichtigen Dauerassessments von Lehre/Lernen und Forschung -, daß sie zu einer zukunftsverantwortlicheren Gesellschaft beitrügen.

Spes contra spem. Zu deutsch: Hoffen wider das Hoffen als universitäre Überlebensdevise.

PS: In dieser neuen Einleitung bin ich vom Gesamtduktus dessen, was ich etwas länglicher vor 1 ½ Jahrzehnten geschrieben habe, wenig abgewichen.

Manche Akzente haben sich verändert. Sie veränderten sich noch deutlicher, würde ich aus den Erfahrungen der letzten 30ig Jahre heraus so etwas entwerfen, wie den Gesamtbau einer (kleinen, nicht mehr als max. 3000 Studierende umfassenden) Universität inmitten einer fast gymnasialen Fülle anderer Universitäten, die im Zusammen- und Gegenspiel ungleich zielbezogen leistungsfähiger wären, soziale Orte sein könnten und außerdem insgesamt noch finanziell kostengünstiger. Teure Infrastruktureinrichtungen, einer Reihe technischer Dienste könnten selbstredend für mehrere in einer Stadt, einer Region bereit gestellt werden. Außerdem könnte arbeitsteilig, fächerteilig verfahren und dennoch nahezu am Prinzip der ´Voll´- Universität, die also alle Fächer einschließlich der Orchideen umfasste, festgehalten werden. (vgl. W. D. Narr: Weg aus der Krise - Eine systematische Fülle von kleinen Universitäten, in: Tilman Borsche u.a. (Hrsg.): Begriff und Wirklichkeit der kleinen Universität, Hildesheim 1998, S. 109-124).

Die Gesamt-Architektur einer zukunftsfähigen, auf die heutigen Probleme bezogenen, die Studierenden als Personen zu allererst ernst nehmenden Universität (und die Studierenden als Personen ernst nehmen, heißt sie möglichst vorurteilsfrei 'wirklichkeits'- und das heißt zugleich kriterienbewußt und vorstellungsstark urteilsfähig zu machen) könnte durchaus erfahrungsgesättigt, funktionsfähig entworfen werden. Nur: warum sollte man, warum sollte ich dies (mit anderen zusammen) tun? Der Möglichkeitssinn erkennt zwar eine solche Universität für geboten und eben für möglich. Der rundum dominante Wirklichkeitssinn jedoch erlaubt nur den Versuch, alte Versatzstücke, nicht zuletzt professoral habitueller Art, so 'effizient' zusammenzusetzen, daß möglichst nur zur zivilisatorischen Barbarei der Standortwettbewerbe und der lemmingssüchtigen Innovationen beigetragen werde. Eine Universität als 'Typ' in der Fülle der Variationen, wie mir sie und manchen anderen vorschwebte, an der wir viel zu wenig leidenschaftlich ein Leben lang gearbeitet haben, eine solche Universität ist gegenwärtig unerwünscht. So wie Bildung insgesamt unerwünscht ist. Lewis H. Lapham hat darauf jüngst am amerikanischen Beispiel sarkastisch aufmerksam gemacht (Notebook: School Bells, in: Harper´s Magazine, August 2000, S. 7-9).

Man stelle ich vor, Bürgerinnen und Bürger würden plötzlich, von Kindesbeinen an, die Wirklichkeit, die sie umgibt und drückt und ungleich macht und beherrscht und Natur vernutzt, diese Bürgerinnen und Bürger würden diese Wirklichkeit allmählich genauer, und das heißt verständiger, und das heißt kritischer lesen lernen: Demokratie bewahre! Da sind alle möglichen Bannmeilen angezeigt. Da ist es besser, daß das meiste beim Neualten bleibe. Und das heißt auch, daß Politiker, Bundespräsidenten zumal, Bildung, Bildung,

Bildung anmahnen. Nur ein Tor, der dabei an die praktische Umsetzung der lange zurückliegenden, wie wir alle wissen, verfehlten, Devise denkt:

Bildung, nota bene auch und gerade universitäre Bildung, ist Bürgerrecht - heute angesichts heutiger Probleme mehr als je zuvor (einschließlich des dazu nötigen ´Bildungsgehalts´).

Wolf-Dieter Narr im August 2000

Vorbemerkung des Verfassers zur ersten Auflage 1987

Diese Thesen wider die Sprachlosigkeit der Reformer sind ursprünglich mit der Absicht verfaßt worden, weitere Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer möchten sie mitunterzeichnen und mitvertreten. Darum der "wir"-Stil. Diese Absicht ist geblieben. Um sie überhaupt verwirklichen zu können, ist aber nur eine von mir verantwortete erste Fassung zu veröffentlichen. Der AStA der FU Berlin hat mir und anderen dankenswerter Weise die Chance der Diskussion und des späteren Mitvertretens eröffnet.

Die Universität ist tot. Es lebe die Idee ihrer Idee.

Wortmeldung verzweifelter Liebhaber(innen) der Universität.

„12 Uhr ist längst vorbei. Und keine Anzeichen der Morgendämmerung sind zu erkennen."

I.

Wozu sich noch melden, wenn der Befund negativ ist?

Wer heute über die Universität grundsätzlich reden will, tut dies zur Unzeit. Der kairos, der vor zwanzig Jahren gegeben schien, ist gänzlich vorbei. Freilich nicht erst heute oder gestern. Seit Anfang der 70er Jahre besteht Hochschulpolitik fast aller Sorten und Fraktionen darin, die Universität als Riesenanstalt ohne eigenen Inhalt zu planieren. Pufendorfs Kennzeichnung des alten deutschen Staates („deutscher Nation" im 18. Jahrhundert), daß es sich um ein irregulare aliquod corpus et monstro simile handele, diese Charakterisierung eines monströsen Gebildes ohne eigenen Sinn, sie trifft heute ohne Zweifel auf die Universitäten bundesdeutscher und westberliner Lande zu.

Wen kümmert schon noch Bildungspolitik, die anderes darstellte, als dauernde kleine Verschiebungen in der verrechtlicht-bürokratischen Mechanik von Schule und Hochschule. Von einer Bildungs-"Idee" zu reden - es wird einem zu Mute, als begegnete man einem merkwürdig überlebten Dinosaurier. Was Wunder, daß in einer großen Bundestagsfraktion der SPD, die ursprünglich die Bildungspolitik auf ihre weitflatternden Reformfahnen dicklettrig geschrieben hatte, Abgeordnete geradezu dazu "verdonnert" werden müssen, in den bildungspolitischen Ausschuß zu gehen. 1969 drängte sich noch die Mehrheit der Abgeordneten um diese ihrer Relevanz halber heiß umstrittenen Plätze. Was Wunder gleichfalls, daß „Wissenschaft und Technologie", der zweite Tandempartner ist hierfür entscheidend, alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen: von SDI über europavereinende Trägerraketen und Raumfähren, bis hin zu Anti-Aids-Sera. Aber die Universität als einer der vornehmsten Orte von Wissenschaft? Irregulare aliquod corpus...

Daß die Universitäten politisch in dem verengt herrschenden Sinne von Realpolitik uninteressant geworden sind könnte von Nutzen sein. Hektisches Getue, und sei es solches reformmündiger Art, ist nötiger Konzentration in Forschung, Lehre und Lernen, der verschwisterten Zieletrias der Universität, eher abträglich. Aber die Hochschulen sind nicht ruhiger geworden. Sie wurden 'nur' von allen guten Geistern verlassen. Außerdem mangelt es nicht an Betriebsamkeit. Die Universitäten befinden sich gegenwärtig sogar in einem höchst nervösen Wettlauf: Industriespieglein, Industriespieglein an der Wand, wer erhält die meisten fetten Förderungsmittel im ganzen Land.

Die Studentinnen und die Studenten drängen nicht mehr. Sie wurden erfolgreich abgedrängt. Wenn es einem AStA gelingt, einen kleinen Tutorenstreik zu organisieren, so geschehen zu Berlin 1985, dann werden träumerisch oder verschreckt schon die Augen gerieben. Die Assistenten, eine Zeitlang eine hocheingeschätzte, wenngleich immer überschätzte Reformkraft, sie sind sozusagen wegsaniert worden. Der reputierlich ungleiche Stand der Professoren aber (und nach wie vor weniger Professorinnen) hat sich wieder zur Ruhe begeben. Er hat das vor aller Reform besessene staatsbelehnte Land nicht mehr ganz zurückgewonnen. Die Hochschule als polnischer Reichstag von staatsfinanzierten Instituts-Grundherrn - diese ehrwürdige deutsche Gegebenheit gehört der Vor-68er-Geschichte an. Aber die Professoren sind als Positionsinhaber individuell in einer Weise reprivilegiert worden, daß sie mit den grund-losen englischen Adeligen trotz und wegen ihrer 'Rotten Boroughs' über alle Bürger herausgehoben, assoziiert werden können. Die Reformer unter ihnen aber, und sie hat es gegeben, sie haben sich ihrer Privilegien gleichfalls froh verflüchtigt. Man trifft sie hier und dort geschäftig resigniert.

Ein Zustand negativer Ruhe. Die Universität ist eine in sich vielfach versäulte, eine von außen und innen blockierte Institution. Sie ist weniger ein Großbetrieb als ein Konglomeratkonzern mit einer schwachen Geschäftsführung und einem ausschlaggebenden Aufsichtsrat außerhalb ihrer Grenzen. Die Zahlen sind beeindruckend und erschreckend in einem. Universitäten mit ca. 20.000 Studentinnen und Studenten bilden heute den Durchschnitt. Selbst wenn man von den dickleibigen Zusammenstellungen der Forschungsprojekte all die Projekte abzieht, die nur eine symbolisch-rituelle Forschungsgeste darstellen, ist die Quantität schier niederschmetternd. Und doch sind nirgendwo Bildungs- und Forschungsprozesse erkennbar, die den unverkennbaren Stempel 'Universität' trügen. Gleicht die Universität nicht einem Lagerschuppen, der ursprünglich, für wenige Gegenstände geeignet, eingerichtet wurde, der aber im Laufe der Jahrzehnte um- und ausgebaut worden ist, so daß jeder, der eine Lagerremise ergattert hat, darin abstellen mag, was ihm tauglich erscheint? Unübersichtlich-

keit? Da könnte fälschlicherweise immer noch eine zusammenhängende Struktur und könnten verbindende Prozesse vermutet werden.

Nein: diese Einrichtung, die herkömmlicherweise Universität genannt wird, entbehrt einer organisierenden Idee. Selbst noch die Kant'sche Kennzeichnung der vor-reformerischen, der merkantilistischen Universität als 'fabrikenmäßig', die heute einzelne Departments durchaus trifft, legt noch zu viel immerhin fabrikförmige Einheit nahe.

Jedoch: Wozu soll es gut sein, sich zur Unzeit mit der Universität abzugeben? Orientieren sich die Klagen nicht an vergangenen Bezugshorizonten, die längst in der Nacht der Geschichte untergegangen sind? Als sei man, verliebt in staubfängerische Spinnfäden, immer noch einem neu-humanistischen Altweibersommer auf der greisenhaften Spur. Sind nicht die homines novi, die Mehrheit der Gestalter der Universität heute viel mehr im Recht, wenn sie dieselbe durch Forschungs- und Technologieparks attraktiv aufforsten und ausdehnen und damit die Universitäten auch als Ausbildungszentren auf der Höhe der fortschreitenden Zeit halten? Eine Entwicklung, die im 19. Jahrhundert Schubkraft gewonnen hat, kommt vorläufig zu ihrem konsequenten Ende oder erreicht - um alle Behauptung fertiger Entwicklungsrationalität zu vermeiden - ihre heute angemessene Etappe. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurden nicht nur naturwissenschaftliche und medizinische Fakultäten an den Universitäten ausgebildet, die Technischen Hochschulen wurden eingerichtet, weil anders der naturwissenschaftlich-ingenieurswissenschaftliche Bedarf des sich mehr und mehr organisierenden und rationalisierenden Kapitalismus nicht befriedigt werden konnte. Nach langem, von den Universitäten mit höchst elitären Argumenten geführtem Kampf wurden die Technischen Hochschulen den Universitäten angeglichen als Technische Universitäten. Der vorher verdeckt schon spürbare Prozeß dreht sich nun vollends um. Die Universitäten werden insgesamt zu Technischen Hochschulen mit mehr oder minder großen halbnützen oder blumig benannten Chrysanthemenfächern im Umhof.

Gegen Windmühlenräder mag sich anzukämpfen lohnen, aber gegen den allseits starkfüßig aufstampfenden, vielinteressierten "Fortschritt"? Ein Lob vergangener Universitätsherrlichkeit, sollte es eine solche gegeben haben, ist jedenfalls nicht angebracht. Ein solches Lob, eine solche Rückorientierung wird hier nicht beabsichtigt. Gewiß: wertkonservativ werden im Kern treffliche Einsichten des deutschen Idealismus und des Neuhumanismus nicht fortschrittsvergessen über Bord geworfen. Aber ein Zurück ist schon deswegen, jenseits aller praktischen Einwände, nicht angezeigt, weil das institutionelle Versagen der deutschen Universität mit Humboldt' scher Gründung seinen Anfang nimmt. Selbst wenn man der ursprünglichen Friedrich-Wilhelm-Universität,

der nachmaligen Humboldt-Universität, trotz nötiger Einwände vieles zugute halten mag, schon weil sie wenigstens vom Hauch einer organisierenden Idee durchweht war, selbst und gerade dann muß man an das frühe und das dauernde Versagen des Typs der Humboldt-Universität in den vielen Etappen ihrer Geschichte nüchtern erinnern. Wie groß und glänzend ihre einzelnen Geister immer gewesen sein mögen - und die Reihe ist atemberaubend - es muß zu denken geben, es muß etwas mit der Institution als solcher zu tun gehabt haben, daß 'die' Universität vor allen zentralen politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen versagte: Sei es 1871, da dem Historiker Sybel angesichts der Reichsgründung nichts mehr zu tun übrig zu bleiben schien (Nietzsche hat nicht umsonst von der Exstirpation des deutschen Geistes durchs Deutsche Reich gesprochen). Sei es angesichts der Arbeiter-, später der Frauenbewegung. Sei es 1914 oder dann 1933 und schließlich 1945. Die Universität als Institution schien ihren berufensten Vertretern, den Professoren, allemal in Ordnung: Verfassungsrecht und Verfassungssysteme vergehen, Gesellschaften ändern sich. Aber die Universität bleibt bestehen. Und allzulange, wenigstens bis 1933, ja recht besehen bis in die Bonner Republik gilt das Wort des Historikers Max Lenz in seiner Antrittsrede als Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin 1911: "Fester als je erscheint uns unter dem Schirm der Macht unsere Burg der Freiheit". Was für eine Freiheit?!

Warum also sich melden in dürftiger Zeit? Der alte Spruch gilt hier verjüngt und verstärkt: Die Universität ist zu wichtig, als daß man sie sich selbst und einer sie vollends entfremdenden Entwicklung überlassen dürfte. Sie ist zu wichtig, selbst noch in ihren schreienden Lücken und ihren stummen Versäumnissen. Was fehlt, ist eine Lehre (und ein Lernen), was fehlt, ist eine Forschung, denen, wenn schon nicht der, so doch ein universitärer Geist anzumerken wäre. Was mangelt, sind Lehrformen und Lehrinhalte, die der Front heutiger Probleme eigenständig entsprächen. Eine Lücke klafft in Sachen institutionalisierter Reflexion der Forschung angesichts von deren ökonomischer, militärischer, politisch- gesellschaftlicher Bedeutung. Wie kommt es, daß sich gerade die Universitäten nicht in der Lage zu einem 'Science Assessement', einer vorausgreifenden wissenschaftlichen Folgeforschung zeigen (nota bene der unbedingten Voraussetzung allen Technology Assessment, will es mehr als eine symbolisch betörende Finte sein). Heute drängt sich der Eindruck auf, als sei das Thema „Hochschule und Demokratie" (so der Titel der SDS-Denkschrift von 1961) nie aufgetischt worden oder glücklicherweise wieder vom Tisch, weil die die Wissenschaft störenden Studenten endlich Ruhe geben.

Deswegen also ergreifen wir das Wort. Die unrechte Zeit darf uns daran nicht hindern. Stummheit oder ein Mangel an eigener Sprache hat deutsche Hoch-

schullehrer allzu häufig schon ausgezeichnet. Wir, die wir die Hoffnungen der Universitätsreform während der zweiten Hälfte der 70er Jahre mitgehegt haben, so stark unsere Vorbehalte gegenüber einzelnen Aktionen gewesen sein mögen, wir, die wir diese Hoffnungen in ihrer Substanz heute noch hegen, wenngleich ohne die praktische Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit verwirklicht werden könnten, wir dürfen uns nicht klammheimlich und sprachlos hinwegstehlen. Daß die Universität tot sei, ist keine These, sondern eine Feststellung, solange mit dem Ausdruck 'Universität' eine Wertvorstellung, eine Konzeption verbunden wird.

Eine solche radikal-nüchterne Erkenntnis bildet unseren Ausgangspunkt. Diese Feststellung besagt nicht, daß auf dem Universitätsgelände keine Blumen mehr sprössen, keine Früchte mehr wüchsen und reiften. Obwohl ihnen von den Schulen schon so viel Phantasie-Abtötendes angetan worden ist, obwohl Zeiten struktureller Arbeitslosigkeit keinen Hauch eines Huttenschen Ausrufs mehr ermöglichen - mit jedem neuen studentischen Jahrgang kommen neue Hoffnungen, neue Chancen an die Universität. Ohne diese fortdauernde verjüngende Erfrischung würde auch diese Wortmeldung zum bloßen Trotzdem-Humor. "Das Wort, sie sollen lassen stan". Jedoch: Unbeschadet aller Regungen und Strebungen an der Universität heute, die Institution selber ist von einer multiplen Sklerose geschlagen. Wenn „der Geist" ab und an weht, dann trotz, nicht wegen ihres institutionellen Arrangements und ihrer Prozeduren.

Daß wir von der „Idee der Idee der Universität" sprechen, hängt mit einer doppelten, freilich ungleichen Aporie zusammen. Die „Idee der Universität", wie sie im Gefolge des Deutschen Idealismus formuliert worden ist, getragen von einer Konzeption substantieller und gläubiger Aufklärung, läßt sich nicht einfach weitersagen. Gerade wenn die Flamme in dieser Idee am Brennen erhalten werden soll, muß sie neu gefaßt, muß sie vor allem quantitativ anders verleiblicht, sprich institutionalisiert werden.

Die zweite Verlegenheit ist größer, sie blockiert unüberwindlicher. Woher sollte ein Träger einer solchen zeitgemäß-unzeitgemäßen „Idee" genommen werden? Wo könnte er ausfindig gemacht werden? Wüßten wir nicht, daß soziale Bewegungen, daß Widerstand und kollektives Handeln trotz aller analytisch begründeten Einsichten in die Hermetik der Verhältnisse sich immer wieder überraschend Bahn brechen, wir versuchten uns nicht zu artikulieren. Niemand hat die Studentenbewegung vor zwanzig Jahren vorausgesagt, so eilfertig und beflissen sie hinterher erklärt worden ist. Dieses wissende Nichtswissen spendet einen gewissen Trost.

Dennoch: Die Frage, welche Gruppen mit welchen erwartbaren Interessen denn in der Lage sein könnten, eine angemessene „Theorie" der Universität praktisch zu übersetzen, bedrängt am meisten und läßt am stärksten resignieren. Kein Wunder: Viele von uns haben „realistisch" aufgegeben.

Eine geschichtlich entfesselte Woge, die die Universität zu neuen Reformufern zu tragen vermöchte, ist nicht in Sicht. Ebbe herrscht vor. Sanddünen verwehen. Die Unzeit wächst.

II.

Die Universität als Anstalt wissenschaftlicher Prostitution

Die Universität ist tot. Was heißt das? Eine Leichenbeschau mit anatomischer Distanz, zugleich cum ira et studio ist vonnöten. Die Diagnose konzentriert sich hierbei nicht auf kurzfristig entstandene Probleme. Das neue vulgäre Geschwätz von der Elite, Universitätsgesetze wie das Berliner von 1986, die nur als Leichenfledderei bezeichnet werden können. „Ungeheuer mittelmäßig, sans esprit et sans gene". Die „Krankheit" der Universität steckt in ihren Gebeinen (in ihrer Struktur). Langfristig angelegte Entwicklungen haben sich allenfalls allmählich verstärkt, haben sich überlagert und haben in ihrer Anhäufung das Ende herbeigeführt. Und die Universität heute ist nicht nur, um den seinerzeitigen Titel einer Spiegel-Serie zu zitieren, „am Ende" „mit ihrem Latein" (1970). (1)

1. Die hektische Betriebsamkeit sticht zuerst ins Auge. Die Messe in Hannover als Bezugspunkt der Universitäten. Forschungsmittel, ökonomische, politische Relevanz - die Köder könnten nicht attraktiver ausgelegt sein. Sofern noch institutionelle Mauern zu schleifen waren, nun werden sie vollends abgebrochen. Die Universitäten bieten sich feil.

Dieses wissenschaftliche Hurenverhalten ist nicht neu. Von allem Anfang an bildet es ein zentrales Merkmal universitärer Forschung und Lehre. Wenn auch für die Universität gilt, daß sie nicht vom Brot allein lebt, so war sie doch in ihren nicht im engeren Sinn des Worts philosophischen Disziplinen früh auf

beträchtliche Mittel angewiesen. Und diese Mittel standen nicht einfach zur Verfügung. Sie mußten eingeworben werden. Also galt früh das Sprichwort gerade an den hehren Orten der Wissenschaft: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Neu aber, verhältnismäßig neu, ist die Schamlosigkeit, mit der Mittel eingeheimst werden, eine Schamlosigkeit, die mit der Größe der Universitäten, insbesondere aber mit dem verstärkten Mittelbedarf von Forschung nicht zuletzt in Konkurrenz mit außeruniversitärer Großforschung schier maßstabslos gewachsen ist. Nur wer noch Schwierigkeiten artikuliert, gerät in Schwierigkeiten. Der Wissenschafts-, Technologie-, Wirtschafts- und Staatskomplex wird trotz aller kritisch kräuselnden Debatten, als sei nichts daran auszusetzen, ausgebaut und ausgebaut. "Meines Erachtens", so Forschungsminister Riesenhuber 1983 anläßlich einer Festveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen, „ist es eine Lebensfrage, ob wir Wissenschaft und Wirtschaft in organischen Prozessen so miteinander verklammern, daß das Wissen übergeleitet wird." (2)

Diese schwellenlose ökonomisch-etatistische Funktionalisierung „der" Wissenschaft und einer ihrer Institutionen, der Universität, macht nicht bei der Forschung halt. Sie hat längst die Lehre, insbesondere die Prüfungsbestimmungen und die universitären Zertifikate in ihren Bann genommen. Daß einzelne Studiengänge an Fachhochschulen direkt mit Großunternehmen ausgehandelt werden, wirkt nur noch konsequent. Wer vermöchte angesichts solcher Ekstase wissenschaftlicher, sprich ökonomisch definierter, z.T. auch militärischer Produktivität noch Eduard Sprangers altväterliche Warnung zu begreifen: „Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen dem Wahren und bestellter Ware". Die gegen die Gleichschaltung durch den merkantilistischen Staat ertrotzte Autonomie, jedenfalls Teilautonomie freier Wissenschaft, ist längst weit über die insgesamt geringen Möglichkeiten des absolutistischen Staates hinaus aufgehoben worden. Der von Kant geschilderte „Streit der Fakultäten" staatsgehorsamer Fakultäten auf der einen Seite und wahrheitsgerichteter auf der anderen, hat längst mit dem fast totalen Sieg der gehorsamen Disziplinen geendet, als welche Kant Theologie, Jurisprudenz und Medizin kennzeichnete. Heute müssen nur die Beweggründe solchen „Gehorsams" anders, vor allem breiter ausgemacht werden. Die in mächtiger Ökonomie und ökonomisch gerichteter Herrschaft gesellschaftsweit, ja in weltweiter Konkurrenz verankerte „Lust zum Haben und auch zum Herrschen" bedenkt eine sehr viel weitergehende, sehr viel tiefer dringende ‚auctoritas'. Das ökonomische 'Motiv' macht auch das „Gesetz" der wissenschaftlichen Entwicklung aus.

Die institutionelle Vielfalt, in deren Bahnen, Geld und Auftrag, Definition und Anwendung hin und her gehen, ist beträchtlich. Staatlich finanzierte Probier-

forschung arbeitet neben spielraumloser Auftragsforschung; Universitäten verschlingen sich mit Großforschungseinrichtungen, welchletztere wiederum alles tun, um ein industrieangemessenes und (angeblich) wirtschaftsgleich effektives Management zu installieren. Die großen Forschungseinrichtungen mächtiger Unternehmer schließen sich an. In der Tat eine complexio, nicht nur ein friedlich-liebendes Nebeneinander, nicht nur eine amicabilis compositio. Es gibt keine Einrichtung, die die diverser "joint ventures" auch nur zusammensähe, geschweige denn kontrollierte. Durchsichtige Verfahren fehlen gleicherweise. Der Markt der Forschungsmöglichkeiten - und indirekter aber gleichfalls definitionsmächtig der Lehre - wird deswegen von den marktmächtigen Interessen dirigiert, letztlich der Dynamik internationaler Konkurrenz, in die die wissenschaftlichen Einrichtungen eingemeindet worden sind.

Autonomie? Eine Verlandung der Universität von außen hat stattgefunden.

2. Weil aber diese Verlandung von außen immer wieder ärgerlich gehemmt worden ist, korrespondiert ihr seit langem eine Ausverlagerung der Forschung aus der Universität. Die Konzeption der Universitätsreformer am Anfang des 19. Jahrhunderts war in Sachen Forschung nicht einheitlich und nicht konsequent. Die berühmte Einheit von Forschung und Lehre wurde verschieden aufgefaßt. Von Seiten der Forschung wurde diese Unentschiedenheit für die Universität erst dann zu einem habhaften Problem, als zum einen die Technischen Hochschulen installiert wurden, und als zum anderen Forschung in eigene Nur-Forschungs-Institute abgekapselt wurde. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der nachmaligen Max-Planck-Gesellschaft, ist dafür Symptom. Immerhin wurden aber die Kaiser-Wilhelm-Institute in einer der Ordinarienuniversität analogen Struktur installiert.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte, insbesondere nach 1949, sind aus z.T. durchsichtigen politischen Gründen neue Großforschungseinrichtungen hinzugekommen. Die eigene Industrieforschung weitete sich aus. Heute gibt es fast kein Fach mehr, da nicht Forschung in einem erheblichen Umfange außerhalb der Universität betrieben würde. Diese Ausverlagerung von Forschung zeitigt im Hinblick auf eine eigene Definition dessen, was Wissenschaft ist, und das heißt notwendigerweise eine sich selbst bestimmende Institution wie die Universität, eine Reihe bedenklicher, ja eindeutig negativer Konsequenzen:

- Die Universität als Institution der Lehre und der Schulung des Nachwuchses wird ausgebeutet, ohne mitbestimmen zu können.

- Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen bis hin zu Industrie-Instituten stehlen sich universitäre Titel und damit verbundene wissenschaftliche

Reputation, die durch den angeblichen interessefreien Wahrheitsbezug universitärer Wissenschaft gestiftet wird.

- Die Universitäten ihrerseits sind an allen Verklammerungen interessiert in der Hoffnung, von den Mitteln und dem Einfluß solcher großen Forschungseinrichtungen profitieren zu können.

- Die Forschung an diesen ausgelagerten Einrichtungen wird unvermeidlich am kürzeren Interessenbändel der jeweiligen Auftraggeber geführt. Dieser Sachverhalt besitzt auch negative Folgen für die (potentielle) Mitbestimmung der an solchen Einrichtungen beschäftigten Wissenschaftler.

- Die Universität schließlich, von der hier die Rede ist, verliert ihre zentrale Stellung in Sachen Wissenschaft als Forschung. Sie droht, mehr und mehr zu einem Institut der Ausbildung im Tertiärbereich - nach Primar- und Sekundarstufe - zu werden. Die Ausbildung selbst erhält dadurch eine andere Qualität.

3. Verlandung von außen und Außenverlagerung bezeichnen nur zwei weit gediehene Vorgänge, die die institutionelle Substanz der Universität auszehren. Trotz ihres Bedeutungsverlusts, ihrer schwindenden forscherlichen Definitionskraft, scheint aber die Institution "Universität" selbst zunächst erhalten zu bleiben. Daß davon nicht die Rede sein kann, dafür sorgt die Bürokratisierung der Universität von außen. Waren die Kultusbürokratien vor 1967/68 schon kräftig genug, um dafür zu sorgen, daß an den Universitäten alles rechtens zugehe, hatten sie schon bei der Definition der Prüfungsordnungen kräftig mitgewirkt und die Prüfungen, alle Arten von Staatsexamina, bald mehr (bei den Juristen herkömmlicherweise fast völlig), bald weniger mitbestimmt, und hatten sie vor allem mit dem Hebel Berufungs- und Beamtenrecht von Zeit zu Zeit kräftig interveniert und ihre Politik gemacht, so erscheinen die früheren Kultusbürokratien angesichts ihrer heutigen Größe und Kraft der Durchdringung wie harmlos Kontrolleure. Noch Mitte der 60er Jahre wäre das heutige Ausmaß an Dauerintervention bis ins kleinste Bestimmungsdetail nicht vorstellbar gewesen. Daß Berufungslisten von Universitäten bestenfalls als zusätzlich von außen zu begutachtende Vorschläge angesehen werden, von denen nach Belieben abgewichen werden kann - auch das hat es zuvor nicht in vergleichbarer Größen- und Willkürordnung gegeben. Ohnmächtig angesichts der quantitativen Aufgaben, die die angebliche und tatsächliche „Bildungskatastrophe" (Picht) stellte, hilflos und nur im Repressiven mächtig gegenüber dem studentischen Protest, zur Rettung herbeigezerrt von der Mehrheit der universitätskonservativen Professoren, die die eigenen nicht rationalisierbaren Interessen zur Wahrheit der Universität substantiierten, reagierten die

Kultusbehörden geradezu wie aus einem Lehrbuch zur Einführung in bürokratische Wucherung geschnitten. Nachgiebig auf der einen Seite, konzeptionslos, suchte man auf der anderen Seite alles, aber auch alles rechtlich zu vertäuen. Eine nimmermüde Kaskade von Hochschulgesetzen, denen der schlecht informierte Bund auch noch einen untauglichen Rahmen gab - das sog. Hochschulrahmengesetz, das in der Zwischenzeit in dritter, verschlechterter Auflage gilt - erstickte die Universitäten und ließ rechtsförmige Diskussionen und „Errungenschaften" zur Quintessenz der Hochschulreform werden. Der Verrechtlichung, der konzeptionslosen Festschreibung von Gruppenparitäten und bald schon Gruppendisparitäten auf jeder Stufe gebremst relevanter Entscheidung, entsprach der Ausbau einer Verwaltung, die nicht mehr primär kontrollierte, sondern schon vorab definierte. Das „Schicksal" von Studienplänen und Prüfungsordnungen kündet davon. Ergebnis: So wenig Neues wie möglich; vor allem aber: Alles muß verwaltungsgerichtsfest sein.

4. Die Definition der Universität von außen - via negationis - erklärt deren Misere unzureichend. Gewiß: Sie wird ökonomisch-etatistisch überzogen, ausgehöhlt, außenbestimmt. Doch die Hauptsachen für den Zerfall des universitären Gebäudes, seine unzureichende Ausführung von allem Humboldtschen Anfang an, sind in der Eigenart desselben und in den Repräsentanten der Universität selbst zu entdecken.

a) Die innere Bürokratisierung der Universität steht der von außen eingreifenden, kultusministeriellen, die ein Teil von ihr geworden ist, nicht nach. Diese Bürokratisierung ist zunächst nichts anderes, denn eine - freilich nicht unvermeidliche - Folge der Größe der Universitäten und ihrer Departments. Sie wird außerdem - auch hier spielt der Größenfaktor erneut eine einflußreiche Rolle - durch die quantitativ-qualitative Veränderung von Forschung und Lehre bewirkt. Die Verrechtlichung als dominierender Ausdruck dessen, was von der Universitätsreform übrig geblieben ist, wurde von den diversen Gruppen an der Universität stark motiviert und hat ihrerseits zu einem blockierenden institutionalisierten Mißtrauen geführt. Größe und veräußerlichte Reformen haben also die Universität zu einem bürokratischen Exerzierfeld werden lassen, dessen abträgliche Seiten dadurch verstärkt werden, daß es an durchgehenden, an überragenden Zielen und entsprechenden Prozessen mangelt. Die kultusministerielle Bürokratisierung hat außerdem nicht den Vorzug mit sich gebracht, die Universitäten im Innern ärmer an bürokratischen Verfahren sein zu lassen. Im Gegenteil. Sie hat das bürokratische Komplement mitbewirkt.

b) Stärker aber wohl als alle anderen Faktoren hat die Entwicklungslogik neuzeitlicher Wissenschaft (selbstverständlich zusammengesehen mit der ökono-

misch-staatlichen und nicht abstrakt absolut zu setzen) die Universität verändert. Sie bestimmt den Takt ihres Alltags. Sie reicht bis ins Innerste des Selbstverständnisses ihrer Angehörigen hinein. Gemeint ist das, was evolutionsbeflissene Sozialwissenschaftler gesellschaftlich allgemein die zunehmende Ausdifferenzierung nennen. Die andauernde Aufsplitterung in Fächer, Unterfächer und Unter-Unterfächer stellt das Verfahrensmuster der „wissenschaftlichen Revolutionen" dar. Dementsprechend werden die Disziplinen disziplinlos. Die Namen der Fakultäten werden zu bloßen nomina, deren Einheitsmarke die fachliche und die immer zugleich auch institutionelle Zersplitterung nur dem unkundigen Auge verdecken mag. Als gäbe es 'die' Naturwissenschaften, 'die' Medizin oder 'die' Sozialwissenschaft(en). Der Erkenntnisfortschritt, bewirkt vor allem durch die Entwicklung der Meßgeräte aller Art, der u.a. auf Identifizierung immer kleinerer Einheiten im Raum der Zellen, im atomaren, ja im subatomaren Raum hinausläuft, hat zur Folge, daß, 'die' Wissenschaft ihrerseits in „Zellen" und „Teilzellen" sich aufgliedert.

Angesichts dieser Entwicklung haben wir es mit einer merkwürdig mehrfachen Paradoxie zu tun, deren Folgen für die Universität kaum überschätzt werden können: Sachlich, daß - wie dies oft beobachtet worden ist - die analytisch - identifizierenden (und also zur Rekombination, zu Konstruktion fähigen) Fertigkeiten atemberaubend zunehmen. Dieser Mikrologie des Wissens geht aber der Verlust des synthetischen Wissens, der Zusammenschaukunst parallel; im Hinblick auf die Wissenschaften, daß sich immer mehr Zweige vom alten, morsch gewordenen Stamm von Theologie und Philosophie lösen und eigene Wurzeln treiben. Diesem Pluriversum an Wissenschaften entspricht keine Pluralität von qualitativ verschiedenen Perspektiven und erkenntnistheoretisch begründeten Methodologien. Vielmehr gehorcht die Zerfaserung, die „Aufblätterung" einer wissenschaftlichen Logik, die die Fortsetzung der Technologie zum hauptsächlichen Bezugspunkt hat; schließlich institutionell, daß die Fächer durch keinerlei „geistige Bänder" mehr zusammengehalten werden - es sei denn durch den zuvorgenannten monistischen Begriff der Wissenschaft, daß die Universität also umsomehr verliert, je mehr Wissenschaften sie ihr eigen nennt. Die Universität kehrt sich um zur Multiversity, entsprechend einer Formulierung des ehemaligen Präsidenten der Universität Berkeley, Clark Kerr.

c) Die Einheit von Forschung und Lehre, die zum gehütet Altarbestand der Humboldtschen Universität gehört, hat früh nur randständig gegolten. Die Fächer, für die sie allenfalls zutraf und bei denen sie zuweilen heute noch ausnahmsweise anzutreffen ist, die sog. geisteswissenschaftlichen, haben quer durchs 19. Jahrhundert eine stärker prägen Rolle an der Universität gespielt. Heute jedenfalls gilt allgemein, daß Forschung und Lehre zwei weitgehend,

wenn nicht völlig getrennte Formen der Aktivität darstellen. mehr noch: Beide sind nicht nur nicht in sich verbunden, sie verstärken den Turmbau zu Babel, richtiger den Turmbau der abgeschotteten Fächer und Fachzimmer, der mitten in der Universität errichtet worden ist und fortgebaut wird. Die auch heute noch emphatisch hervorgehobene Lehre, die die Ausbildung wie eine illegitime Stiefschwester erscheinen läßt, genießt außerdem wenig Reputation. Sie frißt stattdessen - nähmen die Hochschullehrer(innen) sie denn ernst - ein beträchtliches Quantum an Zeit. Dadurch aber wird die mehr oder minder prüfungsstramm gezurrte Fachbildung noch stärker in schlechter Weise kanonisiert. Die Fachidiotie triumphiert in den Ausbildungsgängen noch mehr als in den extrem spezialisierten, zu keinerlei Koordination oder Kooperation drängenden oder gedrängten Forschungsbereichen.

5. Konsequenzen: „... und was man drin gerochen, war eitel Dunst und Schein".

Dieses Motto ist ungerecht. An fleißigen und engagierten Leuten leidet die Hochschule keinen Mangel. Seien damit Studentinnen und Studenten, die positionell spärlich gewordenen Assistenten, oder seien die Hochschullehrer(innen) gemeint. Auch wenn viele der Letztgenannten ihren Beruf verfehlen, bleiben immer noch genügend übrig, die ihm seriös bis an die Grenze der Belastbarkeit obliegen.

Und doch trifft das Motto zu. Die Universität von der neuhumanistischen Idee der Einheit der Wissenschaften und der aus ihr folgenden anderen Einheiten beseelt, durch den Namen Wilhelm von Humboldts repräsentiert, gibt es nicht mehr. Dem Begriff von der Einheit der Wissenschaft(en) korrespondierte nicht allein die emphatische Ausrichtung auf die deckungsgleich gedachte Vernunft und Wahrheit, der wahren Vernunft und der vernünftigen Wahrheit. Er war darüberhinaus und innerlich habituell - das eben macht den Neuhumanismus aus - verbunden mit dem humanen Ideal der Persönlichkeit und der geschichtlich angelegten Evolution zu einer Gesellschaft solcher Persönlichkeiten. Homines pro se. So ist es auch zu verstehen, daß die Bildung einen so hohen Stellenwert einnehmen konnte. Ad beatam vitam consequandam, wie es Graf Eberhard im Barte, hier auf den Neuhumanismus „althumanistisch" vorausweisend, in seinem Einladungsschreiben an die Studenten hin zur Tübinger Universität formuliert hat (formulieren ließ, versteht sich).

III.

Ursachen:

Staatsprämisse und Staatsillusion (1810 ff.); konzeptionslose Restauration (1945 ff.) und (Selbst-) Zerstörung der Reform (1967 ff.)

Die Ursachen dieses desolaten Zustandes wurzeln zeitlich tief und zeitlich flach. Der Wurzelgrund der Ursachen ist außerdem nicht allein, ja nicht einmal primär im Bereich der Universität und ihrer Geschichte aufzudecken. Als könne die Autonomiebehauptung und das Autonomieverlangen empirisch wörtlich genommen werden; als sei es angängig, die Universität aus sich selbst heraus als eigene Gesellschaft jenseits der Gesellschaft, von der sie lebt, zu erklären. Das ist selbstverständlich unzulässig, ja es wäre, verführe man also, in schlimmen Sinne ideologisch (ähnlich der Behauptung von der interessefreien Wohlgefälligkeit von Wissenschaft selbst). Gerade auch in den „inneren" Bedingungen der Universität, in ihrem realisierten Begriff der Wissenschaft, spiegeln sich gesellschaftliche Faktoren. Jede Analyse der Universität, jede Reform sind angewiesen auf eine entsprechende Analyse der zeitgenössischen Gesellschaft, ihrer politischen Formen, ihrer ökonomischen Bezüge und dementsprechend auf eine Reform dieser Gesellschaft. Das macht alles Reden von der Universität umso viel vertrackter und dort, wo Änderungen verlangt werden, umso viel hoffnungsloser. Noch in der Wissenschafts- und Bildungsidee und deren Mangel malt eine Gesellschaft sich selber.

Freilich: Ein Warten auf ‚Godot', auf die große Gesellschaftsreform, ist nicht zulässig. Passivität erhält keinen Preis Reformen in Teilbereichen der Gesellschaft können schrittweise vorgeleistet werden.

1. Die neuere deutsche Universität wurde mit der Staatsillusion geboren; der von Humboldt beförderten Illusion des Kulturstaats. Im Sinne eines aufgeklärten Paternalismus werde dieser dafür sorgen, daß die Universität ihre „Einsamkeit und Freiheit" auch recht nutze. Humboldt ging nicht soweit wie Steffens, sondern hielt eher die Mitte zwischen ihm und Schleiermacher, der den Staats-Wissenschafts-Gegensatz sah. Aber Steffens kulturstaatliche Phantasmagorien waren dennoch für die Universitäts(neu)gründung kennzeichnend: (in der Zusammenfassung von Spranger) „Die Wissenschaft also wird dem Staate selbst gleichsam als sein eigenes Erkennen zugeschrieben. Von hier aus

ergibt sich dann die Idee der Universität als eines staatlichen Instituts von selbst". (3)

Diese Kulturstaatsillusion machte es möglich, daß die Staatsprämisse vor der Klammer der "autonomen" Universität nicht, ja bis heute fast nicht, jedenfalls nie folgenreich diskutiert worden ist. „Wo also", so beobachtet Spranger in seinem Aufsatz über "die Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin" zu recht, „und insoweit Lehrfreiheit und Lernfreiheit gelten, hat sie der Staat eingeräumt". (4) Welche Konsequenz mußte diese Staatsbegründung aber für die Lehr-, Lern- und die Forschungsfreiheit haben? Offenkundig eine bis heute mehrfach lähmende und eigenartig entlastende zugleich. Bis in die Definition der angemessenen Curricula und Lehr-Lernformen, der Prüfungsordnungen hinein hat sich die deutsche Hochschule vom Staat die Arbeit abnehmen lassen. „Bei aller Beachtung der inneruniversitären Verfassungsautonomie der Selbstverwaltung ist das deutsche System der Hochschulen als staatlicher Anstalten und der Professoren usw. als Staatsbeamte auf die Initiative der staatlichen Hochschulbehörden, d.h. der Kultusminister, in den entscheidenden Reform- und Anpassungsfragen angelegt", so H. Schelsky 1969. (5)

Gelähmt aber wurden die Universität und ihre Professoren, sich um einen eigenen sozialen und politischen Begriff dessen zu bemühen, wessen Beruf sie zu welchem Ende betreiben. Die Staatsprämisse hat den unpolitisch ätherischen Charakter der Wissenschaft und ihrer Diener ebenso i.S. institutionalisierter Selbst- und Fremdtäuschung befördert, wie sie garantierte, daß die Universität insgesamt und bis auf wenige Ausnahmen ihre Professoren „staatspolitisch" konform sich verhielten, ja den jeweiligen deutschen Staat als ihren Bezug wissenschaftlich bekannten. Die Humboldtsche Universität wurde von Anfang an auf einem Fundament errichtet, das einer ihrer Idee gemäßen Architektur widersprach. Die mußte deshalb sogleich zur Ideologie, zum institutionell notwendigen falschen Bewußtsein werden, dessen wissenschaftliche, auf die Bildungsidee bezogene Konsequenzen nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Weder wurden institutionelle Rahmen der Wissenschaft, ihr sozialer und politischer Prozess zum Thema, noch wurde je der Widerspruch auch nur reflektiert zwischen dem neuhumanistischen Persönlichkeitsideal einerseits und der gehorsam-wissenden Untertanenproduktion durch die Universität andererseits.

2. Heute fällt es uns schwer, einem Persönlichkeitsbegriff mit Schiller'schen Pathos zu folgen, geschweige denn, einen solchen zu formulieren. Sichtet man aber all die während der letzten Jahrzehnte bald wortreich, bald karg postulierten Erziehungs- und Ausbildungsziele, dann wird deutlich, daß das alte Ideal-

bild nach wie vor die zentralen Konturen abgibt. Man könnte sogar weitergehen und behaupten, daß zu Zeiten der deutschen Klassik und des Neuhumanismus mehr an Wissen um Ambiguitäten und Ambivalenzen schwieriger und voraussetzungsreicher Bildungsprozesse vorhanden gewesen sei, als zu den ach so kritischen Zeiten der Gegenwart, da ein diffuses Identitätsgerede vorherrscht oder zeitweise vor lauter Emanzipationsformeln nur anspruchsvoller Nebel übrig blieb.

Dennoch markiert das Persönlichkeitsideal eine andere Illusion der neueren Universität von Anbeginn (bis Anbeginn). Ein merkwürdiger Geniekult gewann von den ersten Berufungen der Friedrich-Wilhelm-Universität an professorale Gestalt. Nicht allein machte sich dadurch eine standesgemäße „indezente Selbstüberschätzung" breit. Verzichtet wurde vielmehr darauf, genauer zu bedenken, wie es gelingen könne, daß Professoren und Studenten dem Ideal gemäß gewonnen und gebildet würden. Ein Blick auf die Rekrutierungsformen der Hochschullehrer genügt, um zu schlußfolgern, daß hier nicht sein kann, was sein sollte. Die krumm-bucklichten Wege über die Habilitation zur Professur - sie machten es nicht wahrscheinlich, daß an deren Ende, wenn die Höhe des Ordinariats erklommen sein würde, die Ekstase des aufrechten Gangs und der freie Blick erwartet werden könnten.

3. Das Bildungs- und Wissenschaftsideal wurde außerdem von Anfang an gründlich mit Wasser durchsetzt. Die Fichtes, die Schleiermachers, aber auch die effektiven Humboldts - sie waren darauf ausgegangen, der „unteren Fakultät" über die drei „oberen Fakultäten", wie sie Kant gekennzeichnet hatte, zum Sieg zu verhelfen. Denn „oben" und „unten" bei Kant meinte nicht die wissenschaftliche Dignität der vier Fakultäten: der theologischen, der juristischen, der medizinischen und schließlich der philosophischen. Das „oben" und das „unten" wurde allein durch Herrschaftsnähe konstituiert. Die "oberen" Fakultäten waren, modern ausgedrückt, staatlich direkt funktional. Die „untere" unterschiedliche Fakultät zeichnete sich durch ihren exklusiven freiheits-, sprich wahrheitserpichten kritischen wissenschaftlichen Charakter aus.

So sehr indes die „Idee" der Reform der 4. Fakultät die Ehre zuwies, die Hefe der Universität zu bilden, - und zu dieser philosophischen Fakultät gehörten selbstverständlich Naturwissenschaften usw. hinzu, sie zeichnete sich durch ihren exklusiven Wahrheitsbezug vor den anderen aus - so früh haben die 'Reformer' einer Institutionalisierung der Universität zugestimmt, in der die „praktischen" Fakultäten den Vorrang und bald das Übergewicht erhielten. Sie blieben um ihre ganz andere "Idee", die des Staats- und später des Wirtschaftsdienstes zentriert.

4. Überblickt man die Institutionalisierungsgeschichte von Wissenschaft allgemein, der Universitäten, hier der deutschen speziell, dann fällt eine Eigenschaft am meisten ins Auge. Sie hat die Wissenschaft und die von ihr ausgehenden Bildungsprozesse mehr als alle anderen Eigenarten geprägt. Sie besteht in dem, was eine Formprüderie genannt werden könnte. Wissenschaft wurde und wird als Kopfgeburt begriffen. Jemand hat den Kopf oder er hat ihn nicht. Sekundär kommt so etwas wie Moral, wie Verantwortung hinzu. Aber auch diese können nicht in ihren Bildungs- oder Mißbildungsprozessen ausgemacht werden. Sie eignen dem Wissenschaftler in seiner einsamen Freiheit. Diese Annahme einer körperlosen Geburt bei durchaus interessenunbefleckter Empfängnis bildet den wirkungsmächtigen Kern von „Wissenschaft und Technik als Ideologie" (J. Habermas). Sie ist u.E. eine der hauptsächlichen Ursachen für das institutionell vorgegebene Versagen an Reflexion.

a) Durchaus in säkularisierter Weise wird angenommen, der Geist wehe wann, wo und bei wem er wolle. „Der Geist", „die Wissenschaftler" werden als etwas Übergesellschaftliches, Überzeitliches vorgestellt. Allenfalls zufällig und heteronom, versteht sich, hat dieser "Geist" etwas mit Ökonomie oder Politik zu tun. Gleiches gilt für die hohen Träger solchen Geistes. Allenfalls wenn es um Berufungs- und Bleibeverhandlungen und sog. ruhegehaltsfähige Sonderbezüge geht, kommen sie mit der irdischen Mühsal in unangenehme Verbindung. In diesem Sinne warnte jüngst der Philosoph Jürgen Mittelstrass davor, daß wissenschaftliche Arbeit zum Job werden könne und formulierte folgende geflügelten Einsichten: „Um die wissenschaftliche Exzellenz und die Bereitschaft zu entsprechenden Anstrengungen stark zu machen, ist die Wiedergewinnung der Einsicht notwendig, daß nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse die Lebensform des Wissenschaftlers bestimmen sollten, sondern jedenfalls in seiner Arbeit, die Idee der Wissenschaft. Diese Idee hat mit der Vorstellung, daß die wissenschaftliche Arbeit eine Arbeit wie jede andere ist, wenig zu tun. (...) Diese Lebensform des Wissenschaftlers ist durch die übliche Bedürfnisstruktur der Gesellschaft nicht erklärbar, sie droht aber zum Schaden der Leistungsfähigkeit der Wissenschaft blaß zu werden." (6)

Wären sie nicht so elitär formuliert, gerne folgte man diesen zur Leistung anspornenden Worten. Aber hier stockt zustimmendes Klopfen schon: Was heißt denn - bei Jürgen Mittelstrass in dem diesem Fall - Leistung und Leistungsfähigkeit "der Wissenschaft"? Gewiß: kritisch pauschale Worte werden gegen die Bürokratisierung, die Ökonomisierung und die Verschulung der Wissenschaft, der Universität gefunden. Nur: Der dunkle Schleier von Sais wird an keiner Stelle gelüftet, wozu, zu welchem Ende Wissenschaft betrieben und welche Wissenschaft wie organisiert werden sollte. Wissenschaft wird hier wie ander-

wärts, zugunsten der Wissenschaftler, die sie allein zu bestimmen vermögen, versteht sich, als etwas Selbstverständliches, als ein notwendiges hohes Gut behandelt, das allenfalls von außen gefährdet zu werden vermag. Ansonsten soll alles dafür getan werden, dieses gute Etwas, genauer seine Vertreter, die exzellenten Wissenschaftler, zu fördern nach allen Regeln fördernder Kunst. Es ist dann das Mißverständnis der Förderer, wenn sie zuweilen den Eindruck erhalten könnten, diese Wissenschaftler arbeiteten mit „der Wissenschaft" wie mit einer Galeonsfigur, hinter der sie ihre Interessen verstecken, sie verwendeten eine Art Rumpelstilzchentrick und riefen insgeheim: ach, wie gut, daß niemand weiß, daß dieses und jenes Interesse Wissenschaft heißt, mit den Folgen, welcher Preis.

Diese mangelnde Selbst- und Fremdaufklärung über Wissenschaftstreiben als soziales Handeln besonderer Art unter bestimmten Umständen und mit eigenartigen Folgen erlaubt nicht allein eine interessierte Mystagogie zugunsten der Wissenschaftler und den von ihnen mit vertretenen Interessen. Dieser Mangel an verantwortlicher Selbstreflexion hindert auch mit der "Idee" der Wissenschaft, einer dann unvermeidlich kontroversen Idee kontroverser Wissenschaft human zu wuchern.

b) Formprüderie blockiert nicht allein weithin jegliche Überlegung, welche Organisierung welcher wissenschaftlichen Tätigkeit am besten bekomme. Bald Jahrhunderte von (möglicher) organisatorischer Erfahrung mit Wissenschaft liegen ungenutzt herum. Die höchst materiell interessierte immaterielle Fiktion hat auch schlimme Folgen für die wissenschaftlich inszenierten Bildungsprozesse. Die Wirklichkeit übersteigt wie so oft jegliche Vorstellungskraft. Seit mehr als 100 Jahren wird an den Universitäten - didaktisches Gerede hin oder her - prinzipiell in den gleichen Lehr- und Lernformen verfahren. Geschlechter kommen, Geschlechter gehen, deutsche Lehrformen bleiben bestehen. Diese Konstanz aber wird bewahrt, obwohl sich die soziale Komposition der Studenten geändert hat; obwohl Frauen endlich, wenn auch noch nicht durchgehend gleiches Bildungsrecht besitzen und diesem die Praxis nach und nach entspricht; obwohl denkbar wäre, daß sich die Bildungsziele während des Zweiten deutschen Kaiserreichs von denen der Bonner, der Berliner Republik unterschieden; obwohl die Anforderungen an einen Bildungsprozeß, der im Resultat mehr sein soll, als ein Einwegfachpaukstudium sich ungemein verändert haben und gewachsen sind.

Ob einer solchen traditionsreichen Sklerose, die freilich der lehrenden Faulheit der Hochschullehrer glänzend entgegenkommt - so sehr manche sie punktuell durchbrechen mögen - wundert nicht, daß die einzelnen Studiengänge, im

notwendigen Durchschnitt der vom Studiengang und Lehrlauf vorgegebenen Bedingungen aus gesehen, bestenfalls Lernprozesse mit konventionellem Ausgang ermöglichen. Fachkonventionen werden eingetrimmt. Einige magere Fertigkeiten werden vermittelt. Und sonst? Riesige Ausfallquoten, die jede andere Institution zum Offenbarungseid zwingen müßten (stattdessen rühmt sich die Universität und rühmen sich die „härtesten" Fächer, ihre kognitiven Anforderungen seien eben so hoch und nicht alle Menschen seien gleich bildbar); gleichfalls Durchfallzahlen insbesondere bei Zwischenprüfungen, die längst die Prüfung der Prüfung und der Prüfer verlangten; erfolgreiche Examenskandidatinnen und -kandidaten, die genau so „gebacken" worden sind, daß sie bestenfalls ihr Fach verstehen, so wie es eben professoral-examenshaft verstanden wird (und auch dies nicht recht); Selbstbewußtsein, kriterienklares Urteilsvermögen, methodisch ausgewiesene Analysefähigkeit in nicht ureigenen Fachbezirken - davor schütze das Studium als Einübung des Fachgehorsams und seiner Scheuklappen.

c) Aus dem Skizzierten erhellt, daß sich die universitätsfreien Wissenschaftler als Forschungsklein- und -mittelunternehmer benehmen (auch Großunternehmer gibt es, sie sind aber seltener), ohne auch nur den Schattenriß einer eigenen „Betriebswirtschaftslehre". Erneut gilt: Der Geist weht ...

Rechtfertigend wird allenfalls ein eng verstandener Max Weber zitiert, daß sich Wissenschaft ihrerseits unvermeidlich bürokratisiere, wenn sie zu einem arbeitsteiligen Betrieb sich mausere. Selbst die Frage unterbleibt, ob nicht, selbst wenn Webers These aus "Wissenschaft als Beruf" (1917) so stimmen sollte, qualitativ unterschiedlich wirksame bürokratische Formen denkbar wären.

5. Über die langfristig geltenden Bedingungen hinaus muß jede Ursachenfahndung zwei zeitgeschichtliche Versäumnisse in ihrer starken Definitionsmacht aufarbeiten.

Das erste, das wenigstens knapp apostrophiert werden soll, betrifft die unbedachte, ja die bedenkenlose Restauration der deutschen Universität nach 1945. Recht besehen, wiegt dieses restaurative Versäumnis einer Erneuerung auch nur im Gestus der Reflexion noch schwerer als der nationalsozialistische Ausverkauf der Universät in den Jahren vor und inbesondere in den Jahren nach 1933. Die „Deutsche Katastrophe" (F. Meinecke) bewirkte bei der deutschen Universität und ihren Lehrern, die doch Teil dieser „deutschen Katastrophe" gewesen sind, auch nach dem 8. Mai 1945 keine Selbstreflexion der Universität als Institution, ihres Wissenschaftsbegriffs und ihres eigenen Verhaltens. Kein Schuldbekenntnis stand am Beginn der neueren deutschen, dann bundesdeutschen Universität, sondern die Überlegung, wie die Entnazifizierung, die etli-

che Kollegen traf, möglichst rasch gestoppt und ihre Folgen möglichst allumfassend überwunden werden könnten. Daran, daß etwas an der Institution Universität und ihrer Wissenschaft faul sein könne, dachten offenbar nur ganz wenige. H. Schelsky summiert allgemein: „Die ideelle und wissenschaftliche Grundsatzanalyse eines Bildungs- und Universitätsideals, das mit der Lage der modernen Wissenschaft im Einklang stand, kam nicht über Anfänge hinaus; im allgemeinen nahm man die Möglichkeit einer Wiederbelebung der Humboldtschen Tradition als gegeben an und verstand die Universität von dort her - ein Wort C.H. Beckers von 1919 aufnehmend - als ‚im Kern gesund' (Blaues Gutachten)". (7)

Eine Auseinandersetzung mit einzelnen Wissenschaften und ihren Vertretern während des Nationalsozialismus kam erst Anfang/Mitte der 60er Jahre zähflüssig und punktuell in Gang. Aber auch damals wurde jede genauere Analyse der Institution der Universität einschließlich ihrer konstitutiven Staatsprämisse ebenso versäumt, wie eine einigermaßen sachlich angemessene, radikale Untersuchung des fachspezifisch unterschiedlich realisierten Wissenschaftsbegriffs. Für diesen Mangel ist die Historikerdebatte jüngst noch ein Symptom. Keiner der Beteiligten, so unterschiedlich sie akzentuierten, kam wenigstens auf den Gedanken, Geschichte als eine (deutsche) Wissenschaft und ihre institutionellen Fährnisse nach 1945 mitzubedenken. Und dies gerade bei einem solchen Thema: der Vergangenheit in der Gegenwart.

6. Das zweite zeitgeschichtliche Ereignis bildet die Hochschulreform, deren intensive Phase gerade von 1967 bis 1969 dauerte. Heterogen ihre Motive; heteronom ihre Ziele: diese Reform hat den Weg zum restlosen Ausverkauf der Universität bereitet, zur Discount-Universität. Einige Merkmale mögen erinnert werden:

a) Entsprechend dem von Picht u.a. ausgerichteten Katastrophengerede mit den Leitwörtern „Engpaß", „Notstand" und dergleichen, stand die Expansion auf der Tagesordnung. Sie ist als einzige weitgehend gelungen. Immerhin hat sich die Zahl der Studierenden innerhalb von 20 Jahren mehr als verdreifacht. Diese längst anstehende, schon zuvor im Gang befindliche Ausdehnung der Universität, ihr endlicher Abschied als Hort der Bürgersöhne, als deren Toll- und Karrierebühne, geschah aber nicht primär unter dem Zeichen: „Bildung ist Bürgerrecht", also einer demokratisch-zeitgemäßen Devise. Die Haupttriebkraft bildete eine Art verspäteter Sputnik-Schock. Deutsche Ingenieure fehlen, Deutschland ist in Gefahr, den Anschluß an die Innovationsfront zu verlieren und auf dem Weltmarkt zur zweit- oder drittrangigen Kraft abzusinken. Die Stunde der Bildungsökonomie schlug. Ein ganz neues Wörterbuch des bildungs-

ökonomischen Unmenschen wurde auf geschlagen. Keine "Begabungsreserve", die da nicht noch im „Manpower-Approach" "mobilisiert" worden wäre. Als dann die bildungsökonomischen Prognosen zerstoben, methodisch von Anfang an fahrlässig, und nur noch das allzeit bereite Flexibilitätspostulat übrig blieb (1974 war es soweit), schwand auch die ökonomische Energie hinter der Reform. Nicht mehr und mehr Ingenieure, Lehrer, Sozialarbeiter standen auf der Tagesordnung der Forderungen, das Gespenst der akademischen Arbeitslosigkeit begann Konturen zu gewinnen. Sträflich waren ohnehin Bildungspolitik und Arbeitsmarkt, als seien sie einander harmonisch zugeordnet, zusammengesehen worden. Wie selbstverständlich ist der Arbeitsmarkt, die Entwicklung der Berufe als eine feste, nicht zu beeinflußende Größe behandelt worden.

b) Der an sich begrüßenswerte Ausbau der Hochschulen (und der anderen Bildungseinrichtungen) steigerte sich geradezu zu einer euphorischen Gigantomanie. Ineins mit der Illusion der Rundumplanbarkeit der Gesellschaft, zu der die Sozialwissenschaften schuldhaft versagend beitrugen, wurde das allumfassende Wörtchen „gesamt" in den Adelsstand erhoben. "Gesamtschule", "Gesamthochschule", "Bildungsgesamtplan" - als hätte es nicht zuvor einer Gesamtrevision bildungspolitischer Vorstellungen bedurft. Zahlenphantasmagorien machten die Runde. Ausgebaut, integriert und gegründet wurde. Im Getümmel des Baulärms gingen die Fragen unter, ob die Baupläne den bildungspolitischen Zielen angemessen seien, ob Integration durch Zusammenlegen schon erreicht werden könne. Kurzum: die Frage nach den angemessenen organisatorischen und baulichen Formen wurde allenfalls am Rande gestellt. Bürokratische Verschachtelung, Abschottung der zusammengelegten Hochschultypen, Pseudointegration und Verwahrlosung innerhalb der riesigen Gebilde - das waren u.a. die unvermeidlichen Folgen. Und sie sind es noch.

c) Wie schon notiert: der Ausbau war notwendig. Der schon zuvor angewachsene Anteil an Frauen nahm unter den Studierenden kräftig zu, wenngleich nicht unter den Hochschullehrern. Mehr Arbeiterkinder - auch wenn der Beruf Arbeiter eng abgegrenzt wird - machten das Abitur und zogen zur Universität. Die Bildungswerbung hatte auf dem Land mäßigen, immerhin aber sichtlichen Erfolg.

Die wahre Katastrophe der Universität besteht nun jedoch darin, daß keine institutionell habhaften Konsequenzen gezogen worden sind, bis hin zu den oben schon gestreiften Lehr-Lernformen. Die Aggregate wuchsen. Bildungsagglomerationen. Den Zusammenhalt konnten allein bürokratische Regelungen bilden. So wie eine Studie über die Räumung alter Schulbauten und den

Neubau aller möglichen Mittelpunktschulen am besten das teure Malaise der Schulreform anschaulich einfangen könnte, so ließe eine soziale Ästhetik des Hochschulaus- und -neubaus, seit 1969 eine in der Verfassung verankerte "Gemeinschaftsaufgabe", anschaulich machen, warum „der Geist" eben nicht weht, wo er will.

d) Das morsche Gebälk der Ordinarienuniversität stürzte kaum berührt in sich zusammen. Dieser allzu leichte Erfolg hat der Studentenbewegung und der von ihr abhängigen Universitätsreform eher geschadet. Die Reformillusionen wucherten. Vielen Hochschullehrern ging es zunächst wie Hebbels Meister Anton: sie verstanden die Welt nicht mehr. Allein schon, daß sie nun meist mit ihrem Namen titelentblößt angesprochen wurden, verstörte sie in ihrer bis dahin nie zu legitimierenden Sicherheit als beamtenfeste Geisteselite.

Sie waren deswegen gar kein Partner, zunächst nicht einmal Gegner in der Reformauseinandersetzung. Sie präsentierten sich als sprachlose Intelligenz. Erst allmählich überzeugten sie sich, daß sie ihre Interessen zu organisieren hatten. Der „Bund der Freiheit der Wissenschaft", in seiner Westberliner Variante die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" sind Ausdruck dieser expliziten Ideologisierung der Hochschullehrer. Diese beiden Interessenverbände waren bildungspolitisch während der 70er Jahre überaus erfolgreich. Um der gefährdeten Privilegien der Hochschullehrer willen haben sie unter dem Ruf der Autonomie die staatlichen Instanzen soweit irgend möglich zur erfolgreichen Domestizierung der Studentenschaft herbeigerufen.

Studenten und in ihrem Gefolge Assistenten heimsten rasche (Schein-)Erfolge ein. Die Teilentrümpelung der Universität trug wenigstens zeitweise Spuren neuer Freiheit bis hinein in die Umgangsformen, die Arten, sich zu kleiden und sich anzureden. Früh aber verstrickten sich studentische und assistentielle Gruppen in den nicht endenden Wirrwarr der Hochschulgesetze. Eine innere und äußere Pseudopolitisierung der Universität griff Platz, deren habituelle Folgen heute noch zu spüren sind. Zu einer solchen konnte es umsomehr kommen, als der kaum verständige, nur der Unruhen halber besorgte, mehr und mehr zu den Professoren neigende Gesetzgeber sich dazu verstand, die Hochschulreform durch keuchhustenhaft produzierte Novellen zu Tode zu vergesetzlichen. Nicht einen Moment lang Ruhe konnte angesichts solcher Asthmatik eintreten. Schuf das erste Gesetz bestimmte Bedingungen der Mitbestimmung oder der Hochschulplanung, die es nun zu erproben galt, revidierte das nächste Gesetz diese Bedingungen wieder. Dadurch war es unmöglich, herauszufinden, ob die eine oder andere Bedingung für die angestrebten Ziele günstig oder ungünstig sich auswirke. Gleichfalls zeichneten sich die

nachfolgenden Gesetze nicht dadurch aus, daß sie erprobte negative Regelungen des vorhergehenden Rechtszustandes nun erfahren korrigiert hätten. Nein: die Gesetzgeber novellierten drauf los, von den jeweils stärksten Interessen, in zunehmenden Maße denen der reformscheuen Professoren, dazu gedrängt. Abgesehen von den Grenzen rechtlicher Regelbarkeit gerade im Rahmen der Universität und ihrer anstehenden Reform entbehrten die Gesetze jeder durchgehaltenen konkreten Vorstellung der Universität.

Dementsprechend fehlte es an einer adäquaten Komposition der gesetzlichen Bestimmungen. Da wurden einerseits zentrale universitäre Planungsinstanzen geschaffen, zur Forschungsplanung, zur Lehrplanung, zur Nachwuchsförderung, zur Entwicklung der Hochschule insgesamt. Diese Planungsinstanzen wurden jedoch nur mit zu geringen Mitteln installiert als Planungskönige ohne Land und Hand, es fehlten ihnen auch die entsprechenden Mittel- und Unterinstanzen. Außerdem wurden die herkömmlichen Lehr- und Forschungsformen unberührt belassen. Die Planungseinrichtungen verkümmerten. Am nachhaltigsten hat sich ausgewirkt, daß die Reform der sog. Lehrkörperstruktur, sprich des Verhältnisses der festbestallten Professoren zu den Assistenten, dem sog. Mittelbau, insgesamt und die Reform des Karrierewegs früh gescheitert sind. Zwar verloren die Ordinarien in unterschiedlichem Maße (am wenigsten in der Medizin) im Vergleich zu ihren positionell geringer gestellten Hochschullehrerkollegen an korporationsrechtlicher Macht. Sie wurden auch als staatlich finanzierte Grundherrn ihres institutionellen Besitzes weitgehend enteignet. Aber kaum war dieser Prozeß einer Vereinheitlichung der Hochschullehrer (sozusagen eines Reichsdeputationshauptschlusses auf dem Gebiet der Universität) im Gange, wurde er durch eine Reprivilegierung wieder aufgehalten. Die Karrieremuster und Karrierewege wurden mit Hilfe der Ausschreibung ein wenig rationalisiert. Erneut aber wurde jede gründliche Reform früh blockiert. An der Wiederentdeckung der Habilitation, deren Rationalität nur darin besteht, möglichst abgeschliffene Leute zu Hochschullehrern werden zu lassen, läßt sich diese Restauration im Reformprozeß symptomatisch ablesen. Am schlimmsten aber wirkt sich das aus, was man die Destruktion des Mittelbaus, insbesondere des herkömmlichen Zeitbeamten und Übergangsberufs des Assistenten, nennen könnte. Nachdem diese Assistenten kurze Zeit als Assistenzprofessoren aufgewertet worden waren, um endlich die Knecht-Herr-Dialektik des Karrierewegs zum Hochschullehrer zu beenden und sekundär die Ausbildung zu verbessern, sind sie nach einigen vorgängigen Abmagerungskuren neuerdings wieder abgeschafft worden. Nicht allein quantitativ haben sich die Chancen, Assistent zu werden und (potentiell) an der Hochschule zu verbleiben, drastisch verschlechtert (auch weil zu viele Lebenszeitstellen geschaffen worden

sind). Qualitativ hat sich die Situation so verschlechtert, daß die berühmt-berüchtigte "Rückgratszerbröselung" (E. Topisch) des Assistenten auf dem Weg zur C4-Professur institutionell normalisiert worden ist.

Das Mitbestimmungsgetöse hat die Kampfesstätte Hochschule während der 60er und 70er Jahre am meisten erfüllt. Bis hin zum Effekt der Gehörschäden. Fast keine der Gruppen hat hier nicht bewiesen, daß der Mangel an Augenmaß keine Sache der Position oder der politischen Richtung ist. Mit der aktiven Unterstützung des Gesetzgebers wurden die Quoten und die Quotenverschiebungen zum Streitgegenstand Numero 1 erhoben. Demokratische, der Wissenschaft durchaus angemessene, wie praktische Erwägungen blieben hierbei auf der Strecke. Zeitweise drohte das, was eine Gesäßschwielenuniversität genannt worden ist. Riesige, übereinander gestaffelte, mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattete Beratungs- und Entscheidungsgremien tagten und tagten. Als seien das Leben nicht kurz und die Kunst nicht lang. Der Effekt aus solcher Anti-Architektur von Komplexität konnte nicht ausbleiben. Die Selbstverwaltung der Hochschule wurde zu einem Beruf. Die Mitbestimmung, falsch angelegt, produzierte einen bürokratischen Effekt.

Des Rätsels weisen Schluß fand freilich zuerst das Bundesverfassungsgericht. 1973 erfand es eine geschichtlich selbst in der Hochscholastik unbekannte positionelle Begründung der Wahrheitsfähigkeit. Es urteilte seinerzeit, und dieses Urteil ist schließlich zum Anfang des Endes aller Mitbestimmung geworden, daß Hochschullehrer qua Position der Wahrheit näher stünden als Assistenten oder gar Studenten, von sonstigen wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Bediensteten zu schweigen. Also müßten sie in allen wahrheitsbegründeten Entscheidungen über eine Mehrheit an Stimmen, wenn nicht ein exklusives Stimmrecht verfügen. Juristischer Dezisionismus ist eben auch erkenntnistheoretisch praktikabel.

e) Nur erwähnt soll die reformblockierende Rolle des 1972 besonders gekürten „Radikalenerlasses" werden, der als Berufsverbot den Geist der Reform vollends aus der Universität hinausängstigte.

Die Summe der Universitätsreform: ein Fiasko. Der Zustand der Universität ist heute schlimmer als zu Zeiten der Ordinarien-Universität bis Mitte der 60er Jahre. Daraus erwächst letzterer freilich keine nachträgliche Rechtfertigung. Ihre unzureichende Form und die in ihr ausgebildeten Habitus der Hochschullehrer, des Standes, der über Grade und Grenzen jeder Universitätsreform schlechterdings entscheidet, haben sich, verdeckt durch den kurzen Sommer der Reform, als negativ prägekräftig erwiesen. Deswegen hatten neue Formen der Lehre und der Forschung von Anfang an keine Chance.

Neue Lehrformen - sie erschöpften sich weithin in veräußerlichtem didaktischem Geschwätz dafür abgestellter Fachdidaktiker. Neue Forschungsformen - man braucht sich nur Forschungsberichte der Universitäten oder der Förderungseinrichtungen à la DFG anzusehen, um ihre welke Gestalt unter manch neuschmissiger Terminologie zu entdecken.

Schuldige an dem Fiasko? Helmut Schelsky hat sie ressentimentvoll und klarsichtig in einem bei allen Gruppen, besondere aber bei der Kultusverwaltung, der politischen Seite, entdecken wollen. Ansonsten spielt jede Gruppe der anderen den schwarzen Peter zu. Die meisten Hochschullehrer sehen in der sog. Gruppenuniversität den Anfang und das Ende allen Übels. Wie war's an den Universitäten doch vordem nur mit Ordinarien so bequem. Die Äußerung des ärztlichen Direktors des Universitätsklinikums Steglitz, Helmut Kewitz, noch in jüngster Zeit ist dafür symptomatisch: „In Berlin ist es so gewesen, daß erst, nachdem die Politiker der Universität per Gesetz ‚reformierte Strukturen' übergestülpt hatten, die Kreativität und die Handlungsfähigkeit im wissenschaftlichen Betrieb eingeschränkt wurden ..." (8) Und ganz gewiß hat jede Gruppe wenn es überhaupt Sinn macht, so von Gruppen, als seien sie Einheiten, zu sprechen, erklecklichen Anteil daran, daß die Reform, kaum konzipiert, schon wieder blockiert worden und schließlich in die Brüche gegangen ist. Unbeschadet der Anteile in einzelnen neigen wir dazu, uns selbst und unseren Kollegen, den "Stand" der Hochschullehrer also, als Hauptadressaten der Kritik zu wählen und als Hauptversager in Sachen nötige, für den eigenen Beruf essentielle Reform anzusehen.

IV.

Konsequenzen:

1. Die Autonomie von Forschung und Lehre, wie sie auch Art. 5 Abs. 3 GG statuiert wird, wird meist als individuelles, den Professoren zukommendes Recht verstanden. Diese Verständnis widerspricht der Humboldt'schen Tradition eben so, wie es, um eine Feststellung von R.M. Lepsius vor bald 20 Jahren aufzugreifen, "sozial wirkungslos" bleibt. „Ihr einzige organisatorische Basis", so Lepsius 1969, "war bislang die Universität und in ihr die rechtlich herausgehobene Stellung des Ordinarius. Je mehr die korporative Selbständigkei der Universität geschwächt wird, umso mehr verliert auch die Autonomie der Wis-

senschaft an realer Wirkung. Die Freiheit der Forschung und Lehre wird zu einer Metapher, hat sie keinen Rückhalt in sozialen Gebilden, die in eine hochorganisierten Gesellschaft die einzige Chance faktische Einfluß- und Kontrollmacht darstellen." (9)

Die Autonomie der Universität, also nicht i.S. besondere persönlicher Privilegien verstanden, war schon immer stark täuschungsgegründet. Nicht allein fehlte jede Autarkie. Die sog. Autnomie wurde durch die institutionalisierte Staatstreue erkauft und halbiert zugleich. Es fehlten auch die inneren Vorkehrungen insbesondere entsprechende Formen der Rekrutierung, die die große Bestimmungsmacht der Institutsdirektoren hätte frei wahrnehmen lassen.

Dennoch darf der Spielraum, der der - paradox - staatstreu entpolitisierten Wissenschaft noch übrig blieb, nicht unterschätz werden. Zum einen schuf die Philosophie des Als-Ob, als sei die Wissenschaft "unpolitisch", Nischen, in denen gesellschaftskritische Wissenschaftler geschützt arbeiten konnten. Zum anderen ereignete sich in der „alten" Universität verhältnismäßig kleiner Größenordnungen eine Kultur intellektuell-elitärer Gelehrtengeselligkeit, deren schöpferische Wirkungen nicht zu unterschätzen sind. Diese Art der Geselligkeit einer merkwürdig distanzlos distanzierten Institution à la Ordinarienuniversität, die noch bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts, ja in Ausläufern bis in die sechziger galt, kann nicht wiederhergestellt werden.

Heute aber, unter erheblich anderen Umständen einer staatlich-ökonomisch dauergenutzten, in dieser Weise direkt funktionalisierten Wissenschaft, ist die alte und z.T. nützliche Philosophie des Als-Ob nur noch schädlich. Sie schützt nicht Freiheit der Wissenschaft, sondern allenfalls den freien Zugang unkontrollierter Interessen. Sie lebt von der Fiktion individueller Wissenschaftler-Verantwortlichkeit, einer Art Wissenschaftler-Pietismus, wie er heute bis zur Max-Planck-Gesellschaft vertreten wird. Schon angesichts der ökonomischen Abhängigkeit organisierter Forschung garantiert dieses Als-Ob die kollektive Unverantwortlichkeit.

2. Autonomie der Wissenschaft läßt sich nur begründen, wenn gezeigt werden kann, daß sie n u r in der F o r m der Autonomie eine spezifische Leistung zu vollbringen vermag. Das war der im Kern triftige Ansatz des Deutschen Idealismus.

„Nun nennt man das Vermögen", so schreibt Kant 1794, „nach Autonomie, d.i. frei (Prinzipien des Denkens überhaupt gemäß) zu urteilen, die Vernunft. Also wird die philosophische Fakultät darum, weil sie für die Wahrheit der Lehren, die sie aufnehmen oder auch nur einräumen soll, insofern als frei und

nur unter der Gesetzgebung der Vernunft, nicht der Regierung stehend, gedacht werden müssen." „... denn" - so führt Kant wenig später fort - "eben diese Anspruchslosigkeit, bloß frei zu sein, aber auch frei zu lassen, bloß die Wahrheit zum Vorteil jeder Wissenschaft auszumitteln und sie zum beliebigen Gebrauch der oberen Fakultäten (der herrschaftsabhängigen, direkt herrschaftsfunktionalen, d.Verf.) hinzustellen, muß sie der Regierung selbst als unverdächtig, ja als unentbehrlich empfehlen." (10)

Dieser unverstellte Bezug auf Wahrheit stiftet die hervorgehobene Einheit der Wissenschaft, die von Schiller, Schelling, Fichte u.a. verkündet, zum Gründungsgedanken der neueren deutschen Universität geworden ist. Einheit vor aller Spezialisierung, nein in aller Spezialisierung, als Alpha und Omega der Wissenschaft und ihres Fortschritts. Einheit, die sich entfaltet und entfaltete Teile, die in der Einheit wieder aufgehoben werden. Solcherart sollte Kants vierte Fakultät, Naturwissenschaften selbstverständlich mitumfassend, zum Kern der Universität werden. Berufsbildung, ja selbst Forschung als solche wurden eher als Randbezirke konzipiert.

Freilich, diese doppelte Autonomiebegründung, deren sozio-politische Voraussetzungen unzureichend "idealisch" abstrahierend bedacht und geschaffen worden sind, wurde von Anfang an nur ausnahmsweise durch die Wirklichkeit der Universität gerechtfertigt. Schon seit langem hat sie jegliche Gültigkeit verloren. Walter Jens hat am Beispiel der teilenden Schaffung der ersten naturwissenschaftlichen Fakultät an einer deutschen Hochschule in Tübingen 1963 die "dünnblütige Mikrologie" der Wissenschaften illustriert:

"Ein faszinierendes Schauspiel", so schildert er die universitären Auseinandersetzungen um die Angst der Anatomen, nicht genügend Leichen zu erhalten, „dieses Pro und Contra im Detail, dieses punktuelle Argumentieren, diese prägnante, oft geistreiche und witzige Beschreibung von Oberflächenphänomenen (...) diese Fähigkeit, das einzelne (aber nie in seiner Funktion im Rahmen des Ganzen erkannte) exakt und pointiert zu beleuchten und, auf der anderen Seite, das Unvermögen, die Totalität ins Blickfeld zu rücken, Sinnfragen zu stellen, die Aufgabe der Wissenschaft in einer Sozietät zu analysieren, die sich in rapidem Wandel befindet: Dieses Starren auf das „Was" und das Verschweigen des „Warum", die Fixierung an der Faktizität und der Mangel an Kritik, Skepsis und theoretischer Vernunft - das Fehlen an Selbstreflexion! Tausend Senatssitzungen und kein einziges Mal die Frage nach dem cui bono gestellt - die Frage, in wessen Diensten und zu wessen Nutzen man denn eigentlich Wissenschaft treibe: Um ihrer selbst willen? Um nicht hinter der Zeit zurückzubleiben? Um die Bedürfnisse der menschlichen Existenz zu erleichtern?" (11)

Ja, die Tübinger trieben's nur, wie es heute allseits geschieht. Wenn Fragen nach dem Zusammenhang und dem Zusammenhalt der Wissenschaft(en) gestellt werden, wie dies im Verlustgerede jeder medizinische Kongress tut, wie festansprachlich während der Heidelberger Sitzung der WRK 1986 aus gegebenen Anlaß geschehen, dann nicht um eine folgenreiche Selbstreflexion „Knowledge for What?" (R.S. Lynd) in Gang zu setzen. Hinter dem Gerede vom drohenden Verlust der Einheit, von der Notwendigkeit der Interdisziplinarität und der qualifizierten Generalisten wird nur verborgen, daß alles vernunftohnmächtig sich Spezialisierende so weitergeht wie seither.

„Hier gilt es nicht", so folgert Jens weiter, „eine Wirklichkeit, die nun einmal so ist, wie sie ist - heute so und morgen so (auf jeden Fall jedoch, dank des Fortschritts der Technik, in steter Entwicklung begriffen) -, infrage zu stellen, hier kommt es vielmehr darauf an, diese Realität, in deren Dienst - immer auf der Höhe der Zeit! - die Wissenschaft steht, so sachgerecht, so human und rational wie möglich zu akzentuieren; in einer Weise zum Beispiel, daß das Problem der Sterilisierung erbkranker Personen, das anno 1934 dem Rektoramt vorgelegt wird, als ein Fall erscheint, der so normal wie jeder andere ist: Ein Alltagsfall, zu dessen Lösung es lediglich der entsprechenden organisatorischen Maßnahmen bedürfe (...) Kein Wort über die Problematik der Sterilisierung! Kein Wort über den Aspekt "Arzt und Moral"! Kein Wort über die Frage einer möglichen Grenzziehung zwischen „krank" und „gesund". Prämissen werden nicht diskutiert; Grundsatzfragen passen nicht in den Senat das cui bono gehört ohnehin in die Domäne der Politik; wissenschaftstheoretische Erörterungen haben in der Universität nichts zu suchen - und politisch-soziale erst recht nicht!" (12)

Hanc illae lacrimae - heute mehr denn je, da allenfalls darüber räsonniert wird, wie die „Akzeptanz" der Technologie verbessert werden könne, sprich die Hinnahmebereitschaft der nicht diskutierten wissenschaftlich-technischen Folgen, die dann wieder wissenschaftlich-technisch behandelt werden können: Das Perpetuum mobile der fortschreitenden Selbstbeschäftigung. Der einseitige Fortschritt schmaler Wissenschaft wird von letzterer nicht bedacht. Nicht in Blick kommt deshalb, was Nitsch, Gerhardt, Offe und Preuss in der von ihnen verfaßten SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie" schon 1965 formuliert haben:

„Wenn 'das Tempo des Rationalisierungsprozesses ständig neue irrationale Felder produziert', wie Hans Paul Bahrdt sagt -, ist das nicht nur Ergebnis einer disproportionalen Entwicklung wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, sondern auch daraus zu erklären, daß rational-methodisches Denken nur als Instrument des Technisierungsprozesses gefördert, als Aufklärung über

gesellschaftliche Widersprüche und menschliche Möglichkeiten dagegen schnell in seine Schranken gewiesen wird". (13)

Unbeeindruckt von der technikkritischen Diskussion, die selten schon wissenschaftskritisch erweitert wird, marschiert die praktizierte Borniertheit folgenreich. Sie hastet geradezu voran. Statt die Methoden der Reflexion, der sozial folgenreichen Analyse mitzufördern, bleibt Wissenschaft fixiert auf „die Methoden der Weltbezwingung" (A.v. Harnack). Gewiß: Das Sprechen von "Synthese" kann gleichfalls sehr rasch, darauf machte schon Ernst Robert Curtius aufmerksam, zum wohlfeilen Geschwätz mißraten. Gewiß auch: Eine Einheitskonzeption der Wissenschaft Schelling'schen Allumfassungsflugs läßt sich nicht wiederbeleben. Und doch: Hier pocht die Aufgabe.

3. Die von den Wissenschaften mit hoher Geschwindigkeit befahrenen Einbahnstraßen und Sackgassen führten zum Verkehrschaos, wenn nicht diese Wissenschaften von „Geisterhand" gleich gerichtet zusammengehalten würden: Nicht von der Idee der Universität, durch Markt und Macht vielmehr.

Dieser höchst voraussetzungs- und folgenreichen Lust zur flitzend befahrenen Einbahnstraße in harter Konkurrenz entspricht der Verlust jeglicher Bildungsidee und entsprechend versuchter Praxis. Das erneut von Schelling hochgehängte Ziel kann gewiß nicht ersprungen werden:

„Nicht in der gegebenen und besonderen Form, die nur gelernt sein kann, sondern in eigentümlicher, selbstgebildeter den gegebenen Stoff reproduzieren, vollendet auch erst das Aufnehmen selbst". (14)

Dieses Ziel wäre heute anders zu formulieren. Dennoch aber versäumt die Universität gerade hier ihre ureigene, ja ihre durchaus zeitgemäße Aufgabe (wenn denn die Form der Demokratie und die Chancengleichheit aller Bürger, ihre Wirklichkeit zu begreifen, u.a. dazugehörten). Die restlose Fachidiotisierung ist Trumpf der gegenwärtigen Ausbildung. "Gesellschaftliche Relevanz", sprich einen möglicherweise geld-relevanten Beruf, erhält der Student allein, wenn er sich dem bis ins erste Semester scheuklappenfestzurrend durchschlagenden Prüfungsritual der Fächer unterwirft. Je fachidiotischer, desto besser. Und die Rangordnung der Fächer wird durch den Grad der Fachidiotie bestimmt.

4. Also ist die Universität als Station sozialer und technischer Dienste, wie sie Robert Paul Wolff beschrieben hat, Ideal und Wirklichkeit zugleich: die Multiversity.

„So viele Hoffnungen und Befürchtungen der amerikanischen Bürger beziehen sich heute auf das Erziehungssystem", schreibt Clark Kerr, „besonders aber auf die Universitäten: die Hoffnung auf ein langes Leben, die Hoffnung, den

außerirdischen Raum zu erobern, die Hoffnung, den Lebensstandard zu verbessern; gleichfalls die Befürchtungen, daß die Russen oder die Chinesen die Weltmacht übernehmen könnten; die Furcht vor der Bombe, der Ausrottung, des Verlusts eines individuellen Lebenssinns in einer sich wandelnden Welt. Aus all diesen Gründen ist die Universität u.a. zum Hauptinstrument nationaler Ziele geworden". (1963) (15)

Über 20 Jahre später formuliert der gegenwärtige Rektor der Universität Heidelberg, Gisbert Freiherr von Putlitz, nahezu wortgleich: „Die Erwartungen der Menschen in die Steigerung der Lebensqualität durch Forschung, vor allem naturwissenschaftlich-technische und medizinische Forschung, haben ständig zugenommen. Der Katalog der Wünsche umfaßt (es folgen nun Kerrs Katalog vergleichbare Wünsche)". (1984) (16)

Brave new university. R.P. Wolffs Feststellung ist fast nichts mehr hinzuzufügen:

„Es gibt keine sinnvolle Antwort auf die Frage: Wie sollte eine solche Multiuniversität organisiert werden? Allenfalls die kurze Erwiderung ist möglich: Sie sollte überhaupt nicht organisiert werden". (17)

V.

Eine Universität, die ihren Namen verdiente: Drängende Aufgaben ohne Antworten

Eine neue „Idee" der Universität, die sie instand setzte, angemessen zu antworten, läßt sich nicht einfach ‚küren'. Als müsse man sich nur ein wenig Mühe geben und sich nachdenklich-phantasievoll hinsetzen und das Gedachte dann zu Papier bringen. Den „mutigen Glauben" (Schiller), den die Neuhumanisten in den Vernunft-Fortschritt setzen, den sie auf die Bildung des „Werde, der du bist" (Goethe) legen konnten, hat uns die Dialektik der Aufklärung geraubt. Dennoch muß versucht werden, eine Sinnbestimmung der Universität, wenn noch eine zu finden ist, von den heute und morgen gestellten Aufgaben her zu versuchen. Ist dieser „Sinn" ausgemacht, ist daran zu gehen, die institutionellen Übersetzungsregeln, erfahren durch Organisations- und Bürokratiegeschichte, aufzustellen.

Die Aufgabe, die Aufgaben angemessen zu begreifen, ist schon schwierig. Stellten sie sich einfach, klar und deutlich, dann müßten sie nicht erst formuliert

werden. Es muß sich offenbar um Aufgaben handeln, die höchst real gestellt sind, als Probleme (proballein = vorwerfen, Problem = das zur Lösung Vorgeworfene). Zugleich aber ergeben sich die Aufgaben in ihren Eigenarten (und damit auch implizit in der Art ihrer Lösung) nur, wenn der Horizont der Gegenwart überstiegen wird, wenn eine Vorstellung dessen, was bedroht ist und was gesellschaftlichen Sinn vermitteln könnte, immer schon vorhanden ist. Wir können also diese Aufgaben nicht in schierer Objektivität erkennen. Wir können sie nur wahrnehmen, wenn wir das, was uns, die Gesellschaft, die Universität bedroht, in all unserer Subjektivität riskieren. In diesem Sinne sind die Aufgaben zeitgemäß und unzeitgemäß zugleich höchst reell. Und doch übersteigen sie diese Gesellschaft und diese Universität. Darin liegen die Schwierigkeiten; darin eröffnen sich die Chancen. Darum auch ist Erinnerung an frühere „Ideen" so wichtig. Darum ist die immer erneute Erfahrung kontrafaktischen, sprich nicht erwarteten oder erwartbaren Verhaltens von Studentinnen und Studenten so ausschlaggebend.

Wenn dieses Unerwartete, Unerwartbare, nicht fort und fort trotz allen gegenteiligen hermetischen Einsichten geschähe, uns bliebe selbst diese Wortmeldung im Halse stecken.

1. Wissenschaft, Markt (anhebende, sich ausbreitende kapitalistisch-industrielle Ökonomie) und Herrschaft bildeten von allem modernen Anfang an einen Zusammenhang. Daß derselbe nicht nur äußerlich besteht, demonstrieren - weniger in aseptischer Sprache gehaltene als später - die erkenntnistheoretisch-methodologischen Überlegungen und Funktionsangaben der Begründer moderner Wissenschaft Bacon und Descartes. Kennzeichnend ist nicht allein die Subjekt-Objekt-Spaltung (wobei das erkennende Subjekt abstrakt gesetzt und nicht als historisch-soziales Wesen betrachtet wird). Typisch ist vielmehr die Allobjektivierung der „Welt", verbunden mit der Absicht, diese Objekte erkennend zu unterwerfen, sezierend zu analysieren, die identifizierten Teile zu rekombinieren, ja neue Objekte zu schaffen. Darum auch der frühe Traum vom Automaten oder die cartesische Voraussage, Krankheit werde, folge man nur „seiner" Wissenschaft, abschaffbar werden.

War die Beziehung Wissenschaft-Markt-Herrschaft lange Zeit bis tief ins 19. Jahrhundert immerhin weitgehend sehr lose und oft sehr prekär gewesen, so hat sie heute fast einen Gleichschaltungscharakter erhalten:

- Eine Gesellschaft, die vom laissez-innover (John McDermott) lebt, muß Wissenschaft als dessen Voraussetzung systematisch planen und darf ihr keine allzu großen Freiheiten gewährleisten.

- Wenn die Hauptart aller (gesellschaftlichen) Problemlösung darin besteht, soziale Probleme als technische umzudefinieren und soziale Folgen technologischer Lösungen zu privatisieren oder erneut dem technologischen Lösungsmuster zu unterwerfen, dann bedarf es erneut und allseits der Probleme identifizierenden und der Lösungen konstruierenden Wissenschaft.

2. Selbst im Umfang kleine Forschung ist auf Großforschung angelegt. Selbst in der Absicht nicht problemlösend vermittelte Forschung, sog. Grundlagenforschung, ist schon in den Bedingungen ihrer Möglichkeit auf die (groß)technologische Entwicklung, etwa die entsprechenden Meßgeräte, angewiesen. Forschungsorganisation wird nicht allein regional und gesamtstaatlich zur dauernden politischen Aufgabe (ob sog. Grundlagenforschung gemeint ist, oder sog. anwendungsbezogene oder schon in der Anwendung geschehende Forschung). Forschungsorganisation hat sich wie Forschung selbst und parallel dazu ökonomische Konkurrenz und politisches Einflußstreben längst internationalisiert. Der Weltforschungsmarkt und der europäische Forschungsmarkt bestimmen im wesentlichen mit, was im bundesdeutschen und schließlich, was in der Universität X oder Y geschieht.

3. Der enge Zusammenhang Ökonomie, Herrschaft, Wissenschaft gilt selbstverständlich nicht nur in einer Richtung. Ökonomie und Herrschaft werden verwissenschaftlicht, wenngleich nicht in der Weise, wie es die interessierten und isolierten Prognosen des "Technischen Staats" oder der wissenschaftlichen Krisenbewältigung wahrhaben wollten. Diesen Prognostikern gemäß bestünden nur noch unpolitische Sachzwänge und nicht allein in der Tat oft schwer korrigierbare Geschehensabläufe, solange die Prämissen derselben nicht infrage gestellt werden.

Wichtiger noch aber als diese Rückkoppelung zwischen Wissenschaft, Ökonomie und Herrschaft bis in die innersten Begriffe und Prozesse der Wissenschaft hinein ist der Sachverhalt, daß instrumentalisierte Wissenschaft ihrerseits zum Problem wird (Wissenschaft "instrumentellerer Vernunft", Horkheimer). Sie löst nicht nur Probleme, sie transformiert sich in der Eigenart ihrer Herangehensweise selbst zu einem, ja bald zu dem Problem gegenwärtiger Gesellschaft überhaupt. Statt einen vereinheitlichenden Blick zu ermöglichen, bietet sie Vielheit (Disparatheit). Ja sie schreitet fort in dem, was geradezu als Extremismus der Spezialisierung bezeichnet werden könnte. Die „Rache" und die „Tücke der Objekte" (F.Th. Vischer), die dieser Spezialisierung unterworfen worden sind, wird gegenwärtig von der ökologischen Diskussion aufgebracht. Sie spart allerdings die „Tücke" und die „Rache" „sozialer" Objekte - in dieser Hinsicht durchgehend natur-wissenschaftlich „natürlich" fixiert - weitgehend aus.

Angesichts dieser arbeitsteiligen Spezialisierung und ihrer Eigenart - es ist ja nicht die Spezialisierung allein, sondern es ist der Modus des Identifizierens, des Isolierens, des Ersetzens und des Rekombinierens en detail - wird die Reflexionslücke offenkundig. Anders als zu Zeiten der unaufgeteilten Aufklärung wird der Kern des Wissenschaftsbegriffs gerade unter dem Aspekt vernünftiger Aufklärung fragwürdig. Und somit werden die Institutionen, die der Wissenschaft dienen, zweifelhaft, die Universität insbesondere. Das ambivalent zweifelhafte "Projekt der Moderne" (Habermas) könnte nur dann der Chance nach gerettet werden, wenn Begriff und Praxis „der Moderne" selbst der Kritik unterzogen würden.

4. Wenn der Wahrheitsfond der Wissenschaft durch ihre Militarisierung und ihre Ökonomisierung aufgebraucht, genauer: ersetzt wird, wenn die gesellschaftliche Rationalität wissenschaftsbewirkt steigt und schwindet in einem, dann ist der Frage nicht mehr auszuweichen: 'Gibt es einen „vernünftigen" Ersatz'. Alle Arten von spiritischen Varianten sind nur als Fluchtgebärden verständlich. Anders gesprochen: Ist - eine Formulierung Vicos aufgreifend - eine Neue Wissenschaft vorstellbar?

Selbst die vorherrschenden Interessen könnten an einer solchen Wissenschaft immerhin das von Kant schon gutgläubigerweise unterstellte Zusatzinteresse haben, zu vermeiden, dauernd in die selbst (wissenschaftlich) gelegten Tretminen ('Tret'-Raketen, Kernkraftwerke u.ä.m.) hineinzurennen (mit oft nicht kalkulablen Kosten und der Gefahr der Irreparabilität). Die herkömmliche und noch geltende Kombination aus Wissenschaft und Politik ist beiderseits nicht mehr möglich: Die Kombination zwischen „sachbezogener" Expertise hier und politischer Dezision dort. Sowohl Wissenschaft als auch Politik sind hierbei überfordert. Dementsprechend resultiert aus der überholten Kombination eine doppelte Unverantwortlichkeit. Die durch eine gesellschaftsneutrale wissenschaftliche Ethik ideologisierten Expertisen werden durchs politische System populistisch legitimiert. Beide Hände wissen, was sie tun und wissen es nicht. Eine politisch unabdingbare Synthesis fehlt ebenso wie ein entsprechendes „Science Assessment". An deren Stellen treten unaufgedeckte (pseudo) Politisierungen von Wissenschaft.

5. Das Motiv angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung der Wissenschaft, dieselbe als ein gesellschaftliches Ereignis wahrzunehmen und in diesem Sinne rational zu politisieren, verschlingt sich mit einem demokratietheoretischen, einem demokratiepraktischen. Selbst die Vertreter der sog. empirischen oder realistischen Demokratietheorie, welchletztere ihrerseits die Grundlage der repräsentativen Demokratie herrschenden Musters darstellt, gehen von folgenden Prämissen aus:

- daß die Bürger die Fähigkeit besitzen, ihre eigenen Interessen zu kalkulieren;

- daß die Aggregierung der individuellen Interessen im konkurrierenden Parteienwechsel eine höhere Rationalität erlaube.

Diese „Logik kollektiven Handelns" (M. Olsen) versagt aber angesichts der (wie immer begründeten) Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer enorm gewachsenen abstrakten Vollzüge. Deswegen kommt es in aller Regel nur noch zu einer Reduktion solcher Komplexität mit Hilfe mehr oder minder wohlverpaßter Vorurteile. Die schon zuvor vulgär-materialistisch geschmälerten privaten Interessen der Bürger als Privatleute erlauben aber kein politisches Kalkül, das eine entsprechend aufgeklärte Delegation der Verantwortung an politische Repräsentanten ermöglichte. Die Konkurrenz der Parteieliten wird folgerichtig zu einer Konkurrenz um den besten Vorurteils-"Appeal" und um die Fähigkeit, die unaufgeklärten, nicht „durchblickenden" Bürger zu dem zu veranlassen, was man die projektive Identifikation mit irgendwelchen Führerfiguren (oder Leitformeln) genannt hat. Politik entbehrt selbst im eingeschränkten repräsentativ-demokratischen Sinne notwendig jeder Rationalität, die über den Tag hinaus wiese oder das enge Interessenkalkül überwinden lassen könnte. Sie ist Gefangene des status quo minus.

Chancen der eingeschränkten Form der Demokratie, die mehr bedeutete als einen symbolischen Gebrauch demokratischer Formen, mehr noch Chancen einer in ihrer Rationalität gesteigerten zukunftsgerichteten Politik, bestehen u.a. nur dann, wenn die Bürgerfähigkeit zur Politik gesteigert wird. Erste aller Voraussetzungen aber ist die gesteigerte Fähigkeit zur Erkenntnis „der" Wirklichkeit.

6. Arbeitslosigkeit ist kein nur akutes Problem, ausgesetzt den konjunkturellen Wellenbewegungen. Arbeitslosigkeit ist gerade infolge des Einflusses von Wissenschaft und Technik ein strukturelles Problem. Ist es aber zulässig, das Ausmaß und die Art der Ausbildung je nach Arbeitsmarktsituation zu verschieben? Was wird dann aus der grundrechtsbestimmten Forderung: Bildung ist Bürgerrecht?

Mit einer Entkoppelung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt ist es nicht getan. Gewiß: Ausbildung muß gravierend verändert werden, wenn der Berufsbezug gelockert wird. Und diese Veränderung ist in jedem Falle vonnöten. Jedoch: Darf die Bestimmung der Arbeit quantitativ und qualitativ dem Arbeitsmarkt und seiner ökonomisch-etatistischen Dynamik überlassen werden? Die Frage stellen heißt, sie zu verneinen. Wie wäre es, wenn ein erneuertes Bildungssystem mitbestimmte, was es mit den Berufen und ihren

Anforderungen auf sich haben solle? Im übrigen kann die Universität neue Studiengänge, die gegenwärtig schon geplant werden, wie sog. Seniorenstudiengänge, nur dann verantworten, wenn Arbeitsbegriff und Arbeitsmöglichkeiten neu konzipiert werden. Anders gäbe sie sich ein weiteres Mal mehr her als gesellschaftlicher Verschiebe- und Verdrängungsbahnhof.

7. Die wissenschaftliche Selbstreflexion nicht zuletzt i.S. der politischen Bedeutung von Wissenschaft ist gerade dann vonnöten, wenn der Begriff (wissenschaftlicher) Wahrheit nicht achtlos beiseitegelegt und pseudoskeptisch ironisiert wird. Diese Reflexion muß den sozialen Bedingungen von Wissenschaft gelten. Endlich ist einzulösen, daß Wissenschaft zu treiben nichts anderes darstellt, als einer (geschichtlich besonderen) eigenartigen sozialen Tätigkeit nachzugehen. Diese Reflexion ist vor allem auf das Problem zu richten, wie gesellschaftliche Synthesis kognitiv-analytisch, syneidetisch-moralisch und organisatorisch-politisch geleistet werden könnte. Die heutigen (Ersatz-)Formen gesellschaftlicher Synthetis nach dem schon von Max Weber diagnostizierten vorherrschenden Modus der Bürokratie mitsamt ihren technischen Ergänzungen enthalten das Maß an sozial abgelöster Eigendynamik, das E.P. Thompson im Hinblick auf die Rüstungsentwicklung vor dem „exterminism" warnen machte, und das jedem „Prinzip Verantwortung" (Hans Jonas) entgegensteht.

Kant unterstellte das Interesse etablierter Herrschaft an wahrheitsfähiger, kritisch bissiger Wissenschaft insgeheim mit funktionalen Argumenten. Aufgeklärte Herrschaft bedürfe der Unruhe problementdeckender, neue Lösungen heckender Wissenschaft. Freilich: Kant nahm an, daß diese Wissenschaft für die Herrschenden schon deswegen tolerabel sei, weil das "Volk" ihre Kritik ja ohnehin nicht verstünde (und auch nicht verstehen solle).

Genau diese Beruhigung ist heute nicht mehr möglich. Wollte Wissenschaft ihr entsprechen, dann versäumte sie die Aufgabe, die sie u.a. zu übernehmen hat. Schön wäre es im übrigen, man könnte sich funktionalistisch beruhigen. Weil Bedarf nach einer neuen Wissenschaft bestehe, werde sich derselbe auch über kurz oder lang durchsetzen. Eine solche Beruhigung ist nicht möglich. Sie ist nicht tunlich. Nachweislich ist allerdings, um zum Begriff der Aufgaben zurückzukehren, daß eine vernünftig aufgeklärte Gesellschaft und ihre Politik mehr denn je einer neuen Wissenschaft bedürfen, die aus der Geschichte ihrer verengten Aufklärung gelernt hätte.

VI.

Konturen einer Hochschule in der Demokratie, und das heißt zugleich Horizonte einer demokratischen Hochschule

Noch einmal sei eine Selbstverständlichkeit hervorgehoben. Eine isolierte Reform der Hochschule ist nicht möglich. Insofern war es 1969 ein glücklicher Umstand, daß die Universitätsreform Teil der „Inneren Reformen" sein sollte. Nur: Diese regierungsfrohgemut angekündigten Reformen fanden nicht statt. Der Hochschulreform ging es rasch ebenso. Sie versackte und schlug ins Gegenteil um.

Dennoch beschränken sich die folgenden Überlegungen auf die Universität. In Maßen sind auch bereichsspezifische Reformen möglich. Außerdem kann man sich auch in großspurigen Zusammenhangsaussagen verlieren. Konturen einer Universität, die den skizzierten Einsichten und Forderungen zu genügen vermöchte, sollen markiert werden. Ein Rezept wird nicht formuliert. Möglich wäre es zwar durchaus, eine Art "System der Wissenschaft und ihrer angemessenen Organisation" detailliert auszuführen. Selten dürfte, abstrakt gesprochen, eine so günstige Situation potentieller Erfahrungen gegeben gewesen sein wie im Hinblick auf die Universität, ihre Mängel, ihre Möglich- und ihre Nötigkeiten. Ein zwanzigjähriger Zeitraum, angefüllt mit einer Fülle von Experimenten aller Art; Ausbau, Umbau, Neugründungen. Und dies nicht nur innerhalb der Bundesrepublik, sondern auch im internationalen Rahmen. Welch eine Müllhalde, die zum Fundus von Erfahrung geordnet und abgelagert werden könnte. Welch eine Chance, zu demonstrieren, daß auch Institutionen lernen können. Doch müßte ein solcher Versuch ohne ausmachbaren Adressaten, ohne die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Umhof der Reform genauer zu bestimmen, im schlechten Sinne utopisch ausfallen. Als platzierte man ein Gebäude ins Niemandsland, schlimmer noch, in die Luft, ohne die Voraussetzungen des Schwebens zu kennen und zu benennen.

Der Ausblick konzentriert sich also auf einige Probleme, deren Lösungsrichtung knapp erörtert wird. Drei Annahmen leiten ihn:

Zum ersten wird unterstellt, daß das Reformdilemma vor allem darin besteht, daß kein Träger einer Reform analytisch nüchtern ausgemacht werden kann. Es lassen sich vielmehr angesichts der gegenwärtigen Umstände und Interessen gute Gründe dafür angeben, warum die Professoren vor allem ihren

Privatinteressen nachgehen, die Studenten je nach Fach kanalisiert oder abgedrängt werden, und die ökonomisch-politisch geballten Interessen außerhalb der Universität nichts dagegen haben, Forschung ausverlagernd an sich heranzuziehen und die Bildungseinrichtungen als aussortierendes Leistungstrimmdich zu erhalten.

Zum zweiten wird behauptet, daß Reform nur im erinnernden Rückgriff auf den Ansatz der neuhumanistischen Universitätsgründung akzeptabel ist. Angesichts der qualitativ anderen Probleme und des gleichfalls qualitativ anderen gesellschaftlichen Kontextes bedeutet solches erinnernde Wiederaufnehmen allerdings, daß die Ziele gründlich neu gefaßt und vor allem völlig anders organisiert werden müssen.

Zum dritten aber ist - „objektiv" betrachtet - die Universität geradezu von neualten Aufgaben hechelnd umlagert (vgl. V). Aus diesen Anforderungen erwächst kein Zwang zu entsprechenden Antworten. Wohl aber halten wir es für angezeigt, denselben wenigstens Wort zu verleihen.

Diese drei Annahmen zeigen das ganze Ausmaß von Schwierigkeiten an, denen sich reformerische Erwägungen und Postulate gegenübersehen. Zwei Unwahrscheinlichkeiten werden miteinander kombiniert. Die Unwahrscheinlichkeit der Reform i.S. eines erwartbaren sozialen Trägers zum einen. Zum anderen die Unwahrscheinlichkeit einer Universitätskonzeption, die der herrschenden Wissenschafts-, auch Wirtschafts- und Technologiedynamik und ihren Motoren zuwiderläuft. Dem utopischen Charakter des folgenden Räsonnements ist also nicht zu entfliehen. Vermeidbar ist aber alles illusionsheckende Wunschdenken ebenso wie die enttäuschte realpolitische Verwässerung notwendiger Reformen, in dem deren Anforderungsprofil auf den status quo nivelliert würde. Gerade das darf um des aufklärerisch- demokratischen Anspruchs willen nicht geschehen.

1. Im Zentrum stehen die Forderung nach "Einheit" der Wissenschaft und das Faktum fort- und fortschreitender Ausdifferenzierung und Entkoppelung.

Was aber heißt "Einheit" der Wissenschaft(en) und warum könnte es mehr denn je erforderlich sein, sie aufrechtzuerhalten? Offenkundig läßt sich eine solche neue „Einheit" nicht mehr deutsch-idealistisch und neuhumanistisch begründen. Gemäß geradezu neo-aristotelisch unterstellten Einheitsannahmen: der Einheit der Wissenschaft in der Substanz; der Einheit der Wissenschaft in der Person, dem Wissenschaftler; und schließlich der Einheit der Wissenschaft am Ort, der Universität nämlich. Selbst die abgebrauchte Scheidemünze der Gegenwart, die viel verheißende und viel verlangte "Interdisziplinarität", scheint

in den Bedingungen ihrer Möglichkeiten meist auf die Annahme begründet, es gebe so etwas wie ein gemeinsames Interesse, und es gäbe so etwas wie ein gemeinsam erreichbares Ziel, herkömmlich genannt, die Wahrheit.

Diese „Einheit" läßt sich weder substantiell noch statisch fassen. Die zuletzt genannte Qualität schlägt noch im Reden von „Interdisziplinarität" durch. Meist wird hierbei unterstellt, daß es nur darauf ankomme, die Fachschranken ein wenig herunterzulassen oder unterschiedlich ausgebildete Wissenschaftler an einem Gegenstand arbeiten zu lassen und schon werde sich Interdisziplinarität ereignen. Daß sie dies notorisch nicht tut, müßte die interdisziplinär viel Redenden dazu veranlassen, die Mängel nicht in fehlendem Willen einzelner Wissenschaftler zu orten und deren Überwindung in einigen verstärkten materiellen Anreizen zu erhoffen.

Wenn heute an Einheit als wissenschaftlicher Bezugsnorm festgehalten wird, dann läßt sich solches Festhalten nur funktional begründen. Wissenschaft soll dazu dienen, die Welterklärung und die Lebensbewältigung des Menschen zu verbessern. Diese Funktionsbestimmung bedarf aber einer notwendigen Ergänzung, die die Einheitsforderung erst praktisch und konkret werden läßt. Die Erfordernisse der Welterklärung und der Lebensbewältigung gelten jeweils für prinzipiell alle Mitglieder einer Gesellschaft (oder der Welt, die wissenschaftlich bestritten wird). Das heißt aber, daß Wissenschaft darin ihre Qualität findet, daß sie nicht nur immer kleiner ausgewählte Objekte zu durchdringen vermag, sondern daß sie ihre Erkenntnisse gleicherweise bündelnd rückvermitteln kann. Im Bereich einer Wissenschaft, im Bereich aller Wissenschaften. Das, was wissenschaftliche Erkenntnis jeweils individuell und sozial bedeutet, wird erst durch diesen unabdingbaren, fortdauernden Rückvermittlungsprozeß prinzipiell für alle aufgedeckt. Ja mehr noch: Indem wissenschaftliche Prozesse welcher feinsinnigen, tiefdringenden Art auch immer von vornherein an Selbstverständigungsprozesse zurückgebunden werden, wird das die neuzeitliche Wissenschaftsentwicklung kennzeichnende Auseinanderreißen von Subjekt (als einem a-sozialen „Ich denke") und Objekt (als einem schlechterdings unterworfenen Gegenstand anorganischer, organischer oder auch human-sozialer Art) nicht einfach überwunden, jedoch der Richtung nach aufgehoben.

Wird „Einheit" solcherart gefaßt, versteht es sich von selbst, daß sie eben nicht vorausgesetzt oder durch bloßes Zusammenlegen einiger Disziplinen erreicht werden kann. Solche Einheit, solche erkennend-handelnde Weltdurchdringung für mich, für uns, für alle hier und heute Lebenden ist nur im dauernden Prozeß des Scheidens und Zusammensehens, des Lösens und des Rückbindens

zu erreichen. Dieser Prozeß des Zusammensehens und Zusammensetzens ist durch die Art der Wissenschaft und ihrer Organisation in einer Gesellschaft zu gewährleisten. Das Prozeßverständnis macht auch den historischen Charakter solcher Wissenschaft und ihrer Einheit deutlich.

Die Antwort auf die Frage, warum soll solche Einheitlichkeit in schwierigem Prozeß dauernd herzustellen versucht werden, ergibt sich nun schon weitgehend aus diesem notdürftigen Versuch, die „Einheit", die wir meinen, knapp zu qualifizieren. Notwendig ist solche Einheit i.S. der fortdauernd reflektierten, lernend zurückgebundenen Vereinheitlichung (das ist also alles andere als Reduktion), weil nur so die Dynamik einer Wissenschaftsentwicklung brems-, ja umkehrbar ist, deren Effekte gegenwärtig und zukünftig sozial nicht mehr verdaut oder nur um den Preis einer vollkommenen Fremdbestimmung hingenommen werden können. So gesehen, würde die Universität zum sozialen Ort, der die Differenzierungs- und die Synthetisierungsprozesse zu gewährleisten hätte. Sie schüfe lehrend-lernend die Voraussetzung dafür, daß die „wissenschaftliche Zivilisation" der Gesellschaft und ihren Mitgliedern nicht wegrutscht, sondern ihnen verständig zugänglich und zuhanden bleibt, genauer erst wird.

2. Die erste Probe aufs Exempel „Einheit" i.S. der Fähigkeit zur Zusammensicht, zur Perspektive, zur Einsicht haben die Lehr- und Lernprozesse zu leisten. Die Forderung nach "Vereinheitlichung" oder, wie zutreffeder zu formulieren ist, nach Synthesis und Syneidesis, Zusammensetzung und Zusammensicht, bliebe leer und abstrakt, wenn sie sich nicht in den Bildungsprozessen niederschlüge. Diese schaffen die Voraussetzungen.

Angesichts des Zustands der Wissenschaften, der sich nicht willkürlich beseitigen läßt, bleibt für die Universität, die auf anderer Stufe eine solche erneut werden will, nur ein radikaler Schnitt zu den konventionell gepflogenen Lehr-Lernübungen. Denn gegenwärtig wird die Universität von den Fachschulen zerrissen und vor allem deswegen zur Multiversität. Außerdem sind diese Fachschulen für Medizin oder Jurisprudenz, für Ökonomie oder Psychologie, für Pharmazie oder Chemie von außen definiert. Von der Ausbildung nicht in Frage gestellte Berufs- und Prüfungsanforderungen gängeln das Studium und geben ihm seinen Inhalt.

Als erste Konsequenz müßte deshalb die heutige Universität eindeutiger als zu Zeiten der Humboldt-Gründung die Fachbildung aus dem ureigenen Bereich der Universität auslagern. Sie müßte versuchen, ein eigenes universitäres Ausbildungszentrum zu errichten. Um dasselbe mögen Fachhochschulen gruppiert sein. Die Fachhochschule für Medizin, für Jurisprudenz, für Lehrerbil-

dung u.ä.m. Ausschlaggebend aber ist, daß die von der Universität exklusiv bestimmte Lehre und entsprechende Lernprozesse ihren unabhängigen Kern bilden. Um neue Formen und Inhalte der Lehre gewinnen zu können, sind folgende zusätzlichen Erwägungen angezeigt:

a) Sinnvoll dürfte es sein, Schule und Hochschule in neuer Weise zu verklammern. Die zwei, wenn nicht drei letzten Jahre der Schule werden den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Schüler meist noch weniger gerecht als die vorhergehenden. Nicht ohne Grund wird seit Jahrzehnten mit der gymnasialen Oberstufe ähnlich kurzatmig experimentiert, wie dies für Teile der Hochschule gegolten hat. Die letzten zwei Jahre der Schule und die ersten beiden des seitherig konventionellen Fachstudiums könnten zu einem neuen Universitätsstudium zusammengeschlossen werden. Dadurch wäre wichtige Zeit gewonnen, und das nach fünfjährigem Übergang je nach Wahl anschließende Fachstudium könnte spätestens mit 21 Jahren begonnen werden.

b) Das neue Universitätsstudium hätte die nicht zuletzt negativen Erfahrungen des in immer neuen Ansätzen unternommenen und meist kläglich gescheiterten studium generale zu nützen. Die gewonnene Zeit würde vergeben, würde nun ein beliebiges Drauflosstudieren befördert und ein Jahrmarkt interessanter Studienangebote feilgeboten. Gerade aus dem Scheitern des studium generale kann gelernt werden, daß die Fähigkeit, Zusammenhänge wahrzunehmen und in Zusammenhängen zu denken, nicht dadurch vermittelt wird, daß allgemeine philosophische und soziale Probleme und Fragen abgehoben von besonderen Problemen und Fertigkeiten getauscht werden. Antworten sind dann, Fontane zufolge, in der Tat nur wie „Meeresrauschen". Um zum Verstehen „der" „Wirklichkeit" beizutragen, ist es vielmehr erforderlich, zum einen ein Kerncurriculum anzubieten, das alle durchlaufen müssen. Zum anderen aber sind fachbezogene Studiengänge vorzusehen. Diese müssen allerdings ineins mit dem Kerncurriculum, das in sie einzubeziehen ist, gänzlich anders aussehen als die seitherigen Studiengänge, vom Prüfungsdeckel und den beruflichen Anforderungen weithin dirigiert. Mit anderen Worten: das, was Hermann Heimpel als Lernerfahrung aus dem gescheiterten studium generale gezogen hat, konzentrisch angelegte Bildungsgänge, ist endlich in Angriff zu nehmen.

c) Solche neuen Studiengänge bedürfen selbstverständlich einer ungewohnten Intensität der Lehre und einer entsprechenden Konzentration darauf. Gerade wenn jedes Studium eines fachlichen Kerns bedarf, ist ein Doppeltes zu gewährleisten. Zum einen, daß das Fachstudium nicht in sich zerfällt, wie dies heute der Fall ist: In Empirie, Theorie, Methode, Experiment, in Fachsegment

und Fachsegment - kurz - in einen Schaschlik, zusammengehalten meist nur durch den Spieß der Prüfung und der als einziger Disziplin verbleibender Paukerei. Zum anderen aber ist das Fach, ja gerade um „Fach" sein zu können und nicht zur abgesonderten Wirklichkeitssicht und Wirklichkeitsbeherrschung heutiger Art zu „denaturieren", über sich hinauszutreiben. Das heißt: Es ist während des Studiums, in seiner Eigenart, in seinen Voraussetzungen und seinen weiteren Zusammenhängen als seiner eigenen "Notwendigkeit" einsichtig zu machen. Dazu aber sind neue Lehr-Lernformen vonnöten, die zum guten Teil erst ausprobiert werden müßten. Blockkurse und Teamteaching, Praktika verbunden mit theoretischer Aufarbeitung, gleichzeitige Lehre von Theorie, Empirie und Methode einschließlich politischer Reflexionen usw. usf. Lehre könnte dann nicht mehr als Privatangelegenheit der Lehrenden verstanden werden. Seminarkonzepte müßten vorweg diskutiert und miteinander verbunden werden .... Lehre müßte in dieser Zeit zum Hauptberuf werden. Die Einheit von Forschung und Lehre, die ohnehin nur noch der Selbst- und Fremdtäuschung in der Regel zuungunsten der Lehre dient, könnte durch „Hintereinanderschaltung" anders hergestellt werden. Lehrjahren folgten Forschungsjahre.

d) Nur angeritzt werden soll der Gedanke, daß während des fünfjährigen universitären Studiums ein Jahr heteronomer Praxis in einem sozialarbeiterlichen Berufsfeld vorzusehen und ins Studium zu integrieren ist.

e) Das Universitätsstudium neuer Art ist nicht berufsbezogen. Es verlangt zwar Arbeiten etwa entsprechend herkömmlichen Diplom- oder Magisterarbeiten am Schluß, aber es wird nicht durch eine Prüfungskeule am Ende überschattet und (pseudo-)strukturiert. Nach diesem Universitätsstudium, das so weit zu öffnen ist wie irgend möglich - Bildung ist Bürgerrecht - kann ein Fachstudium aufgenommen bzw. in anderer, nun berufsbezogener Form fortgesetzt werden. Die Fachhochschulen sind im Kontext der Universität zu installieren. Für die einzelnen Fächer ist eine gründliche Revision von Ausbildung und Prüfung (in Form und Inhalt) vonnöten, um das Universitätsstudium fortwirken zu lassen. Die fachspezifisch unterschiedliche Aufgabe Universität und Fachhochschulen (neuen Typs) in Distanz, in unterschiedlicher Akzentsetzung und im Zusammenhang zu organisieren, ist beträchtlich.

3. Forschung findet innerhalb und außerhalb der Universität hochgradig disziplinär aufgesplittert statt. In den einzelnen Spezialbereichen, an der „Front" der Gentechnologie z.B. und ihrer einzelnen Sparten, gibt es weltweite Konkurrenz und Zusammenarbeit. Interdisziplinarität, ja nur Kooperation innerhalb einzelner Fächer am universitären Ort (oder anderen Orts) sind rar; sie ereignen sich als Ausnahmen ohne Regelfolgen.

Dennoch, die zweite entscheidende Probe aufs Exempel, Zusammensicht und reflexive Zusammensetzung des Wissens, ist in der Forschung zu bestehen. Erweist sich die Art, wie gegenwärtig das „Gesetz" der Spezialisierung praktiziert wird, als nicht umkehrbar, dann scheitert jede Reform der Universität ebenso wie jeder Versuch, Wissenschaft in ihrem eigenen Prozeß verantwortlich zu machen.

Die Hürden, die übersprungen werden müssen, sind übermäßig hoch. Vielleicht ist es zu einer Umkehr, zu einer neuen Organisierung der Wissenschaft schon zu spät. Vielleicht sind die in den Darmzoten der Spezialisierung und ihrer beträchtlichen, wenngleich abgründig riskanten Erfolge eingenisteten Interessen nicht wegzulocken und umzuorientieren. Diese Interessen sind deswegen so schwer abzulösen und zu erweitern, weil sie einen so heterogenen Komplex darstellen, ein Syndrom, das von sehr unterschiedlichen Motiven gespeist ist. Im Laufe der letzten Jahrzehnte, Jahrhunderte ist es allmählich zusammengeronnen, und es ist institutionell und habituell tief eingelassen worden: das mythisch-schamanenhafte Interesse des homo faber; eritis sicut deus ipse; das damit verknüpfte aufklärerische Interesse der Rationalisierung der Welt „für uns", des möglichst vollkommenen Durchblicks, der seinen Gipfel der eigenen Machfähigkeit erklimmt; das Reputationsinteresse der Anerkennung im eigenen Fach und darüberhinaus; Forschungsmittel, Zahl der Mitarbeiter, Preise bis hin zum Nobel-Pelz als Zeichen; das Interesse an der ökonomischen Ausnutzung: Wie sollten neue Investitions-"Länder" gefunden werden, da der Weltmarkt geographisch ausgeschöpft ist, wenn nicht durch Wissenschaft und Technologie; das breit gestreute politische Interesse an wissenschaftlich-technischen Problemlösungen: Diese lassen sich nämlich nicht nur qua „Sach"-(= wissenschaftlich erkanntem) Zwang leichter legitimieren; diese erfordern vor allem keine Umorganisation bestehender, sprich herrschender Interessen.

Die Hürden aber nehmen an Höhe und Breite dadurch noch zu, daß „unsere" Wirklichkeit längst der spezialisierenden Aufteilung entspricht. Sie wird in den verschiedenen Bereichen, so auch der Universität, am besten exemplifizierbar am Sonderbereich Medizin, der nur durch die bürokratische Klammer und Professionsinteressen zusammengehalten wird. Daraus ergibt sich die Unübersichtlichkeit zum einen, zum anderen aber, daß doch „alles" recht und schlecht funktioniert.

Soll es gelingen, das Teile, Erkenne und (Re)Konstruiere der Forschung durch ein Teile und Setze wieder zusammen, Teile und Bedenke, was diese Teilung für das Geteilte bedeutet, abzulösen, dann sind u.a. folgende Erfordernisse zu beachten:

a) Der wissenschaftsmächtig ausgebaute Turmbau zu Babel, der Turmbau der Multiversität und der spezialisierten Forschung, macht es notwendig und schwieriger zugleich, als etwa chinesisch zu lernen, verschiedene Wissenschaftssprachen wenigstens einigermaßen zu kennen. Deswegen ist die unabdingbare Voraussetzung aller Interdisziplinarität die veränderte Institutionalisierung der Lehre (und dementsprechender Lernprozesse).

b) Wenn die bis in die Erkenntnistheorie zurückreichende politisch-soziale Dauerreflexion nicht zu einem Normalteil allen Forschens wird, ist alle interdisziplinäre Liebesmüh vergebens. „Science Assessment" ist von der Wissenschaft selbst zu leisten.

c) Ein solches dauerndes Bedenken der sozialpolitischen Voraussetzungen, Eigenarten und Folgen von Forschung ist durch die Art der Mittelvergabe abzuverlangen. Die Kriterien des Forschungserfolgs müssen ergänzt und erweitert werden. Die Universität hat darüber Rechenschaft abzulegen. Außerdem sind die Fächer in ihrer „natur"-, sprich ökonomie- und politikwüchsigen Art, wenn schon nicht aufzuheben, so doch kräftig ‚durcheinander' zu wirbeln. Eine solche Forderung zeitigte in Richtung Fachorganisation, personeller Besetzung und Fachreputation (letztere dem Scheine nach ungreifbarer Steuerungsmechanismus von Wissenschaft) erhebliche Folgen.

d) Kurzum: Nicht die bürokratisch-fiskalische Kontrolle der Forschung nähme zu. Sie wäre vielmehr drastisch zu reduzieren. Die intellektuellen Anforderungen wüchsen beträchtlich und zeitigten notwendig methodologische und personelle Konsequenzen. Voraussetzung dafür, daß ein solcher heilsamer, "die" Wissenschaft nicht zerstörender, sondern zu sich selbst befreiender Zwang ausgeübt und entsprechend institutionell durchsichtig organisiert werden könnte, wäre ein Prozeß durchsichtiger, letztlich von der Universität kontrollierter Mittelvergabe und der Stop, ja die Rücknahme der Auszehrung der Universitätsforschung durch Ausverlagerung.

4. Die Suche nach einer reflexiven Wissenschaft (im Fluchtpunkt des Singular entgegen der babylonischen Verwirrung) und dementsprechenden Lehr-, Lern- und Forschungsinhalten und Prozessen erheischt eine dazu passende Form. Die universitäre Form, die solchen Absichten gemäß ist, ist die der Autonomie. Was aber heißt Autonomie, und warum soll sie vonnöten sein? Die herkömmliche Behauptung, Wissenschaft müsse frei sein (weswegen sie der Demokratie in der Gesellschaft korrespondiere), ist bekanntlich und nachweislich falsch. Die Hochzeiten deutscher Wissenschaft ereigneten sich inmitten eines autoritären Systems und einer autoritären Universität - von den Zeiten der braungebrannten Universität einmal zu schweigen. Die Wissenschaft hat im Stalinismus und

Poststalinismus, erkenntlich am weltweiten Sputnik-Schock, sprunghafte Fortschritte gemacht. Und ein Gutteil, ja Großteil heutiger Forschung in den „westlichen" Ländern ist privilegienfrei (sprich: frei zu Privilegien), aber alles andere als frei in der organisatorisch-materiell gewährleisteten Definitionsmacht von Gegenstand, Methode, Ergebnis und Ergebnisverwertung.

Die Freiheit i.S. der Selbstbestimmung der Wissenschaft wird erst dann zur Notwendigkeit, wenn Wissenschaft auf die in der Eigenart demokratischer Gesellschaft sich ausweisende Vernunft ausgerichtet ist, wenn gezeigt werden kann, daß sie einen wichtigen Bestandteil solcher selbstbewußten Gesellungsform darstellt. Erst solcher wissenschaftliche Inhalt verlangt die nicht gleichgeschaltete Instrumentalisierbarkeit, verlangt die Form der Autonomie. Ein weiteres Argument gesellt sich hinzu. In einer komplex-großräumigen Demokratie sind Teilautonomien in vielen anderen Bereichen mit entsprechenden materiellen Bedingungen angezeigt: Im Bereich der Wohnungspolitik z.B. oder den meisten Sparten der Sozialpolitik. Anders denn solcher Art dezentralisiert kann eine Demokratie als Demokratie nicht funktionieren. Die zentristische Fixierung vieler traditioneller Reformer ist geradezu verhängnisvoll.

Soll Autonomie als Form einer Wissenschaft wirken, die den im Horizont der Zukunft an sie gestellten Anforderungen vernünftig genügen will, dann sind Konsequenzen in folgenden Richtungen überlegenswert:

a) Die Größe der gegenwärtigen Normal-Universitäten sorgt weiteres Dazutun dafür, daß das bürokratische Gesetz triumphiert. Demgemäß sind die organisierenden Einheiten zu verkleinern. Eine solche maßstäbliche Veränderung kann so vorgestellt werden, daß große Universitäten in kleine, konzentrisch organisierte Universitäten untergliedert werden, ohne einige übergreifende Aufgaben wegzuschneiden.

b) Da Wissenschaft sich nicht an einer Universität ereignet, da Wissenschaftspolitik zugleich Gesellschaftspolitik ist, läßt sich die Autonomie der Hochschulen nicht auf der Ebene einer einzelnen Universität allein gewährleisten. In dieser Hinsicht ist einer Feststellung Schelskys Recht zu geben, so er sich über die innere Entsprechung der Hochschulautonomie in der Hochschuldemokratie getäuscht hat:

"Die Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie ihrer Institution ist nicht mehr von der Autonomie der Einzelhochschule zu sichern und zu verstehen, sondern nur noch von der Autonomie des Wissenschaftssystems als Ganzen". (18) Anders gewandt: Die Hochschulen müssen mit dem allgemein politischen Willensbildungsprozeß verflochten sein (sonst wären sie auch keine

autonomen Institutionen in der Demokratie, sondern seltsam immunisierte Oasen). Um diese Verflechtung zu ermöglichen, bedarf es wissenschaftspolitischer Prozesse in der Universität über dieselbe hinaus. Die Fächer sind daran zu beteiligen. Universitäten koordinierende Gremien mit erweiterten Befugnissen, etwa verglichen mit der WRK heute, sind zu schaffen. Umgekehrt sind die parlamentarischen und die exekutiven Einrichtungen gehalten, wissenschaftspolitische Entscheidungen aus den Universitäten aufzunehmen und zurückzugeben. Ein solcher verflochten-verknoteteter wissenschaftspolitischer Willensbildungsprozeß, in den die Großforschungseinrichtungen und Max-Planck-Institute in jedem Falle einzuschalten wären (mit entsprechenden inneren Konsequenzen), würde erst die Chance einer demokratisch kontrollierbaren Wissenschafts- und Technikpolitik bieten. Geplante Sackgassen wie der Schnelle Brüter wären eher zu vermeiden, das hoffnungslos-hilflos behandelte Problem der Gentechnologie könnte weit mehr rational durch Verfahren und Kriterien gesellschaftlich „im Griff" gehalten werden. So aber bleibt es bei allen möglichen irrelevanten Ethikkommissionen; einer technisch immer schon überholten Verrechtlichung und einer von möglicherweise übertriebenen Hoffnungen genährten Vorbereitung, rechtzeitig am Investitionsrennen auf den nächsten Goldrush zugegen zu sein. Wissenschaftlich, technisch wie ökonomisch-politisch - wer wollte, wer könnte da trennen?

c) Die Autonomie, selbstverständlich immer nur als Teilautonomie denkbar, verlangt institutionalisierte Distanz zu den Vorgängen außerhalb der Universität, insbesondere gegenüber den politischen Instanzen im engeren Sinne. Diese Distanz bedarf der materiellen Grundlage, wie sie z.B. durch einen Globaletat und über die Universität prinzipiell geleitete Forschungsmittel erreicht wird. Diese Distanz zeitigt notwendig rechtliche Folgen: Nach außen darin, daß die Kultusbürokratie auf Rechtsaufsicht beschränkt wird; nach außen und innen darin, daß die Beamteneigenschaft des Hochschullehrers aufgehoben wird. Stellte man Überlegungen im unhistorisch-gesellschaftsfreien Raum an, dann könnte auch erwogen werden, die staatliche Qualität der Universitäten allgemein zu beseitigen. Doch eine Universitätsreform, so sehr sie die allgemeinen wissenschaftlichen Entwicklungsprozesse zu bedenken hat, findet in einer nicht willkürlich etwa US-amerikanisch unipolbaren politischen Kultur statt. Der private Charakter von Universitäten als solcher garantiert außerdem mitnichten, daß die Universitäten ihren hier skizzierten Aufgaben besser gerecht werden. Der Begriff der Multiversity wurde nicht ohne Grund zuerst in den USA formuliert. Den alten, spätabsolutistisch geflochtenen Zopf des Beamtenrechts am Kopf jedes Wissenschaftlers gilt es aber abzuschneiden. Er leistet einem falschen Selbstverständnis Vorschub; er befördert staatliche Eingriffe; er bedingt

das Mißverständnis von Art. 5 Abs. 3 GG i.S. einer Als-Ob-Garantie individuell festgeschriebener Autonomie. So ist es heute unter dem falsch verstandenen Zeichen des Art. 5 Abs. 3 GG möglich, die vernünftige Autonomie der Universität völlig aufzuheben, die Autonomie als persönliches Privilegium einzelner Hochschullehrer aber zu erhalten: eine hochgradig interessenbesetzte Refeudalisierung des demokratischen Guts Autonomie.

d) Autonomie als institutionelle Qualität ist nur dann in einer Demokratie und zum Zwecke vernünftiger Wissenschaft legitimerweise zu gewährleisten, wenn ihr die innere Struktur und die Prozesse der Universität entsprechen. Anders gesagt: Die Hochschule in der Demokratie gebietet eine demokratisierte Hochschule. Auf die grotesken Mißverständnisse und geradezu tödlichen Verrechtlichungen dieses inneren Demokratiegebots in Reform- und Gegenreformperiode seit 1967 ist nur noch einmal hinzuweisen. Aus ihnen kann man lernen, wie man Demokratie auf keinen Fall verwirklichen wollen darf. Wenn demokratische Prozesse sich an Forschungs-, an Lehr- und Lernqualitäten messen lassen müssen, wenn sie in der Fähigkeit der Lehrenden und der Lernenden, der länger und der kürzer Forschenden zum Ausdruck kommen soll, sich ihres eigenen Verstandes unverklemmt und ungehemmt zu bedienen, dann versteht es sich jenseits institutionell wichtiger Einzelheiten (für die bergehohe Erfahrungen abzubauen sind) von selbst, daß Quoten prinzipiell keine Rolle spielen dürfen. Vor anderem ist darauf zu achten, daß der Weg zum Hochschullehrer nicht mit so viel Zumutungen gepflastert ist, daß selten habituell und intellektuell nicht beschädigte Personen erfolgreich ans Ziel gelangen. Gerade der Kant'sche Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, wird verscheucht. Allein an der unqualifizierten Negativprüfung Habilitation ließe sich die ganze Misere deutsch-bundesdeutscher Reformpolitik demonstrieren.

5. Von Zusammensetzung (Synthesis) und Zusammensehen (Syneidesis) als notwendigen Bestandgrößen der Wissenschaft(en) und also notwendigen Erfordernissen der Wissenschaftler war die Rede. Die Aufgabe der Vermittlung als die wissenschaftliche Aufgabe - nicht nur eine Randgröße - wurde hervorgehoben. Die dafür angedeuteten Konsequenzen in Sachen Lehre, Lernen, Forschung und Institution Universität entsprechen den oben skizzierten Aufgaben der Wissenschaft heute (vgl. V.). Das Problem struktureller Arbeitslosigkeit wurde aber erst indirekt berührt: etwa in der Teilentkoppelung Universitätsstudium -Fachstudium u.a. Einen weniger vermittelten Effekt zum Abbau struktureller Arbeitslosigkeit (und zur Umdefinition der Berufe) müßte folgende Erwägung zeitigen.

Allem Gerede vom „lebenslangen Lernen" infolge erneuerter Aufgaben und dafür nötiger Fähigkeiten zum Trotz bleibt nur die idiotisierende Fachbildung, als sei sie ein Fels, bestehen. Unverändert bleibt auch, daß, wer einen Beruf ergattert hat, denselben bis ans Ende seiner Tage ausüben kann. Sofern einmal eingebildete berufliche Fertigkeiten und Verhaltensweisen aufgefrischt oder ergänzt werden, geschieht dies durch die jeweiligen Arbeitgeber mit kurzfristig verpaßten Bildungsinjektionen und/oder wie etwa in der Medizin durch private Anbieter, nicht zuletzt die Pharmaindustrie. Ist es um mehr zu tun als jeweilige Anpassung, die meist nur bestimmte Abhängigkeiten verstärkt, dann muß die berufliche Weiterbildung regelmäßig, zeitlich ausreichend und in hoher Qualität angeboten werden. Solches aber vermöchte nur eine reformierte Universität zusammen mit reformierten Fachhochschulen zu tun. Daraus ergäbe sich eine regelmäßige (Rück)-Zirkulation von Berufsangehörigen an die Universität, eine Erwachsenenbildung in neuer Form, die qualifizierende und zugleich zusätzliche berufliche Positionen schaffende Effekte zeitigte.

VII.

Abschließende Notiz:

Worin besteht nun die Idee einer Idee der Universität (und warum soll es nur bei einer so flüchtigen Idee der Idee bleiben)?

Der neuhumanistische Gedanke nahm in einem weiten emphatisch humanen Bildungsbegriff die Wissenschaft auf. Der Bildungsbegriff war seinerseits aufgehoben in der Konzeption von der Einheit der Wissenschaft. Also konnte sich Wissenschaft im Bildungsprozeß bewähren. Hier, in dieser Bildung, fand sie zuerst und zuletzt ihren vornehmsten Ausdruck; zeitgenössisch gesprochen in ihrer sozialen Bedeutung. Bildung und Wissenschaft aber im Wechselbezug besaßen deswegen ihre humanisierende Wirkung, weil sie in Wahrheit und Freiheit, beide unlöslich verschwistert, wenn nicht eins, aufgingen.

Daß diese Konzeption sich nicht mit „der" Wirklichkeit deckte, sondern ihr einen großen Anspruch vorhielt, geschichtsphilosophisch und gegenwärtig zugleich, war ihren Vertretern bewußt.

„Nun ist aber der physische Mensch", so formuliert Schiller in seinem 3. Brief über die ästhetische Erziehung des Menschen, „wirklich und der sittliche nur problematisch". Und er fügt wenig später ein kontrollierendes Grenzkriterium aller anstrengungsreichen, freudisch gesprochen aller sublimierenden Entwicklung hinzu: „... daß um der Würde des Menschen willen seine Existenz nicht in Gefahr geraten darf". (19)

Nicht willkürlich hat man in freilich abstrahierender Rezeption die Bildungsidee fortentwickelnd aus der griechischen Klassik übernommen. Die Überschrift über dem Tempel von Delphi: gnoti sauton! (Erkenne dich selbst). Sokrates Erkenntnis erst befreiendes uraufklärerisches: oida ouk eidos (ich weiß, daß ich nichts weiß); und die Einsichten in die Grade und Grenzen aller Aufklärung, wie sie unterschiedlich gestimmt die griechischen Tragiker formulierten: Aischylos, Sophokles und der poeta doctus am Ende: Euripides.

Der neuhumanistische Gedanke ist nicht zu erneuern. Welten liegen zwischen ihm und uns. Und doch ist in seinem Kern ein Anspruch formuliert, der nur um willen der Selbstpreisgabe aufgegeben werden kann. Diesen Kern bedarf eine Anstalt wie die Universität als raison d'etre. Freilich: was schon seinerzeit, um Schillers Ausdruck aufzugreifen "problematisch" gewesen ist, es erscheint heute geradezu strukturell unerreichbar. Sollte jedoch überhaupt eine geringe Chance gegeben sein, dann ließe sie sich nur erfassen, wenn eine Nuova scienzia gefasst und verfolgt würde. Diese kann und darf gewiß nicht hinter Kant oder auch Descartes und Bacon zurück. Als dürften neue und andere Briefe von Dunkelmännern und Dunkelfrauen in angeblich kritischer Absicht geschrieben werden. Aber diese Neue Wissenschaft muß doch erheblich über die neuzeitliche Wissenschaftstradition in ihrem Hauptstrang hinausgehen:- eritis sicut deus Naturwissenschaft more geometrico oder heute more ‚physico'. Wissenschaft muß das abstrakte, verdummende, ja desaströse Subjekt-Objekt-Verhältnis anders fassen. Eine geänderte Erkenntnistheorie und Methode sind vonnöten.

Als emphatisch soziale Tätigkeit begriffen, sind endlich Voraussetzungen von Wissenschaft, ihre Verfahren in ihrer wirklichkeitskonstituierenden Bedeutung und in ihren Konsequenzen Facette um Facette wahrzunehmen und je nach Absicht wahrzumachen. Der „Geist" weht säkular nicht, wo er will. Und wenn in der gegenwärtigen Wissenschaft der „Geist" weht, ist zu fragen, wessen „Geist" es sei. Wissenschaft organisiert und betrieben ohne habitus reflexivus ist ein Unding. Dieses herrschende Unding erst ermöglicht das Hauptproblem unserer Zeit: Wissenschaftsprozesse mit tödlichem Ausgang. Erst der institutionalisierte, der institutionell beförderte reflexive Habitus aber setzt Phantasie frei, eröffnet mehr Wege als einen; erst er entrinnt dem methodischen und dem gesellschaftlichen Dogmatismus einspuriger Wissenschaftsentwicklung.

Eine (neue) Wissenschaft; notwendig ineins mit einem Bildungsbegriff und bildender Praxis verstanden, ist immer nur so gut, wie die institutionellen Bedingungen sind, die sie in Gang setzen und halten. Form und Inhalt gehören hier mehr als anderswo zusammen. Das lehrt die Größe, das lehren mehr noch die schier zur Verzweiflung treibenden Grenzen deutscher Universitätsgeschichte und deutscher Universitätsgegenwart. Nur wenn Form(en) und Inhalt(e) dauernd aufeinander rückbezogen werden - und in diesem knappen Entwurf ist dies nur im Hinblick auf einige Aspekte andeutungshaft geschehen - nur dann ist die „eigentümliche", die ideologische Arbeitsteilung zu überwinden, von der Jürgen Habermas im Vorwort zu „Hochschule in der Demokratie" 1965 gesprochen hat:

„Die unermüdliche Rhetorik der Hochschulreform hütet den großen Anspruch der Universität, während administrative Notmaßnahmen für eine äußerliche Anpassung an handgreifliche Bedürfnisse sorgen". (20)

Videant studiosi!

Videant studiosae!

Anmerkungen

1) DER SPIEGEL: Mit dem Latein am Ende, Spiegel-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen, Hamburg 1970.
2) Heinz Riesenhuber, Ansprache des Bundesministers für Forschung und Technologie, in: AGF-Mitteilungen (Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen), 8. Jg., Sondernummer Dezember 1983, S. 8-16, hier S. 12. Des Politikers Riesenhuber Äußerungen können mühelos durch schier zahllose von Universitätsangehörigen ersetzt werden. S. auf der gleichen Veranstaltung der AGF die Ansprache von Franz Böckle, dem Rektor der Bonner Universität und Gisbert Freiherr von Puttlitz, dem Rektor der Universität Heidelberg.
3) S. Edward Spranger, Wilhelm v. Humboldt und die Reform des Bildungswesens, Tübingen 1960 (unveränderte Neuausgabe der Erstpublikation von 1910), S. 204.
4) Edward Spranger, Die Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, in: Berliner Geist, Tübingen 1966, S. 188-220, hier S. 188.
5) Helmut Schelsky, Abschied von der Hochschulpolitik oder die Universität im Fadenkreuz des Versagens, S. 79.
6) Jürgen Mittelstraß, Wissenschaft droht zum Job zu werden - Bereitschaft zur hervorragenden wissenschaftlichen Leistung: Voraussetzungen und Hindernisse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 21 v. 26.1.1987.
7) Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Reinbek b. Hamburg 1963, S. 179.
8) Helmut Kewitz, Leserbrief in FAZ vom 26.3.1987, „Auf dem Weg zur Trockenlegung der Universität".
9) M. Rainer Lepsius, Die Autonomie der Universität in der Krise, in: Gerhard Schultz (Hg.): Was wird aus der Universität? Tübingen 1969, S. 179-206, hier S. 199.
10) Immanuel Kant, Der Streit der Fakultäten in drei Abschnitten in: Ders.: Sämtliche Werke in 6 Bänden, Leipzig 1912, Bd. 1, S. 547 ff., hier S. 572 ff.
11) Walter Jens, Eine deutsche Universität - 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik, München 1977, S. 317.
12) Ebda. S. 321, 322.
13) Wolfgang Nitsch, Ute Gerhardt, Claus Offe, Ulrich K. Preuß, Hochschule in der Demokratie, Berlin und Neuwied 1965, S. 106.
14) Friedrich-Wilhelm Joseph Schelling, Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums III. Vorlesung. Hamburg 1974, S. 35.
15) Clark Kerr, The Uses of the University (1963), zitiert nach Robert Paul Wolff: The Ideal of the University, Beacon-Press Boston 1969, S. 41.

16) Gispert Freiherr Putlitz, Ansprache des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen von 1981 bis 1983, in: AGF-Mitteilungen, Sondernummer Dezember 83, S. 17-22, hier S. 17.

17) R.P. Wolff, a.a.O., S. 127.

18) Schelsky, Abschied von der Hochschulpolitik, a.a.O., S.196.

19) Friedrich Schiller über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen, 6. Brief, abgedruckt in: Friedrich Schiller, Sämtliche Werke, herausgegeben von Gerhard Fricke und Herbert G. Göpfert, München 1980, 6. Aufl., S. 588.

20) Jürgen Habermas, Vorwort in: Nitsch et al., Hochschule in der Demokratie, a.a.O., S. V.

Hochschulpolitische Reihe

Bd. 0: ASTA FU (HG.) 1984: Neue Technologien und Hochschule - Materialien und Beiträge zur Veranstaltungsreihe des AStA FU vom 3.-7. Dezember 1984. Vergriffen

Bd. 1: ASTA FU (HG.) 1987: Beiträge zur Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Vergriffen

Bd. 2: ASTA FU (HG.) 1987: Hochschule im Umbruch - Auf der Suche nach neuen Wegen linker Hochschulpolitik (ISBN 3-926522-02-X). Vergriffen

Bd. 3: ASTA FU (HG.) 1988: Herkunft und Zukunft der Freien Universität - Ausgewählte Beiträge einer Vortragsreihe des Allgemeinen Studentenausschusses der FU Berlin (ISBN 3-926522-03-8). Vergriffen

Bd. 4: WOLF-DIETER NARR 1987: Wider die restlose Zerstörung der Universität - Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung. Neuauflage Januar 2004 (ISBN 3-926522-16-X). Neu!

Bd. 5: ASTA FU (HG.) 1989: Analyse der StudentInnenbewegung an der FU Berlin im Wintersemester 1988/89. Erweiterte Neuauflage 2003 (ISBN 3-926522-19-4). Neu!

Bd. 6: ANTI-REPRESSIONSREFERAT DES ASTA FU 1990: Berichte, Fotos, Dokumentationen und Analysen der staatlichen Repressionen aufgrund des Universitätsstreiks im Wintersemester 1988/89 (ISBN 3-926522-07-0). Vergriffen

Bd. 7: ANGELIKA KOCH 1993: „Die wissen überhaupt nicht, ob ich da bin oder nicht." - Über die Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden in der Universität (ISBN 3-926522-08-9). Noch erhältlich

Bd. 8: GEROLD BÜCHNER, ULI HANSMANN, THOMAS LECHER, NIKO STUMPFÖGGER 1986: Der Berliner Tutorenstreik 1986. Vergriffen

Bd. 9: ASTA FU 1967: Von der Freien zur Kritischen Universität - Geschichte der Krise an der Freien Universität Berlin Neuauflage August 2003 (ISBN 3-926522-17-8). Neu!

Bd. 10: INFORMATIONSAUSSCHUß DES UNIMUTS UND DER ASTA DER B*FU BERLIN 1989: FU-Berlin - Ein pechschwarzes Gebilde (ISBN 3-926522-04-6). Vergriffen

Bd. 11: ASTA FU (HG.) 2003: Universität im Umbruch - Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen (ISBN 3-926522-22-4). Neu!

Bd. 12: Zur Aktualität der Philosophie Herbert Marcuses - Beiträge einer Veranstaltung an der FU Berlin am 17. Juli 2003. In Vorbereitung

Die Reihe wird fortgesetzt.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei:
Allgemeiner Studierendenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin
Otto-von-Simson-Str. 23 (ehemals: Kiebitzweg 23), 14195 Berlin.
Tel.: (030) 839091-0, Fax: 831 45 36, E-Mail: info@astafu.de

www.astafu.de

Anzeige

AStA FU Berlin (Hg.)

Universität im Umbruch

Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen

AStA-FU 2003, Berlin

Hochschulpolitische Reihe Band 11

ISBN 3-926522-22-4

194 Seiten, 6 Euro

Der Diskurs um und an den Universitäten dreht sich längst nicht mehr um Demokratisierung, vielmehr findet eine autoritäre Formierung statt. Die vorhanden, wenn auch marginalen Mitbestimmungsrechte nicht nur der Studierenden werden geschleift, die Macht konzentriert sich zunehmend in den Händen von Rektoren und Präsidien. Immer wieder wird die Idee externer Hochschulräte diskutiert, die die Universitäten „managen" sollen wie der Aufsichtsrat einen Großkonzern.

Der Versuch, diese autoritären Leitungsformen in den Hochschulen durchzusetzen, entspricht dem Funktionswandel, dem die Universitäten derzeit unterliegen. Diente die klassische Ordinarienuniversität als autonome „Gelehrtenrepublik" letztlich allein der Reproduktion einer schmalen gesellschaftlichen Elite, so brachte der Übergang zur staatlich kontrollierten Gruppenuniversität - nicht zuletzt durch die Kämpfe der 68er - eine gewisse Öffnung für breitere Schichten der Gesellschaft mit sich. Die steigenden Bildungsinvestitionen, vor allem aber die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung des BAföG machten dies möglich.

Das fordistische Gesellschaftsmodell, daß diese hohen Bildungs- und Sozialleistungen beinhaltete, neigt sich jedoch mittlerweile endgültig dem Ende zu und reißt die Universitäten mit sich. Mit dem Sparzwang als Moralkeule wird nun die marktförmige Steuerung nahezu aller bisher öffentlich-staatlich organisierten Lebensbereiche forciert - Gesundheitswesen, Rentenversicherung, Müllabfuhr und auch das Bildungswesen. Das neoliberale Versprechen besserer Effizienz

und Kostenersparnis verschleiert dabei nur notdürftig die Hoffnungen auf Profite, die sich diverse Anbieter in allen Bereichen machen.

Woher die Profite im Bildungsbereich kommen sollen, ist bereits ausgemacht: Rückmeldegebühren, Langzeitstudiengebühren, Studienkonten und ähnliche Maßnahmen gewöhnen die Studierenden langsam an ihren Status als zahlende Kunden der universitären Dienstleister.

Die letzten Reste jeder Art von Bildungsideal werden damit aus den Hochschulen hinausgefegt. Mit der Herauslösung der Universität aus dem staatlichen Sektor und ihrer Integration in die Sphäre der Kapitalverwertung reduziert sich ihr Sinn endgültig auf die Produktion verwertbarer Waren - in Form von AbsolventInnen mit modular genormten, am Arbeitsmarkt orientierten Kenntnissen ohne zusätzlichen „Wissensballast". Diesen Prozess zu verstehen, ihn von verschiedenen Seiten zu beleuchten und Perspektiven des Widerstandes aufzuzeigen ist Sinn dieses Sammelbandes.

Die Idee zu diesem Buch entsprang ursprünglich einem autonomen Seminar namens „Hochschule und Gesellschaft", das von einer Gruppe Studierender am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin (OSI) im Sommersemester 2001 durchgeführt wurde. Diese selbstständige wissenschaftliche Erarbeitung von Kritik und Inhalten möchten wir daher mit diesem Band propagieren und einige Ergebnisse dieses autonomen Lernprozesses für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich machen.

Aus dem Inhalt:

Das GATS-Abkommen und die Kommerzialisierung von Bildung in der BRD

GATS, Bologna und die deutsche Hochschullandschaft

´68 -´88 -´97 - Von der Weltrevolution zur BAföG-Reform - studentische Aufbrüche im Vergleich

„Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen" - Die Unterdrückung der Kritik: Zur Geschichte des „(allgemein)politischen Mandats"

Das Konzept des studentischen Arbeitskraftunternehmers als Grundlage studentischer Interessenvertretung?

Habitus und Zeitpräferenz - Ein interpretatives Modell zur Erklärung von unterschiedlichen Bildungschancen

Anliegen der HerausgeberInnen dieses Bandes ist, die Debatte um emanzipatorische Hochschulpolitik wieder zu entfachen und den stattfindenden Protesten gegen Studiengebühren, Kürzungen etc. Perspektiven jenseits eines bloßen Abwehrkampfes anzudeuten.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei:
Allgemeiner Studierendenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin,
Otto-von-Simson-Str. 23 (ehemals Kiebitzweg 23), 14195 Berlin
Tel.: (030) 839091-0, Fax: 831 45 36, E-Mail: info@astafu.de

www.astafu.de

Anzeige

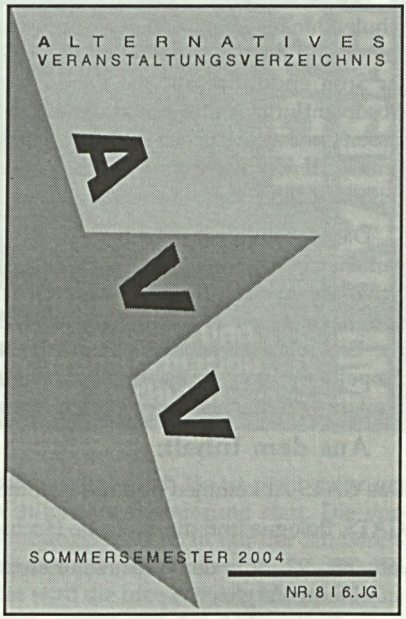
Alternatives Veranstaltungsverzeichnis

"Es ist eine Szene, würdig des absurden Theaters, wie 10.000e von Studenten Wissenschaften betreiben, die sie auch nicht im geringsten interessieren, und wie diese Wissenschaften wiederum nicht im geringsten an dem interessiert sind, was die sie Betreibenden treibt."

FU-Mitbegründer Klaus Heinrich

Was ist das Alternative Veranstaltungsverzeichnis?

Im Zuge der marktradikalen Einebnung der Universität als Ort gesellschaftlicher Bewußtwerdung werden verbliebene kritische Studiengänge beseitigt. Durch Kürzungen insbesondere beim Tutorienmodell wird die Universität zu einer Lern- und Wissenschaftsfabrik, in der niemand mehr die Frage stellt, was in wessen Interesse wie gelernt und geforscht werden soll.
In Form einer Selbstorganisation hat sich eine an den Interessen freier, umfassender Bildung orientierte Arbeitsgemeinschaft gebildet, um an den Universitäten und im öffentlichen Leben Seminare, Arbeitsgruppen, Colloquien, Vorträge und Diskussionsforen anzuregen und zu koordinieren. Die Veranstaltungen und Projekte werden von Arbeitsgruppen vorbereitet.



Warum ein Alternatives Veranstaltungsverzeichnis?

Die Liste der Themen, die an der etablierten Uni zu kurz kommen, ist lang. Dennoch sind dies Themen von erheblicher Bedeutung, sodaß es sich lohnt, hierfür gemeinsam Expertise zu entwickeln. Kapital und Arbeit, Patriarchat und Herrschaft, Wissenschaftskritik und Kritische Wissenschaft, StudentInnenbewegung und soziale Bewegungen, Neue Linke und „Neue" Rechte, Hochschulpolitik und Politik an der Uni, Ökologie und Ökonomie, Technologie und Emanzipation, Technik und Herrschaft, alternative Energien, Bio- und Gentechnologien, Faschismus, Imperialismus, Bevölkerungspolitik, Neokonserva-tismus und Neoliberalismus, Anarchismus und Sozialismus, Alternativen zur Arbeits- und Leistungsgesellschaft sind nur einige wenige Beispiele. Ihr habt es in der Hand, unter welchen Bedingungen Ihr welche Inhalte studiert und welche Themen die zukünftigen gesellschaftlichen Debatten und Entwicklungen bestimmen!

Bezug: Allgemeiner Studierendenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin, Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin, Tel.: (030) 839091-0, Fax: 831 45 36, E-Mail: info@astafu.de
Das Alternative Veranstaltungsverzeichnis wird im Internet laufend aktualisiert unter:

www.astafu.de

AStA der Freien Universität Berlin
Hochschulpolitische Reihe Band 4

www.astafu.de

ISBN 3-926522-16-X